

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.00 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Rost und Zeit'...

Telegraphische Adressen:
'Vorwärts' Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareille 50 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion 2302-2305, Verlag 2306-2307

Donnerstag, den 23. Juli 1925

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskontos: Berlin 37536 - Bankkontos: Direktion der Tiefdruck-Druckerei, Repolierstraße 3

Der Pakt der Zollwucherer.

Berschlechterungen im Zollkompromiß. — Was sagen die Verbraucher?

Einen Vorzug zum mindesten hat das Zollkompromiß der Rechtsparteien: es ist ein Täuschungsversuch.

Gleich der erste Antrag wird in seiner Dreistigkeit nur noch vor seinem Mangel an politischem Verstand überboten. Er verlangt nichts mehr und nichts weniger als eine Verfassungsänderung...

Ein plumper Bauernfang.

Aber auch in den übrigen Anträgen ist das ganze Zollkompromiß von Anfang bis zu Ende ein grober und zugleich plumper Täuschungsversuch.

Die neue Belastung der Verbraucher.

Am schlimmsten jedoch sind die Verschlechterungen der Zollvorlage im Zollpakt gegenüber den Verbrauchern.

haben und dann durch die höheren endgültigen Zölle ersetzt werden sollten. Es handelt sich dabei vorwiegend um Mehl und andere Mülereierzeugnisse...

Aber noch mehr: die Vorlage sah vor, daß die ermäßigten Zollsätze bis zum 31. Juli nächsten Jahres in

Volk, wehr dich! Es geht um dein Brot! Massen heraus!

Kraft bleiben sollten. Der Zollpakt hingegen kürzt diese Uebergangszeit ab bis zum 31. März 1926.

Noch dem Raube — Sozialpolitik.

Das zollfreie Einfuhrkontingent für Gefrierfleisch, das die Minderbemittelten treffen soll, ist an derartige Bedingungen geknüpft...

bleibt noch das 'Töpfchen' — der famose Sozialfonds, den wir vor zwanzig Jahren auch schon einmal erlebt haben.

Warnung in letzter Stunde.

Entschließung der Berliner Gewerkschaften. Eine Vollversammlung des Berliner Ortsausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes...

der Tat: dieses Töpfchen macht die Zollvorlage den notleidenden Massen nicht appetitlicher!

Das Ganze: ein Kompromißversuch, der seine Urheber nur kompromittiert, den breiten Massen aber die Augen öffnen sollte.

Diese Regierung und diese Parteien des Bürgertums werden Sturm ernten, wo sie Wind säen.

Der Landbund ist unzufrieden.

Reichslandbund und Zollkompromiß. Der Reichslandbund nimmt zum Zollkompromiß mit folgender Erklärung Stellung:

Die Erklärung hätte wesentlich kürzer sein können, etwa so: Wir kriegen doch nie genug!

Christ, Zöllner und Arbeiterführer.

Der Januskopf des Josef Andre. In der 'Germania' tritt nun auch Herr Josef Andre, Mitglied des Deutschen Reichstages...

Ran muß jetzt daran erinnern, daß in jenen historischen Junitagen des Jahres 1920, als die Reaktion im Zentrum Herrn Erzberger werten wollte...



**Postamt Schulte aus Breslau**, der noch bis zur Revolution im berühmtesten Ostmarkenverein in Bosen tätig war und erst nach dem 9. November sein Zentrumsberg entdeckte.

Das sind die Führer der christlichen Arbeiter im Westdeutschland und Süddeutschland, die nunmehr der Verteuerung der Lebensmittel durch das Zollkompromiß ihre Zustimmung geben wollen!

## Die Garantiedebatte im Reichstag.

Ein neuer Umsfall der Deutschnationalen.

Ueberraschungen konnte die außenpolitische Aussprache im Reichstage nicht mehr bringen. Nachdem in wochenlanger mühseliger Arbeit eine äußerliche „Einigung“ im Reichskabinett erzielt worden ist, nachdem der Auswärtige Ausschuß stundenlang vor Abfindung der Note beraten hat, und nachdem die Note selbst in die Welt hinausgegangen und veröffentlicht worden ist, konnte die Debatte im Plenarjahr nur noch Rückschau sein und zugleich ein Versuch, etwa noch bestehende Unklarheiten zu beseitigen.

Außenminister Stresemann sprach wieder nicht frei, sondern hielt sich an ein Manuskript gebunden, eine Rede, die ihm erst unter der strengen Aufsicht des Reichskanzlers Luther anezogen worden ist. Seine Rede brachte nichts Neues. Er nimmt für seine Politik in Anspruch, daß sie von den Dames-Besegen an bis zum Sicherheitspakt eine gerade Linie verfolge. Er hätte hinzufügen müssen, daß diese Linie noch weiter zurückreicht auf Scheidemann, Erzberger, Birth und Rathenau, in deren Bahnen ja Stresemann erst nach jahrelangem Besinnen eingeschwenkt ist. Die geringe Zuneigung, der sich der Außenminister im Reichstage erfreut, kam in einem eifigen Schweigen nach seiner Rede zum Ausdruck. Nur in der Deutschen Volkspartei riesen etliche seiner Freunde ein schüchternes Bravo.

Der sozialdemokratische Redner Breitscheid wußte die schwankende und unehrliche Haltung der Deutschnationalen so witzig darzustellen, daß immer wieder Beifallrufe und beifällige Heiterkeit von links her bis weit in die Mittelparteien sich fortspazierten. So als er das gute Wort prägte: nach dem feierlichen Verzicht der Deutschnationalen auf Elsaß-Lothringen und nach ihrem Schwur, die Grenzen in Ost und West nicht durch einen Krieg zu ändern, müßten die Deutschnationalen aus ihren Lieberbüchern den Gesang hinwegstreichen: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“ Eine besonders wertvolle Partie der Breitscheidschen Rede waren seine Darlegungen über Zweck und Grenzen einer sachlichen Opposition. Bei aller scharfen Kritik an der grundsätzlichen Einstellung einer Regierung darf sich eine Oppositionspartei nicht hindern lassen, dort der Regierung zuzustimmen, wo sie eine Politik betreibt, die auch von der Opposition gebilligt werden kann. Damit braucht keine Vertrauensklärung verbunden zu sein, und die Sozialdemokratie ist auch gar nicht in der Lage, diesem Kabinett oder einem einzelnen seiner Minister eine Vertrauensklugung zu bereiten angesichts der gesamten Reichspolitik, die sich jetzt beispielsweise in einer kapitalistisch-wucherischen Wirtschaftspolitik äußert.

Nun kam für den Grafen v. Westarp eine schwere Stunde. Er, der die Hege gegen den Sicherheitspakt im Auswärtigen Ausschuß und in der Öffentlichkeit betrieben hat, er, der diese Sicherheitspolitik für ganz unvereinbar mit den deutschnationalen Gedanken hielt, mußte einen schweren parlamentarischen Umsfall vollziehen. Er meinte, man solle den bisherigen Streit um die Außenpolitik begraben. Aber der Graf selbst hat ja doch diesen Krakeel im Auswärtigen Ausschuß und in der „Kreuz-Zeitung“ angefangen. Die Rede war sehr müde gehalten. Zwar gab sich Graf Westarp einige Mühe, den rebellierenden deutschnationalen Wählern klar zu machen, daß seine Außenpolitik sich doch etwas von der früheren Kabinette unterscheide, aber der ihm folgende Zentrumsredner Dr. Kaas tat ihm nicht den Gefallen, dieses Verschleierungsmanöver mitzumachen. Mit

unterstrichener Deutlichkeit sagte der Zentrumsredner, seine Partei habe für die Fortsetzung der früheren deutschen Außenpolitik gesorgt, die vom Zentrum seit dem Kriegsende stets betrieben worden sei. Das Zentrum habe sich jeder Umbiegung dieser Linie mit aller Kraft widersetzt und werde auch in Zukunft diese Politik fortsetzen. Still hörten die deutschnationalen Abgeordneten diese Abreibung an. Hier ist ihnen von ihrer Koalitionspartei bestätigt worden, daß die jetzige

## Zur Kundgebung im Lustgarten am Freitag, den 24. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr.

Redner sind die Genossen: Kufhäuser, Bohm-Schuch, Crispian, Dikmann, Grafmann, Heil, Künstler, Landa, Lempert, Dr. Leol, Meier, Dr. Moses, Dr. Rosenfeld, Joseph Simon, Georg Schmidt, Stampfer, Stelling.

Die Ordner treffen sich bis spätestens 4 Uhr auf dem Schinkelplatz. Beginn und Ende für die Redner wird durch Trompetensignal bekannt gegeben.

- Die Samariter sind an folgenden Plätzen erreichbar:
1. Auf der Straße zwischen Museum und Spreetank.
  2. Im Vorgarten der Gemäldegalerie an der Neuen Friedrichstraße.
  3. An der Schloßapotheke.
  4. Auf der Schloßrampe Ecke Lustgarten und Schloßfreiheit.
  5. Am Rundgang des Kaiser-Wilhelm-Denkmal.
  6. Am Eingang des Marstalls.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Ordner unbedingt Auftrag haben, den Dom, das Museum, die Granitschale, das Reiterdenkmal, die Schloßrampe, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal und den Begassbrunnen vom Publikum absolut freizuhalten.

Wir bitten deshalb, den Weisungen der von uns bestellten Ordner völlig Folge zu leisten, um eine reibungslose Abwicklung der Kundgebung zu ermöglichen.

deutschnationale Außenpolitik nichts anderes ist als die mit allen Waffen und Mitteln bekämpfte Erfüllungspolitik früherer Jahre.

Die sogenannte nationale Opposition, die von den Deutschnationalen nun längst preisgegeben ist, kam an diesem Tage eigentlich nur durch den Kommunisten Stoecker zu Wort. Er hatte inselgedessen die Genugtuung, daß ihm neben zwei Fraktionskollegen auch vier deutschnationale Abgeordnete mit Andacht zuhörten.

Am Donnerstag wird die Debatte, wahrscheinlich mit einer Rede des Reichskanzlers, fortgesetzt.

## Die billige Zigarette verschwindet.

Dafür sorgen die Rechtsparteien.

In der Sitzung des Steueraususses des Reichstags vom Mittwoch legten die Regierungsparteien zur Tabaksteuer einen neuen Gesetzentwurf vor, der neben der bestehenden Vandenrotensteuer für die Zigarette eine Materialsteuer vorsieht. Der Vorschlag der Regierungsparteien wurde vom Genossen Meier-Baden (Schr.) bekämpft, der darauf aufmerksam machte, daß damit die Zigaretten in der Preislage von 3 und 4 Pfennigen in Zukunft aus dem Handel verschwinden würden. Dr. Bräuning (Str.) und Dr. Kulekampi (D. Sp.) lehnten sich entschieden für die Regierungsvorlage ein. Der Abg. Mittelmann (D. Sp.) suchte seiner Enttäuschung darüber Ausdruck zu geben, daß die Tabakinteressen im Reichstag anwesend wären und daß sie die Verhandlungen nicht unerbittlich erschwert hätten.

Genosse Meier-Baden machte ihn darauf aufmerksam, daß es einem Vertreter der Deutschen Volkspartei schlaht ansteht, sich über die Einmischung von Interessenten über schwedende Steuerverhandlungen zu entrüsten. Seine Partei setzt sich ja nur aus Interessensvertretern zusammen, und als die Zuckersteuer beraten wurde, brachten sie ihren Interessensvertreter extra in die Steueraussschussung, damit er nicht die Interessen des deutschen Volkes, sondern

ist riesengroß. Werden sich die Kleineren zusammenschließen, wird das selbstsichere Auftreten unbedeutender Männer- oder Frauenchöre nicht endlich einer fruchtbareren Gemeinschaftsarbeit mit den gemischten Chören weichen? Werden sich, zur eigenen Sicherung, endlich die vielen Einzelkünstler zu Einheitsfronten zusammenschließen? Werden einmal Gesangsquartette für große Oratorien einheitslich ergogen sein? Wird die Eitelkeit der einzelnen vor der Heiligkeit der Aufgabe bald so klein sein, daß man in Berlin einmal ein Musikfest vorbereiten kann? Etwa im 100. Todesjahr Beethovens die selbsterbliche Einmaligkeit der 2. Sinfonie und Zusammenschluß aller Berliner Orchester und Chöre. Und Fleisch und Busch und Havemann, Wesen, Kreisler, Wolfsthal, Wittenberg, Heß, Klingler an den Geigenpulten, Becker, Mengel, Grünfeld, Grümmer, Niedermaner als Cellisten — und so fort bis zur letzten Note. Fürtwängler am Pult. Oder ein Bach-Fest mit Dops als Leiter. Wie dünnt euch das?

Alle Kamellen? Wir werden sie immer wieder aufbrühen.

## Schon wieder mal —

der „Berliner Lokal-Anzeiger“ nämlich. Vor einigen Tagen brachte er eine hübsche Geschichte, die nach einer Einseitigkeit im Johann-Peter-Hebel-Stil, wie ihn die Courtiers-Mähler schreiben würde, folgendermaßen von einem Müller berichtet, der vom Korn stahl, das ihm zum Mahlen übergeben wurde:

„Sind die Bauern also zum Edelmann gelaufen, und der hat gesagt: „An den Galgen mit dem Müller“. Item, haben sie ihn dort hingebacht, und wie er dort gestanden ist, unterm Gesatter Dreibein, hat ihm der Edelmann geheißen, die lauter Wahrheit zu sagen, ob er ihm denn mit einem Müller kommt nennen, wo christlich war“ und kein Spigkubbe nit.

Das Luder antwortet: „So wahr mir Gott helfe, ich kenn' keinen, und gibt's einen, müßt er eben erst auf die Welt kommen sein!“

Auf solche Red' hin hat der Edelmann den Müller wieder heruntersteigen lassen von der Galgenleiter und gemeint: „Hieber will ich mit dir zu tun haben als mit anderen, die leicht noch größere Halunken sind als wie du!“ Und hat ihn solchergestalt pardonierte.

Hat der Edelmann recht getan? Nein! Denn ein Spigkubbe gehört bestraft; erst recht, wann's einer ist, so sich am Getreide vergreift, denn aus dem Getreide wird Mehl und aus dem Mehl Brot, und dies ist geheiligt durch das millionenfache „Unser täglich Brot gib uns heute“, das die ganze Christenheit Tag für Tag zum loben Herrgott seiner Anordnung gemäß betet. Heilig ist sonach das Brot selber, und darum muß man's auch heilig halten, und mer's nicht tut, hat's noch immer büßen müssen.“

So weit der „Lokal-Anzeiger“. Wer nun aber daraus die Folgerung zieht, daß die Hitze in den Redaktionsräumen dieses Blattes bereits eine so greuliche Vermirrung angerichtet hat, daß die Feuilleton-Redaktion nicht mehr weiß, was in den Tagen der Kollamps die politische Redaktion tut, der hat eben die Moral nicht verstanden; denn die heißt: Nur die kleinen Diebe hängen man —

die der Zuckerindustriellen zu wahren Gelegenheiten bekam. Genosse Schlüter machte auf die ungünstige Lage im Tabakgewerbe aufmerksam, die durch die Materialsteuer noch wesentlich verschlechtert würde. In der Abstimmung wurden zunächst alle sozialdemokratischen und demokratischen Anträge abgelehnt, der Zoll für Roh-Tabak auf 80 M. festgesetzt und im Prinzip die Materialsteuer angenommen.

## Bürgermeisterwahl in Dortmund.

Paul Girsch zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Dortmund, 22. Juli. (Zl.) In der heute abend stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung in Dortmund wurde der frühere preussische Ministerpräsident und Charlottenburger Kommunalpolitiker Paul Girsch mit 88 Stimmen zum zweiten Bürgermeister gewählt. Auf den Zentrumskandidaten, Stadtrat Dr. Kaiser, entfielen 31 Stimmen.

## Krach bei den Deutschnationalen.

Kriegszustand zwischen Nowawes und Klein-Ostienide.

Im Feldlager der Potsdamer Deutschnationalen haben sich — wie die deutschnationale „Potsdamer Tageszeitung“ in ihrem Beiblatt für Nowawes berichtet —, vom menschlichen und politischen Standpunkt aus betrübliche Vorgänge abgespielt. Das nur von einem Volksschullehrer geführte deutschnationale Nowawes hat dem von höchster Stelle protegierten, mit hochvermögenden, „hochgestellten“ Herren ausgestatteten Klein-Ostienide den Krieg erklärt. Eine Beschwerdeschrift des streitbaren Schullehrers in Nowawes, die durch den Grafen Westarp samt ihren Derbheiten und Impertinenzen an die angegriffenen Klein-Ostienider Geheimräte und Professoren weitergegeben worden ist, bildet das Streitobjekt.

Auf Grund der Beschwerdeschrift stog der Schullehrer und Stadtverordnete auf das Stirnrunzeln der Klein-Ostienider Geheimräte hin zur Partei hinaus, trotzdem er sich im „Reichsblat unermüdet für Hindenburgs Wahlsieg“ eingesetzt hatte!

Nun bricht in Nowawes mit „ungeheurer Erregung“ die Revolte gegen die Bonzenschaft in Berlin und in Klein-Ostienide aus. Unerhört! Nowawes mit seinem Schullehrer hat — immer noch der deutschnationalen „Potsdamer Tageszeitung“ — die Arbeit geleistet „Schon einige Wochen nach der Revolution — als die Herren von Klein-Ostienide noch geruchsam in ihren Billen saßen!“ Und weil der Geheimrat und Professor Dr. Strude sich nicht mehr mit dem Karnikel „an einen Tisch setzen mag“, schiebt dieses trotz seiner Verdienste „um die nationale Sache“ der Partei! So treten die 170 deutschen Männer von Nowawes, geschlossen bis auf den letzten Mann, ebenfalls aus — in heiligem Jorn. Sie wollen sich dem alldeutschen Verband anschließen, also von Bedzebud zu seiner Großmutter flüchten.

## Der Kampf um die Miete.

Sozialdemokratischer Erfolg in Württemberg.

Stuttgart, 22. Juli. (Zl.) Im Landtag wurde heute bei der dritten Lesung des Etats von sozialdemokratischer Seite beantragt, den bereits in der zweiten Lesung angenommenen Antrag auf sofortige Einführung der Friedensmiete aufzuheben. Das Zentrum beantragte, die Frage der Einführung der Friedensmiete dem Finanzausschuss zu überweisen. Dieser Antrag wurde angenommen, wodurch der in zweiter Lesung gefasste Beschluß außer Kraft gesetzt wird.

## Die Ebert-Büste im Reichstag.

Der Ausschuss für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschäftigte sich gestern abends mit der Aufstellung einer Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert im Reichstag; er beschloß, die Büste, die Prof. Kolbe gearbeitet hat, in dieser Ausführung nicht anzunehmen, sondern über eine andere Büste mit Prof. Kolbe oder auch anderen Künstlern weiter zu verhandeln. Da der zunächst über die Aufstellung der Büste in Aussicht genommene Platz in dem Hof der Reichstagspräsidenten, auf dem die Politz-Büste steht, nicht als geeignet erachtet ist, bemüht sich der Ausschuss, einen anderen geeigneten Platz im Reichstagsgebäude zu bestimmen.

Die Volksbühne nimmt wieder neue Mitglieder auf. Vom Generalsekretariat der Volksbühne E. B. wird uns mitgeteilt, daß für das nächste Jahr wieder neue Mitglieder aufgenommen werden können. Die Zahl der Abteilungen ist so vermehrt worden, daß für 165 000 Theaterbesucher (gegenüber einer bisherigen Mitgliederzahl von 150 000) Raum ist. Jedes Mitglied erhält im neuen Spieljahr 4—5 Vorstellungen im Theater am Bülowplatz, dem eigenen Hause des Vereins, dazu 2 Opernaufführungen in der Oper am Königsplatz und weitere 4—5 Vorstellungen, die sich auf das Schillertheater, das Berliner Theater, das Wallner- und das Zentraltheater verteilen. Die sich neu meldenden Mitglieder können wählen, ob sie einer Abteilung mit Abendvorstellungen, mit Sonntag-nachmittagsvorstellungen oder einer „gemischten“ Abteilung angehören wollen. Die Einschreibgebühr beträgt 1,50 M., die Beitragskarte für den Besuch einer Abendvorstellung kostet ebenfalls 1,50 M. (Opern 1,50 M.), die für den Besuch einer Nachmittagsvorstellung 1,10 M. Kleiderablage und Programmzettel stets unentgeltlich, ebenso die „Blätter der Volksbühne Berlin“. Die Ueberlieferung der Volksbühne bürgt dafür, daß die Mitglieder des Vereins hier in jedem Fall zu ihrem Rechte kommen. Aus der wertvollen Bevölkerung Berlins herausgemacht, wirt die Volksbühne E. B. als gemeinnütziger Verein auf dem Boden des Selbstverwaltungsrechts der Mitglieder, die durch die von ihnen gewählten Organe selbst Leistungen und Beiträge bestimmen. — Anmeldungen zur Mitgliedschaft nehmen alle Zahlstellen entgegen, im besonderen die beiden Geschäftsstellen des Vereins Linienstraße 227 und Königsplatz 7, die Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Straße 68, und die Lieglischen Theaterkassen.

Die Friedrich-Ebert-Plakette. Die der Königlich-Preussische Pressedienst in Ergänzung seiner neuartigen Veröffentlichung mittel, wird sich die Friedrich-Ebert-Plakette in Bronzefassung auf 7,50 RM. und in den verschiedenen Eisenausführungen auf 5,75 RM. stellen.

Kansens Abreise aus Rußland. Frisoj Kansan hat sich von Moskau nach Leningrad begeben, von wo er weiter nach Kordogen reist. Kansan hat sich etwa sechs Wochen in verschiedenen Teilen des Somajgebietes, und zwar im Kaufasus, im Wolgagebiet und in Moskau aufgehalten. Vor seiner Abreise aus Moskau besuchte er den Gesundheitskommissar Semaschko und hatte mit ihm eine lange Unterhaltung über die Bekämpfung der Malaria in den kaukasischen Ländern. Beim Abschied schenkte Kansan dem Gesundheitskommissariat 30 Apotheken-Einrichtungen zur Verteilung unter die Bevölkerung des Wolgagebietes.

Auf der Ausstellung der Novembergruppe, welche bis zum 8. Juli in den Räumen der Berliner Sektion veranstaltet war, wurden vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung folgende Ankäufe vorgenommen: „Der alte Kapitän“ von Bernhard Klein, Bildnis eines Stieglers“ von Arthur Seppel, 1925 II“ von Max Duncker, „Gartenhof“ von Franz Stodt, „Die Besessenen“ von Wilhelm Drepper, „Anbaurheil“ von Paul Höller, „Kavarell von Rudolf Wessler. Die Archäolog-Abteilung der Ausstellung ist vom Kunstverein in Kassel für die in den Räumen der dortigen Akademie geplante Veranstaltung eingeladen worden.

Die vierte Schmalzwoche, die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin, Potsdamer Straße 120, und der Oberaufsichtsstelle Hamburg veranstaltet wird, findet vom 5. bis 10. Oktober in Hamburg statt.

## Alle Kamellen.

Von Kurt Singer.

In jedem Jahr wirft der Sommer frohe Wünsche in die Luft, und der Winter begräbt sie mit eisalter Erde. Sisyphus-Arbeit, die auf Bequemlichkeit, Beharrungsvermögen, Torheit stößt. Nun Radio die Welt beglückt oder langweilt, ist die ganz große Ausrede für das Fehlschlagen aller Konzerte- und Opernunternehmen geliefert. Gegen die wundervolle Mechanik des Radio sehe man eine wundervolle Kraft- und Geiststimmung menschlicher Nähe, lebendiger Kunstatmosphäre, und Radio ist geschlagen. Aber keine große Idee wird reif. Man kümmert sich um Neues, noch nicht Gewachsenes, Unbewusstes? Welcher Dirigent wagt sich in die Geschichte der Musik hinein und macht Entdeckungen? Wer findet den Weg zum Alten, das lebendig blieb? Hört ihr nicht immer die gleichen Concerti grossi von Bach und Handel, die gleichen Sinfonien Haydns (der 200 schrieb). Gab es nicht Schulen und Meister, auf die sich Bach, auf die sich Beethoven stützte? Wer zeigt solche Entwicklungslinien auf, die jeder Historiker kennt? Unsere Musiker, auch die Virtuosen der Geige und des Klaviers, sollen den Historikern, bei den Kennern in die Schule gehen, statt sie verächtlich anzusehen. Gewiß ist es gut, wenn ein Künstler sich selber im Erleben eines Werks, das seinem Herzen am nächsten liegt. Aber mit Brahms und Beethoven ist es nun nicht mehr getan. Die Programme rheinischer Städte tragen viel mehr das Gepräge der Festlichkeit, des Nachdenkens, des gesunden Stimmwens, als die in Berlin. Hier muß ein Wandel eintreten. Weder der Dirigentenrummel ist lange ertragbar, noch das Schielen nach den Lieblichspeisen des Publikums, den Hochpreisen der Agenturen. Wer Erfolg hatte, muß saisonweis in die Philharmonischen Konzerte hineingepreßt werden. Das ist aller Weisheit letzter Schluss, ob's paßt oder nicht. Werden wir zwischen Brudner und Schubert nicht die philharmonische Winterreise Arm in Arm mit Kipnis und der Liebenberg, Prihoda und der Giannini machen? Das Einmalige ist gut, das Schema ist tödlich, tödlich langweilig. Umwechslung ist Grundprinzip alles Genießens; aber auch Generalmusikdirektoren werden sich entscheiden müssen, für wen ihr Herz schlägt, für Mahler oder für Jan Rool, für Dvorak oder Strawinsky, für Beethoven oder Krenek. Eine sanfte Mittellinie der Unpöbellichkeit an Geschmack und Stil sei gefordert. Und daneben, für die Feliertäglichen, etwas Experimentierlust, und bestände sie auch nur in einer Umgruppierung des Orchesters, einer Verzehnjung der Bläser, einer Ausbalanzierung des Instrumentalen mit dem Vokalen bei Aufführung christlicher Werke. Und wie ist's mit dem Farbenkavaler, mit der Vierteltonschmitz? Ich schwärme nicht dafür, aber Berlin darf, muß sich Experimente leisten können. Wie wollen beim wintertlichen Musikdiner nicht nur Kuchen, sondern auch Reizmittel des Geschmackes, Paprika, Alkohol. (Da. Kuchen!)

Die Volksbühne wird solche erzieherischen Wege andeuten können, ohne in den Ruf zu kommen, Dirigenten zu protegierten, die seiner Protektion mehr bedürfen. Der Bezirksbildungsausschuss verweigert sich ein Jahr lang dem Tanz. Ob das ausreicht? Aber unterhaltsam wird's auf jeden Fall. Die Not der gemischten Chöre



# Dunkelkammer in Schwerin.

Die verschlossenen Gerichtstüren.

Von Otto Landsberg.

Am 14. Juli hat das Schwurgericht in Schwerin vier Mitglieder der völkischen Organisation Korbach wegen Mordes zum Tode verurteilt. Das Opfer der Mörder war ein gewisser Holz, der der Organisation früher angehört und sie dann verlassen hatte. Seine ehemaligen Kameraden befürchteten, daß er von ihnen begangene und für die Zukunft geplante Verbrechen verraten werde. Deshalb entschlossen sie sich, ihn stumm zu machen. Den Verurteilten ist sicher kein Unrecht geschehen. Mecklenburgische Richter und Geschworene sprechen völkischen Geheimbündlern nicht ohne den schärfsten Zwang des Gesetzes das Recht auf das Leben ab. Am allerwenigsten dann, wenn, wie hier, unter den Angeklagten zwei Offiziere der alten Armee sich befinden.

Wehr läßt sich gegenwärtig über das Urteil nicht sagen. Denn das Gericht hat für die ganze Dauer der Verhandlung und durch einen besonderen Beschluß sogar für die Verkündung der Urteilsgründe die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Auch den nächsten Angehörigen des Ermordeten, die den begreiflichen Wunsch hatten, die Umstände kennen zu lernen, unter denen die schreckliche Tat begangen war, wurde die Anwesenheit im Gerichtssaal nicht gestattet.

Das deutsche Rechtsleben ist von dem Grundgedanken der Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens beherrscht. Unsere Gesetze stehen auf dem unzweifelhaft richtigen Standpunkt, daß die Rechtsprechung nur gewinnen kann, wenn sie von der Öffentlichkeit kontrolliert wird. Die Verhandlung im vollen Tageslicht erhöht das Verantwortungsgesühl des Richters und kann ihn gegen die Anzweiflung seiner Unparteilichkeit schützen. Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist nur auf Grund einer besonderen Verhandlung und nur dann zulässig, wenn die Öffentlichkeit der Verhandlung eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatssicherheit oder eine Gefährdung der Sittlichkeit besorgen läßt (§ 172 StGB.) Welche Bedeutung der Gesetzgeber der öffentlichen Verhandlung beilegt, ergibt sich daraus, daß die Verletzung der Vorschriften über die Ausschließung der Öffentlichkeit ein absoluter Revisionsgrund ist, also zur Vernichtung eines jeden Urteils führt (§ 338 Nr. 6 StGB.), selbst wenn es sich materiell als richtig erweist.

Das Schweriner Schwurgericht hat seinen die Öffentlichkeit ausschließenden Beschluß auf die Besorgnis einer Gefährdung der Staatssicherheit gestützt, die es für so stark hielt, daß es auf Grund des § 174 StGB. durch einen weiteren Beschluß den bei der Verhandlung anwesenden Personen die Geheimhaltung der Tatsachen zur Pflicht machte, die durch die Verhandlung zu ihrer Kenntnis gelangt sind.

Dieses ganze Verfahren ist unverständlich. Ich will gern glauben, daß die Verhandlung wieder einmal demokratische Pläne enthält, die auf den Umsturz der demokratisch-republikanischen Staatsform abzielen. Unterstellen wir einmal, daß von der Ausdeutung dieser Projekte dem Staate Gefahr droht. Mit welchem Rechte ist aber die Öffentlichkeit auch für denjenigen Teil der Verhandlung ausgeschlossen worden, der der Aufdeckung der Mordtat und der Feststellung der Beteiligung der einzelnen Täter galt? Weiter erhebt sich die Frage: Wie erklärt es sich, daß die Angeklagten, wenn sie unter ihre Ziele gefährlich subversive Maßnahmen gegen den Staat aufgenommen hatten, nicht vor den Staatsgerichtshof gestellt worden sind? Aber lassen wir diese Fragen beiseite und wenden wir uns dem Grundfalschen des Falles zu. Wie muß sich in den Köpfen der Schweriner Richter die Welt malen, wenn sie glauben, daß die Verfolgung und Aburteilung verbrecherischer Bestrebungen, die sich gegen die Gesamtheit richten, den Staat in seiner Sicherheit bedroht!

Geheim umstürzlerische Komplotts bedrohen ihn, aber niemals ihre Aufdeckung und die Unschädlichmachung der Verschwörer. Der Staatsgerichtshof hat über alle die schweren Verbrechen, die er zu ahnden berufen war, in voller Öffentlichkeit verhandelt. Die Verhandlung gegen die Mörder Rathenaus, die gegen die Attentäter, die Scheidemann mit der Giftspirale aus Leben gingen, die gegen die Führer der Organisation Consul, die gegen die kommunistischen Tschekisten und viele andere Strafprozesse haben sich vor den Augen und Ohren der ganzen Welt abgespielt. Die Öffentlichkeit hat aus der Aufdeckung von Plänen, die sich gegen den Bestand des Staates richteten, nicht geschlossen, daß dieser bedroht sei, sondern hat mit Recht die Bestrafung der Verbrecher als einen Beweis der Kraft des Staates betrachtet.

Nicht das Interesse des Staates, sondern lediglich das von Fanatikern, deren Haß gegen das Neue sie vor dem Morde als Kampfmittel nicht zurückschrecken läßt, macht den Ausschluß der Öffentlichkeit von der Sitzung, wo sie sich für ihre Untaten zu verantworten haben, erwünscht. Sie entgehen so der verdienten Brandmarkung durch das Volk, und der Nimbus des Geheimnisses, mit dem sie sich geselbstlich umgeben, wird durch die Verriegelung der Türen des Gerichtssaales erhöht, wenigstens in den Augen jugendlicher Wirttröpfe. Das Gericht hat sich bei der Beschlußfassung darüber, ob es von der grundsätzlich gebotenen öffentlichen Verhandlung im Einzelfalle abgehen will, lediglich von der Rücksicht auf das Wohl des Staates leiten zu lassen, nicht aber von den Wünschen und Interessen der Verbrecher. Es darf in Prozessen gegen eine Feme nicht selbst zur Feme werden.

Die kleine Anfrage der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gibt dem Rechtsjustizminister Gelegenheit, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, auf Grund welchen Tatbestandes das Schweriner Schwurgericht vier Menschen das Recht auf das Leben aberkannt hat. Es ist zu hoffen, daß er gern und rasch Auskunft erteilen wird!

# Gegen das Duellwesen.

Verstärkte Bestimmungen im Militärstrafrecht.

Bei der Beratung des Gesetzesentwurfs zur Vereinfachung des Militärstrafrechts hat der Reichsausschuß des Reichstags unter Ablehnung sehr weitgehender sozialdemokratischer Anträge zur Bekämpfung des Duellwesens einen vermittelnden Kompromiß angenommen. Danach wird der Zweikampf unter Soldaten mit nicht unter 6 Monaten und die Herausforderung und die Annahme einer Herausforderung mit 2 Monaten bis zu einem Jahre bestraft. Ein Angelegter, der einen Untergebenen zum Zweikampf zu bestimmen versucht, soll mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden.

# Die Aufnahme der Note in Frankreich.

Die erste Prüfung beendet. — Zu Verhandlungen geeignet. — Vorbehalte.

Paris, 22. Juli. (W.T.B.) Havas teilt mit: Der Minister des Auswärtigen vollendete die gründliche erste Prüfung der deutschen Sicherheitspaktnote. Briand richtete an den französischen Botschafter in London ein lauges Schreiben, in dem er ihm das Ergebnis seiner kritischen Untersuchung auseinandersetzt und ihn beauftragt, Chamberlain die zahlreichen Vorbehalte der französischen Regierung zu unterbreiten. Die französischen Vertreter in Warschau und Prag wurden beauftragt, die polnische bzw. tschechoslowakische Regierung zu unterrichten, daß, wenn die Antwort des Reichs die Eröffnung von Verhandlungen mit Deutschland gestatte, sich daraus nicht minder ernste Widersprüche zu der französischen Auffassung ergäben, einmal hinsichtlich der Auslegung des Artikels 16 des Pakts, der das Vorgehen der angeschlossenen Staaten im Falle eines Konflikts regelt und andererseits die deutschen Vorbehalte bezüglich des Schiedsgerichtsverfahrens. Frankreich wird nach Einholung der Ansichten aller am Pakt interessierten alliierten Mächte eine Antwort an Deutschland ausliefern, die in Berlin überreicht werden wird, nachdem sich die Alliierten über den Wortlaut endgültig geeinigt haben.

Günstige Beurteilung bei den offiziellen französischen Stellen. — Kritik der Linkspresse.

Paris, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In zuständiger französischer Stelle wurde am Mittwoch nachmittag erklärt, daß derjenige Punkt, der in den kommenden Verhandlungen die größten Schwierigkeiten bereiten wird, die im Abschnitt II der deutschen Note aufgeworfene

## Frage der schiedsgerichtlichen Verhandlungen

bildet. Die deutsche Regierung zielt damit offenbar auf den Artikel 44 des Versailler Vertrages ab. Sie vertritt die Auffassung, daß dieser Artikel die Alliierten nicht zu automatischen Sanktionen berechtige, sondern im konkreten Falle erst durch ein schiedsgerichtliches Verfahren das Vorliegen einer feindseligen Handlung festgestellt werden müsse. Diese deutschen Einwendungen würden die Alliierten voraussichtlich durch eine genaue und rechtsverbindliche Interpretation des Begriffs „Feindselige Handlung“ zu begegnen haben. Den Gegenstand weiterer Auseinandersetzungen würde ferner vor allem die in der deutschen Note enthaltene Zurückweisung des von Frankreich beanspruchten

## Rechts zum bewaffneten Eingreifen

im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn sowie der deutsche Einspruch gegen den obligatorischen Charakter und die Garantie, die Frankreich dem Schiedsvertrag für den Osten zu geben wünsche, bilden. In allen übrigen Punkten halte man in Paris eine Verständigung im Wege der Verhandlungen für möglich.

Im starken Gegensatz zu der ausgesprochen günstigen Beurteilung, welche die deutsche Note bei den offiziellen französischen Stellen gefunden hat, steht die kühe und fast frostige Aufnahme, die ihr bei einem großen Teil der Pariser Presse beschieden ist. Wenn Blätter, wie das ultranationalistische „Echo de Paris“ und das durch seine Deutscheindlichkeit bekannte „Journal“ sich in den üblichen Ausfällen gegen Deutschland ergehen und die Note der deutschen Regierung als eine „Höllenschlange zur Zerstörung der gegenwärtigen Ordnung der Dinge in Europa“ bezeichnen, so kann man das auf sich beruhen lassen. Sehr viel betrüblicher ist, wenn in den führenden Organen der Linken, wenn vor allem in Blättern wie dem „Quotidien“ und dem „Devoir“ die Feststellung des unseufzerartigen Fortschrittes auf dem Wege zur Regelung der Sicherheitsfrage und damit zur Festigung des Friedens völlig in den Hintergrund gedrängt wird durch die

## Schärfe und Unschärfbarkeit einer Kritik

die feinste Verständnis für die Berechtigung der elementarsten Forderungen und Interessen des deutschen Volkes aufweist. Man mag gegen die deutsche Note im einzelnen noch so viel einzuwenden haben, ein Kompromiß kann stets nur da zustandekommen, wo beide Teile zu einer gerechten Würdigung des gegnerischen Standpunktes und zu entsprechenden Zugeständnissen bereit sind. Was nicht angeht, ist, daß das Bekenntnis der eigenen Verhandlungsbereitschaft sich immer nur in leeren, zu nichts verbindenden Phrasen erschöpft, alle materiellen Zugeständnisse aber der Gegenseite zuschiebt.

Wider Erwarten vernünftig ist am Mittwochabend der „Temps“. Er bezeichnet es als einen sehr wesentlichen Fortschritt, daß das Kabinett Luthier-Stresemann nicht nur die Verhandlungen fortzusetzen wünscht, sondern mit besonderem Nachdruck seinen Willen, zu positiven Ergebnissen zu gelangen, betont. Man dürfe darüber allerdings nicht vergessen, daß von da bis zu einer wirklichen Verständigung noch

## ein sehr weiter Weg

sei und die Einwendungen, die Berlin gegen die französische Auffassung macht, nicht dazu angetan seien, die gewünschte Lösung zu erleichtern. Aber wenn auch die deutsche Note ganz offenkundig die Revision des Versailler Vertrages als Hintergedanken des Garantievertrages enthülle, so müsse man doch andererseits berücksichtigen, daß ihre Abfassung unter ganz besonders schwierigen Umständen erfolgt sei und Stresemann den Forderungen der Deutschnationalen beträchtliche Zugeständnisse habe machen müssen, um eine Meinungskrise zu vermeiden. Es sei unter diesen Umständen sehr wohl möglich, daß die mündlichen Erklärungen, die Botschafter von Hoersch in der Unterredung mit Briand abgegeben hat, die wahren Absichten der deutschen Regierung in einem sehr viel verständlicheren Lichte gezeigt hätten als die offizielle Sprache des von ihm überreichten Dokuments.

## Belgische Hoffnung auf Einigung.

Brüssel, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Antwort hat in belgischen Regierungskreisen im ganzen genommen keinen ungünstigen Eindruck gemacht. Zwar glaubt man, daß die Antwort über eine Reihe von Fragen teilweise äußerst schwierige Diskussionen eröffnen wird; aber man nimmt hier an, daß über einige dieser Fragen schließlich eine Einigung zu erzielen sei, während andere Punkte von Stresemann vermutlich nur aufgegriffen wurden, um den Deutschnationalen entgegenzukommen, daß er sich aber bei weiteren Verhandlungen den Alliierten gegenüber geschmeidiger zeigen werde. Gegen die Auffassung, daß der Abschluß eines Garantiepakts schließlich nicht ohne Einfluß auf das Problem der Besetzung bleiben könne, hat man in Brüssel eigentlich nichts Wesentliches einzuwenden. Verwickelter erscheint jedoch die Schiedsgerichtsfrage. Schwerlich wird man sich in Brüssel dazu verstehen, daß sich Frankreich zum Garant eines deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrages aufwirft. Jedoch beunruhigen solche Wendungen der deutschen Antwort, die darauf hindeuten

scheinen, daß Deutschland Schiedsverträge wohl im Westen gelten lassen will, weil es davon eine Wiederrückung des Versailler Vertrages erhofft, sie aber im Verhältnis zu anderen Mächten ebenso ablehnen möchte, wie die Frage des obligatorischen Schiedsgerichts mit Sanktionen im engeren Sinne überhaupt. Hinsichtlich des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund hält man die deutsche Antwort für einen weiteren, wenn auch kleinen Fortschritt, und glaubt, daß es nicht unmöglich sein wird, die deutschen Bedenken gegen eine Bindung im Sinne des § 16 des Völkerbundespakts zu zerstreuen. Man hofft, Frankreich könnte ausreichende Zusicherungen geben, daß es keineswegs beabsichtige, von dem Durchmarschrecht gegen den Willen Deutschlands Gebrauch zu machen. Zusammenfassend hofft man in Brüssel auf ein günstiges Ergebnis der beginnenden Verhandlungen. Von belgischer Seite wird jedenfalls alles in diesem Sinne getan werden.

## Zurückhaltung in England.

London, 22. Juli. (W.T.B.) Reuter meldet, in britischen zuständigen Kreisen bestehe keine Neigung, den Inhalt der deutschen Sicherheitsnote im einzelnen zu erörtern. Vor allem habe man noch keine Zeit gehabt, den Inhalt eingehend zu erwägen, und außerdem müsse die Note vorläufig noch vom Kabinett behandelt werden. Daher werde Zurückhaltung beobachtet. Wenn auch die deutsche Mitteilung infolge gewisser Vorbehalte, die, wie man sich klar sei, vielleicht in manchen Fällen nicht ganz außer Zusammenhang mit der inneren Lage Deutschlands ständen, nicht als völlig befriedigend betrachtet werden könne, könne sie doch als Grundlage für eine weitere Erörterung angesehen werden, da sie Deutschlands Bereitschaft zu weiteren Besprechungen und seinen Wunsch, die Verhandlungen zu erleichtern, darzue. Der Abseh, der sich auf den Fortschritt der Bewegung für den Pakt bezieht und seine sofortige Erörterung anregt, sei sehr befriedigend. Es sei unmöglich zu sagen, welches der nächste Schritt sein werde. Selbstverständlich werde ein Meinungsaustausch zwischen den Regierungen stattfinden, und die weitere Entwicklung werde möglicherweise durch Erörterungen der Botschafter, die Arbeit von Sachverständigen und vielleicht sogar schließlich durch eine Konferenz gefördert werden. Aber die ganze Sache erfordere Erwägung, auch wenn die Antwort an Deutschland nicht auf jeden Punkt eingehe, der in der Berliner Note aufgeworfen wurde.

## Nationalunken an der Ruhr.

Unterstützung durch die Behörden?

Aus Bochum wird gemeldet, daß dort angeblich auf Einwirkung der Stadtverwaltungen das Verbot des Hissens schwarzweißer Flaggen zurückgenommen worden ist. Sollte die Meldung mit den Tatsachen übereinstimmen, so würde das ein bedauerliches Zugeständnis an gewisse nationalistische Kreise bedeuten, die mit ihrem Flaggenputz lediglich Provokationen nach außen und innen verfolgen. Daß das Hissen der Monarchistenfahne auf die Bevölkerung der befreiten Gebiete aufreizend wirkt, haben die Ereignisse kurz nach der Räumung bewiesen. Unter dem Eindruck dieser Konflikte ist jede Demonstration aus Anlaß des Abzugs der französischen und belgischen Truppen verboten worden. Wenn dieses Verbot dahin geändert wird, daß man den Elementen, die die Zusammenstöße verursacht haben, ein Sonderrecht einräumt, so muß die Unruhe aufs Äußerste gesteigert werden. Daß die Schwarzweißrotten es auf eine Provokation der republikanischen Behörden und der republikanischen Bevölkerung abgesehen haben, geht aus einem Pamphlet hervor, das wir weiter unten veröffentlichen. Es muß deswegen erwartet werden, daß gegen den Unfug, der um so gefährlichere Wirkungen hervorrufen muß, als das Industriegebiet unter dem Eindruck der Massenentlassungen von Arbeitern steht, eingeschritten wird.

Bochum, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Bochumer nationalistischen Kreise hatten nach dem Flaggenverbot des Regierungspräsidenten von Arnsberg, Generalen König, die Parole ausgegeben, der Verordnung unter keinen Umständen Folge zu leisten, sondern durch vermehrtes Hissen von schwarzweißroten Flaggen gegen diese „Anmaßung von sozialistischer Seite“ zu demonstrieren. Zahllose Flugblätter mit folgenden Versen wurden auf den Straßen verteilt:

„Die Freude der Bochumer ist heute groß,  
Denn endlich sind wir die Feinde los,  
Der Arnsberger König, der weit vom Schuß,  
Heut' ausgerechnet das Flaggen verbieten muß,  
Wir scheren uns den Teufel drum,  
Unsre Flaggen fliegen lustig im Wind' herum,  
Wer erlitten wie wir die Schmach und Not,  
Der flage treubereit: Schwarzweißrot!“

Angeblick auf Einwirkung der Stadtverwaltungen, die infolge des Widerstandes der Nationalisten Zusammenstöße mit der Polizei befürchteten, erfolgte inzwischen die Aufhebung des Flaggenverbotes, eine Maßnahme, die der Arbeiterschaft vollkommen unverständlich erscheint und als Schwäche gegenüber den Nationalisten gedeutet wurde.

Auf dem Rolke-Platz kam es am Mittwoch nachmittag bei einer kommunistischen Demonstration gegen das Hissen von schwarzweißroten Flaggen zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die mit der blanken Waffe einschritt. Erst nach einiger Zeit gelang es, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die schwarzweißroten Flaggenherausforderungen drohen zu sehr ernstlichen Zusammenstößen zu führen, falls die Polizeibehörde diesem Unfug kein Ende macht.

Ueber die Vereinfachung des Touristenverkehrs haben die Verhandlungen begonnen. Die Eidgenossenschaft wird zunächst mit Oesterreich, Deutschland und Polen eine Abmachung treffen, daß statt eines Reisepasses die Legitimation eines Touristenvereins zum Grenzübertritt berechtigt.

Die interalliierten Schulden. Im Pariser Außenministerium fand eine Konferenz zwischen Caillaux und Briand über die Schuldverhandlungen mit England und Frankreich statt. Am September wird voraussichtlich eine Delegation nach Washington gehen.

Hollands Vorbereitung für den Gastrieg wurde in der Niederländischen Chemischen Gesellschaft besprochen. Es ist bisher vergeblich gewesen, die Bevölkerung für das Problem zu interessieren. Ein auf die Einsetzung einer Untersuchungskommission zielender Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Neue Verhaftungen in Petersburg. Wie aus Petersburg mitgeteilt wird, hat die Politische Staatsverwaltung (Tscheka) massenhafte politische Verhaftungen vorgenommen. Es sind mehr als 200 Personen verhaftet. Einzelheiten fehlen noch.



# Gewerkschaftsbewegung

## Vermittlungsversuch im Bauarbeiterstreik. Auf Veranlassung des Polizeipräsidenten.

Wie das Wolff-Bureau meldet, hat der Berliner Polizeipräsident im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die bei einem längeren Streik der Bauarbeiter gefährdet erscheinen, sich an den Schlichter von Groß-Berlin gewandt, mit der Bitte, einen Versuch zu unternehmen, möglichst bald eine Einigung der streikenden Parteien herbeizuführen.

Ob ein derartiger Versuch gegenwärtig Aussicht hat, zur Beilegung des Streiks zu führen, erscheint uns bei der Einstellung der Bauunternehmer sehr zweifelhaft. Der Konflikt zwischen den Bauarbeiterorganisationen und den Bauunternehmern ist nicht allein ein Lohnkonflikt, sondern erstreckt sich auch auf die Arbeitszeit, die Ferien und die anderen sozialen Erwerbsbedingungen, die infolge der Inflation der Arbeiterkraft verlorengegangen sind. Die Bauunternehmer stellen sich praktisch auf den Standpunkt, daß dieser Verlust endgültig ist. Man wird ohne weiteres begreifen, daß die Bauarbeiter anderer Ansicht sind und mit Recht verlangen, daß die sozialen Erwerbsbedingungen endlich wiederhergestellt werden. Der Einwand der Bauunternehmer, daß diese Fragen nur durch Reichstarif geregelt werden könnten, ist so jaden scheinig, daß er einer Widerlegung um so weniger bedarf, als die Bauunternehmer bisher auch eine reichstarifliche Regelung abgelehnt haben.

Es wäre gewiß im Interesse der Öffentlichkeit zu begrüßen, wenn ein Vermittlungsversuch, von welcher Seite er auch käme, den Konflikt beilegen würde. Es ist erst vor einiger Tagen von den höchsten Elektrizitätswerken darauf hingewiesen worden, daß die Versorgung der Berliner Bevölkerung mit elektrischem Strom gefährdet ist, wenn die Arbeiter nicht sofort ausgenommen würden. Auch sonst ist der Wohnungsbau bei dem schreienden Wohnungsmangel so dringend, daß die schnelle Wiederaufnahme der Arbeit im öffentlichen Interesse liegt. Die Bauarbeiterorganisationen verschließen sich keineswegs diesen Notwendigkeiten; sie führen nicht den Streit um des Streikes willen. Sie sind jedoch der Auffassung, daß ihnen für ihre schwere Arbeit eine menschenwürdige Existenz gesichert werden muß. Sie sind keineswegs gewillt, den Bauunternehmern, die ihre Profitinteressen immer über die öffentlichen Interessen stellen, Konzessionen zu machen. Wenn also eine Vermittlung zur Beilegung des Bauarbeiterstreiks versucht werden sollte, dann müßte sie zunächst auf die Bauunternehmer einwirken. Nur so ist eine Beilegung des Kampfes möglich.

Eine Berliner Korrespondenz berichtet die Meldung, daß die Bauarbeiterorganisationen infolge mangelhafter finanzieller Mittel bei der Auszahlung der Streikunterstützung Schwierigkeiten hätten. Wir können dazu erklären, daß diese Meldung nicht allein jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt, sondern eine böswillige Erfindung der betreffenden Korrespondenz ist. Es ist weder gegenwärtig noch für die weitere Zukunft zu befürchten, daß die Bauarbeiterorganisationen finanziell in Schwierigkeiten geraten könnten.

## Reislose Demonstrationsteilnahme der Fabrikarbeiter.

Am Dienstag nahmen die Funktionäre des Verbandes der Fabrikarbeiter den Bericht vom 15. Verbandstag in Leipzig, den der 2. Beschlüssigste Rückert gab, entgegen. Nach einer regen Diskussion wurden die Beschlüsse und der Verlauf des Verbandstages gutgeheißen. Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

Die versammelten Funktionäre des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Groß-Berlin, nehmen mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß die Regierung eine Verschärfung der Wochenruhe beschließt. Gegen diese unsoziale, die Volksgesundheit schwer schädigende Maßnahme erheben sie den schärfsten Protest.

Sie protestieren ferner auf das entschiedenste gegen die Zollvorlage, durch deren Annahme der Bräuwucher behördliche Konzeption erhält. Sie verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß am Freitag, den 24. Juli ihre Belegschaften, die sie vertreten, sich reiflos an der Demonstration beteiligen.

## Arbeitskämpfe in der Schuhindustrie.

Dem Zentralverband der Schuhmacher wird geschrieben: Die Firma Baa Schuhfabrik A. G. Berlin, Pappelallee 78/79, verlangte in der verfloffenen Woche von einigen Arbeiter Überstunden, weil infolge der falschen Dispositionen der Betriebsleitung die Arbeiter nicht zur richtigen Zeit fertig gestellt werden konnten und stützte sich hierbei auf die Bestimmungen des Tarifvertrages mit dem Bemerkten, sie könne von den Arbeitern jederzeit pro Tag eine Überstunde verlangen. Der Betriebsrat trat dem Standpunkt der Firma entgegen und ermahnte sie auf die tariflichen Abmachungen. Die fraglichen Arbeiter verweigerten diese nach dem Tarifvertrag nicht zu leistenden Überstunden. Die Firma versuchte in letzter Zeit wiederholt den Herrin-Haus-Standpunkt hervorzuheben und glaubte bei dieser Gelegenheit auch den unangenehmen Betriebsrat los zu werden. Die in der gleichen Abteilung der zur Entlassung gekommenen Arbeiter beschäftigten Kollegen lehnten es ab, die Arbeit der Ge-

mähregellen zu verrichten und erklärten sich mit diesen solidarisch. Die Firma entließ darauf sämtliche Arbeiter der Abteilung (Maschinenbau) und war durch die dadurch eingetretene Stockung genötigt, auch in anderen Abteilungen Entlassungen vorzunehmen. Die Gewerkschaft versuchte Verhandlungen mit der Betriebsleitung anzunehmen, die jedoch scheiterten, da die Firma nur mit solchen Mitgliedern der Betriebsleitung in Unterhandlungen eintreten will, die sie bestimmt, was der Vertreter der Gewerkschaft abseht. Gegen die Betriebsräte hat es die Firma besonders abgesehen. Ein Betriebsratsmitglied wurde entlassen, weil er sich erlaubt hat, während der Arbeit zu sprechen und sich von dem Direktor Michelsohn den Mund nicht wolle verbieten lassen. Das Gewerbegericht hat die Firma verurteilt, diesem Betriebsratsmitglied solange Lohn zu zahlen, bis er wieder eingestellt wird. Das schien der Firma doch etwas zu teuer zu werden und sie forderte nun dieses Betriebsratsmitglied auf, die Arbeit der Entlassenen zu verrichten, was letzterem verständlich abgelehnt wurde. Für ein weiteres Mitglied des Betriebsrates hat die Firma beim Gewerbegericht als Arbeitsgericht den Antrag gestellt, die Zustimmung zur Entlassung zu erteilen mit der Begründung, dieses Betriebsratsmitglied ist zu teuer; die Firma will an dessen Stelle eine weibliche Arbeitskraft einstellen. Ein drittes Betriebsratsmitglied befindet sich bei den Entlassenen. Die Kollegenschaft ist gewillt, den ihr aufgezwungenen Kampf zu führen, bis die Firma ihren widerrechtlichen Standpunkt aufgibt.

Gleichfalls ein Bruch des Tarifvertrages hat sich die Firma Hermann Diamant, Berlin, Große Frankfurter Str. 78, zuschulden kommen lassen, indem sie dem Zuschneidern entgegen den klaren Bestimmungen des Tarifvertrages für die Schuhindustrie Anfordräge diktierte. Die Zuschneider lehnten das Diktat ab und verlangten die gegenseitige Vereinbarung oder Festlegung der Anfordräge durch die Tarifinstanz. Da die Firma erklärte, sie würde mit den Zuschneidern verhandeln, wenn sie Zeit habe, verzögerten diese die Weiterarbeit. Darauf erfolgte die Aussperrung der Zuschneider, der Stepperei und Vorrichterei. Die Maschinenarbeiter sollten täglich 4 Stunden arbeiten, was diese ablehnten und sich mit den Ausgesperrten solidarisch erklärten. Nachträglich wurde die Firma von dem Syndikat des Fabrikantenverbandes befehrt, daß sie einen Tarifbruch begangen hat. Sie verhandelte mit dem Betriebsrat über die Löhne der Zuschneider, die zur Zufriedenheit der Arbeiter vorläufig geregelt wurden. Weil die Arbeiter sich aber gegen die widerrechtlichen Maßnahmen der Firma zur Wehr gesetzt hätten, sollten sie 4 Stunden arbeiten sollen. Dies lehnte die gesamte Belegschaft ab und bestand auf voller Beschäftigung. Wäre eine Notwendigkeit zur Kurzarbeit vor, wäre die Belegschaft, um Entlassungen zu vermeiden, mit Kurzarbeit einverstanden, würde aber auch dann ablehnen, täglich 4 Stunden zu arbeiten, sondern an drei Tagen in der Woche 8 Stunden. Schikanen werden die Arbeiter der Firma Diamant ebenso wie diejenigen der übrigen Betriebe der Berliner Schuhindustrie entschieden zurückweisen; sie finden hierzu in ihrer Gewerkschaft die nötige Kraft.

Die gesamte Arbeiterschaft der Schuhindustrie und das laufende Publikum werden zur Solidarität aufgefordert. Diese Willkürmaßnahmen des Unternehmertums müssen zurückgewiesen werden. Nur in der Solidarität liegt die Kraft der Arbeiterschaft.

## Lohnerhöhungen für die Kammereiarbeiter.

Der Magistrat hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung dem Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die Löhne der Kammereiarbeiter um 5 Pf. pro Stunde zu erhöhen, zugestimmt. Die Erhöhung von 5 Pf. erhalten alle männlichen Kammereiarbeiter; die Löhne der anderen Gruppen und der Arbeiterinnen erhöhen sich im tariflich festgelegten Verhältnis. Die Tarifkommission der Kammereibetriebe hat dem Ergebnis zugestimmt.

## Der Holzarbeiterverband 1924.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat nunmehr seinen Jahresbericht 1924 herausgegeben, der in seiner mustergültigen Ausführung eine erschöpfende Uebersicht über die Vorgänge in der Holzindustrie im besondern und die in der gesamten Wirtschaft im allgemeinen gibt. Aus dem 250 Seiten umfassenden Jahrbuch kann hier nur das Wesentlichste angeführt werden.

Das Jahr 1924 war für den Holzarbeiterverband ein hartes Kampfsjahr. Die Unternehmer wüßten die durch die Krise bedingte Arbeitslosigkeit und vorübergehende Schwächung des Verbandes aus und gingen zum Generalangriff auf den Achtstundentag über. Unter Zuhilfenahme behördlicher Schlichtungsinstanzen gelang es z. B. in der Schwerindustrie eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 bis 60 Stunden festzusetzen. Durch diesen Erfolg ermutigt, gingen auch die Holzindustriellen in allen Teilen des Reiches zum Angriff über.

Durch die Uneinigkeit in ihren eigenen Reihen gelang ihnen dieser Angriff aber nicht so, wie sie es beabsichtigt hatten. Wenn es dem Holzarbeiterverband trotz dreimaliger zentraler Verhandlungen auch nicht gelang, einen Reichstarif abzuschließen, so wurden doch die meisten der Kämpfe durch Abschluß von Bezirkstarifen beendet, die den Achtstundentag grundsätzlich beibehielten.

Daß die Forderung der Unternehmer nach einer köstlichen Arbeitszeit eine Prinzipienfrage war, hinter der die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände stand, beweist schon die Tatsache, daß von der tarifvertragslich zugestandenen Mehrarbeit nur wenig Gebrauch gemacht worden ist. Nach einer Erhebung des Holzarbeiterverbandes vom 7. bis 12. Juli arbeiteten im Durchschnitt 73,8 Proz. der Beschäftigten 46—48, 7,7 Proz. über 48 bis 51, 11,0 Proz. über 51 bis 54 und nur 6,6 Proz. über 54 Stunden in der Woche. Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß der Angriff misslungen, der Achtstundentag gehalten wurde.

Die 415 Streiks, die durchschnittlich 3,7 Wochen dauerten, stellten an die Verbandskasse außerordentlich hohe Anforderungen. Es wurden von der Hauptkasse 2.241.603,52 R. und von den Lokalkassen 617.949,06 R., insgesamt 2.859.552,58 R. für Streiks ausgeben.

Ein wichtiges Moment ist die Urlaubsgewährung, die in den Tarifverträgen festgelegt ist. Während im Jahre 1918 für 120.880 Beschäftigte 884 Verträge, darunter 19 mit Ferienbestimmungen, bestanden, gab es im Jahre 1924 bei 283.355 Beschäftigten 255 Tarifverträge, die alle Ferienbestimmungen hatten. Es ist dies das erstmalig, daß es in der Holzindustrie keinen Tarifvertrag ohne Ferien gibt. Auch hinsichtlich der Feriendauer (2—12 Tage) und den Bestimmungen des Anspruchs weisen die diesjährigen Verträge mancherlei Verbesserungen auf.

In der Mitgliederbewegung ist im Berichtsjahre ein Fortschreiten gegenüber dem Rückgang des Jahres 1923 zu verzeichnen. Wenn der Rückgang der Mitgliederzahl im Jahre 1923 auf die Wirkungen der Inflation zurückzuführen ist, so kommen für das Jahr 1924 andere Gründe in Frage. Der Rückgang scheint in erster Linie auf die mit der Stabilisierung verbundene Niedrighaltung der Löhne und der Arbeitslosigkeit zurückzuführen sein. Ein übriges hat aber auch die mostwärtige Aktion getan. Im Jahre 1913 zählte der Verband 193.075 Mitglieder, im Jahre 1916 dagegen nur noch 68.249. Diese Zahl stieg dann allmählich wieder bis auf 434.843 im Jahre 1922, um im Jahre 1924 aus den angeführten Gründen wieder auf 284.742 zu fallen. Trotzdem ist dieser Mitgliederbestand immer noch ungefähr 50 Proz. höher als der des Jahres 1913. Es geht aber in diesem Jahre wieder aufwärts. Am Schluß des 1. Quartals 1925 betrug der Mitgliederbestand schon wieder 301.474, und auch im 2. Quartal hat der Fortschritt angehalten.

Ein ebensolches Bild des Wiederaufstiegs gibt auch der Rassenbericht. Während am Schluß des 4. Quartals 1923 der Gesamtassenbestand ungefähr 245.827 R. betrug, ist das Gesamtvermögen des Verbandes Ende 1924 wieder auf 1.798.440 R. gestiegen. Alles in allem kann man den Deutschen Holzarbeiterverband trotz der schweren Kämpfe, die er im Berichtsjahre und auch in diesem Jahre geführt hat, als eine der festgefügtsten Organisationen bezeichnen.

## Konferenz der Bergarbeiterverbände.

Bohum, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen haben heute in Bohum die in der vorigen Woche begonnenen Besprechungen fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Beratungen stand das Abschluß- und Arbeitszeit-Problem im Bergbau. Im Gegensatz zu den Äußerungen der Arbeitgeberpresse und dem Aufruf der vereinigten Handelskammern wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Abschaffung der Arbeitszeit nicht mit einer Verlängerung der Arbeitszeit behoben werden könne. Die Auffassungen der Bergarbeiterorganisationen und des Zechenverbandes gehen in dieser Frage grundsätzlich auseinander. Die Bergarbeiterverbände halten ihre Forderung zur Aufklärung der Öffentlichkeit für notwendig und beabsichtigen, sie alsbald der Regierung vorzulegen.

## Konflikt im bayerischen Bergbau.

München, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die trostlosen Lohnverhältnisse im bayerischen Kohlenbergbau, wo 2,69 Mark pro Tag bei zehnstündiger Arbeitszeit gezahlt werden, scheinen nunmehr zu einem schweren Arbeitskonflikt zu treiben. Am 26. Juni stellten die Gewerkschaften Lohnforderungen, über die am 17. Juli ein Schiedsgericht beim Landesrichter entscheiden sollte. Diesen Termin sabotierten aber die Arbeitgeber mit dem Antrag, das Schiedsgericht möge sich durch eine Beschäftigung der Bergwerke davon überzeugen, daß eine Lohnerhöhung unter keinen Umständen gewährt werden könne. Das Schiedsgericht gab diesem Antrag statt, so daß die Entscheidung auf unabsehbare Zeit verschoben ist. Aus diesem Grunde haben die Arbeiter der oberpfälzischen Steinkohlenwerke in Pongau nunmehr die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter der übrigen Bergwerke werden voraussichtlich in den nächsten Tagen mit der Arbeitsniederlegung folgen.

## Einigung in der schlesischen Textilindustrie.

Breslau, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der schlesischen Textilindustrie sind heute durch Vermittlung des Schlichters, Genossen Wölfling, beigelegt worden. Die drohende Ausperrung von 64.000 schlesischen Textilarbeitern wird dadurch vermieden. Als Spigenlohn wurden 44 und 45 Pf. für die Stunde je nach den einzelnen Bezirken ausgestellt. Maßregelungen sind durch das Abkommen ausgeschlossen. Die Reuregelung gilt bis Ende November. Alle gegenwärtig stattfindenden Teilstreiks und Teilausperrungen werden sofort beendet.

Verband des Kupfer- und Zinnarbeiter. Die arbeitslose Generallistenkommission für das 3. Quartal 1925 findet am 18. August im Saal 4 des Gewerkschaftshauses statt. Einträge zur Generalversammlung sind bis spätestens zum 4. August bei der Ortsverwaltung einzureichen. Die Ortsverwaltung.

Sattler-, Kapsel- und Vorrichtungs-Verband. Das Anrecht der Demonstration gegen den Reizwucher bleibt bei dem Bureau am Freitag nachmittags gescheitert. Die Ortsverwaltung.

Das Ortsbureau des Zentralverbandes der Kupfer-, Zinn- und Eisenarbeiter. Nicht wegen der Demonstration gegen den Reizwucher am Freitag, dem 24. Juli, von 5—7 Uhr geschlossen.

Verantwortlich für Politik: Helmut Schöff; Wirtschaft: Arthur Seltenrit; Gewerkschaftsbewegung: A. Meiner; Redaktion: Dr. Johannes Schmalz; Rechts- und Sachfragen: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Winkler; Druck: in Berlin. Verlag: Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Sieber & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2. Sieber & Co. Verleger, „Unterhaltung und Wissen“ und „Kulturwelt“.

# Billige Lebensmittel

Gemüse	Kolonialwaren	Butter und Käse
Weiß- u. Wirsingkohl 5 Pf.	Tafelreis 23 Pf.	Natur-Butter 75,90 Pf.
Grüne Bohnen 10 Pf.	Weizengries 27 Pf.	Emmentaler 75 Pf.
Einlege-Gurken 10 Pf.	Kaffee frisch gebrannt 2,95	Dänischer Gouda 68 Pf.
Grüne Gurken 15 Pf.	Milch zerockert 35 Pf.	Steinbuscher 90 Pf.
Blumenkohl 25 Pf.	Apfelsmus 58 Pf.	Schweizerkäse 1,45
Neue Kartoffeln 30 Pf.		Camembert 32 Pf.
	Frucht-Saft	
Tomaten 12 Pf.	Kirschsaff 1,55	Pflaumen 45 Pf.
Johannisbeeren 28 Pf.	Zitronensaft 1,55	Frischobst 58 Pf.
Melonen 30 Pf.	Himbeersaft 1,65	Konfitüren 85 Pf.
Zitronen 55 Pf.	Einmache-Zucker 42 Pf.	Apfelgelee 1,95

Frisches Fleisch	Bawlen- und Tischweine
Hammelvordfleisch 65 Pf.	Incl. Flasche und Steuer 1,30
Ka bskamm od -Bug 72 Pf.	1922. Feiler Oberberg 1,30
Rindergulasch 88 Pf.	1922. Comminger, Gaisberg 1,45
Gehacktes 85 Pf.	1922. Cönerer Nonnberg 1,60
Ochsenfleisch 50 Pf.	Frucht-Sekt 1,45
Schmorfleisch 80 Pf.	
	Wurstwaren
	Hausmacher-Leber 55 Pf.
	Pommer. Metwurst 1,10
	Maltwurst nach Braunschwg. Art 1,20
	Würstchen in Dosen, Inhalt 6 Paar 1,45
	Feiler Speck 1,25
	Corviat u. Safami 1,90

**Waschbecken** 95 Pf.  
Stelngut, elfenbein

**Tafel-Service** 8.75  
dekor., 23 teilig, 4 Personen

**Küchen-Garnitur** 9.50  
Stelngut, schöne Dekors, 22 tlg.

**Kaffee-Service** 4.90  
Porzellan, dekor., dünne Tassen

KAUFHAUS DES WESTENS

# Kaufhaus

DAS HAUS DER QUALITÄTSGUTEN!



# Berlin vor einer neuen Wasserkatastrophe.

## Dividenden, aber kein Wasser.

Gerade zur rechten Zeit lassen die Charlottenburger Wasserwerke in den Handelsteilen der bürgerlichen Presse folgende Notiz zirkulieren, die wir dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen:

Die Geschäftslage bei der Gesellschaft hat sich, wie wir erfahren, im abgelaufenen Geschäftsjahr recht günstig entwickelt. Die Gesellschaft hat in den letzten Wochen nennenswerte Erweiterungen ihrer Werke durch Neuanlagen von Brunnen in Johannishof und Beelitzhof vorgenommen, die ihr eine vergrößerte Abgabe von Wasser ermöglichten und auch dazu beitrugen, den Anforderungen, die besonders in den letzten Wochen an sie gestellt wurden, nach Möglichkeit gerecht zu werden. Unter diesen Umständen dürfte für das am 30. September ablaufende Geschäftsjahr jedenfalls mit der Ausschüttung einer befriedigenden Dividende zu rechnen sein, ohne daß es allerdings bis jetzt schon möglich ist, Details über die voraussichtliche Höhe der Ausschüttung anzugeben. Nach Ansicht unseres Geschäftsrates dürfte in absehbarer Zeit mit einem Uebergang der Charlottenburger Wasserwerke an die Stadt Berlin, so begehrenswert das Objekt auch für die Stadt sein dürfte, kaum zu rechnen sein, da die Kaufsumme angesichts der angespannten finanziellen Verhältnisse der Stadt wohl nicht so leicht aufzubringen sein dürfte. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß die kommunalen Käufe, die man längere Zeit in den Aktien beobachtet konnte, in letzter Zeit zum Stillstand gekommen sein sollen.

Also die Dividende wird befriedigend sein. Die Lieferung von Wasser an die bei der tropischen Hitze verdurstende Bevölkerung ist freilich sehr viel weniger befriedigend und die salbungsvollen Ermahnungen, die die Charlottenburger Werke durch die ihr gefügige Presse an die Bevölkerung erteilen, sind ein Hohn auf die Zustände, die sich in den von den privaten Werken belieferten Stadtteilen herausgebildet haben. Es wird ganz offen zugegeben, daß die Charlottenburger Wasserwerke, die immer noch ungefähr um das Doppelte teurer sind, als die städtischen Werke, gar nicht daran denken, ihre Anlagen so zu erweitern, daß sie unter allen Umständen leistungsfähig sind. Die Herrschaften berufen sich darauf, daß für die Ortsteile Schöneberg und Steglitz ein vertragloser Zustand eingetreten ist. — Für manche Ortsteile Groß-Berlins laufen die Verträge mit der privaten Gesellschaft bekanntlich bis zum Jahre 2000! Die privaten Werke erklären, daß sie nur dann neue Mittel in die Erweiterung ihrer Anlagen hineinstecken wollen, wenn der Vertrag für Schöneberg und Steglitz verlängert wird. Sie rechnen dabei auf die Unterstützung ihrer Erpressermethoden durch die bürgerlichen Parteien im Rathaus. Die sind bekanntlich allein daran schuld, daß heute in einem guten Drittel Groß-Berlins die furchtbare Wassernot herrscht.

Die bürgerlichen Parteien sind es gewesen, die die Sozialisierung der privaten Wasserwerke im Besonderen am 1. März 1919 behindert haben. Sie halten auch heute noch schuldig ihren Schuld vor die ständische Gemeinnützigkeit der Privatgesellschaft. Als im städtischen Haushaltsauschuss die Sozialdemokraten zum ersten Male an der Hand unwiderleglicher ziffernmäßiger Unterlagen das Gebahren der privaten Werke brandmarkten und als infolge dessen peinliche Verlegenheit auf den Reichtümern herrschte, war es der allzeit unentwegte Kammergerichtsrat Dr. Caspari, der so etwas murmelte, wie: Man könnte doch den Werken ohne Aussicht auf Gewinn nicht eine Erweiterung ihrer Anlagen zumuten. Dann sollen die privaten Werke vertragsmäßig doch ihre Rohrleitungen in Schöneberg und Steglitz der Stadt verkaufen, damit die Stadt die Wasserlieferung übernehmen kann. Das will die private Gesellschaft aber nicht. Und sie rechnet, wie aus ihrer Preispolitik hervorgeht, ganz offen damit, daß die Stadt finanziell nicht in der Lage ist, ihren Erpressermethoden ein Ende zu machen. Die Herrschaften werden sich dabei aber schwer schneiden. Vor den Rathausfronten haben die bürgerlichen Parteien es verstanden, die öffentliche Besprechung des sozialdemokratischen Antrags zu verhindern, der in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eingeführte Ausschuss ist bis jetzt noch nicht zusammengetreten. Inzwischen preist die private Gesellschaft auf alle Aufforderungen der Behörden und jetzt sich aufs hohe Pferd. Dabei zieht sie allein aus dem Ortsteil Schöneberg und Steglitz, bei einer Lieferung von jährlich mindestens 12 Millionen Kubikmetern, im Vergleich zu den Preisen der städtischen Werke, einen Ertragsgewinn von mindestens 750 000 Mk. Mit welchen Gewinnen die Herrschaften aus Kosten der Wasserversorgung arbeiten, zeigt die Tatsache, daß sie ihr Friedenskapital von 40 Millionen Mark schlantweg auf 60 Millionen Mark

heraufgehoben haben, weil sie in der Inflationszeit durch Ausgabe junger Aktien einen Kapitalzuwachs von rund 200 000 Mk. gehabt haben! Auf das so um die Hälfte hinausgesetzte Kapital geben sie 10 Proz. Dividende, d. h. die Friedensaktionäre bekommen 15 Proz. Dividende auf ihr voll erhalten gebliebenes Kapital. Und dann verlangt man von der Stadt Berlin, unter höhnischem Hinweis auf die eigene finanzielle Ueberlegenheit, schlantweg die Verlängerung von Verträgen, die eine solch standalose Ausbeutung mit sich bringt.

Diese Vorgänge werden jedenfalls bei den Stadtverordnetenwahlen eine wesentliche Rolle spielen. Jahrelang haben die bürgerlichen Parteien für die Entkommunalisierung der städtischen Werke gekämpft und jetzt versuchen sie nach mit allerhand Schleichwegen und Begünstigungen das Privileg der privaten Charlottenburger Gesellschaft zu erhalten. Die sozialdemokratische Rathausfraktion wird jedenfalls alles tun, um die Bemühungen der städtischen Wasserwerksgesellschaft auf Erweiterung ihres Lieferungsgebietes zu unterstützen. Für die Bevölkerung bedeutet das: Sicherstellung der Wasserversorgung, auch bei ungewöhnlich heißer Witterung und vor allen Dingen Wasserversorgung zu beinahe den halben Preisen. Insbesondere für die Kleingärtner, auf die die starke Steigerung des Wasserverbrauches zurückzuführen ist, bedingt das ganz wesentliche Ersparnisse. Bei den kommenden Wahlen zur Berliner Stadtverordnetenversammlung muß deshalb die bürgerliche Mehrheit, die in diesen Fragen vollständig verjagt hat, unter allen Umständen beseitigt werden.

## Die Hitze greift in die Räder . . .

Der Arbeitsstarke steht nicht still — es gibt keine Schonung für die Menschen der Arbeit, aber er geht langsam und gerät ins Taumeln, denn die Hitze greift in die Räder. Nichts ist in unserer Stadt, mühseligen, fleißigen Erwerbsringens, was nicht erfaßt wird von der Last der Hitze. Ueberall, in Fabriken und Wohnstätten, in Schreibstuben und Lagerräumen treibt sie ihr grausames Spiel, das uns besonders mißfällt, weil es uns so gut und liebendwürdig gemeint erscheinen soll, während wir am liebsten darüber in laute Bervünschungen ausbrechen möchten. Rein, nicht nur in die Räder greift Herrscherlaune der Natur, sie macht sich das Recht an, alles unterzuordnen und umzustellen. Schauen wir doch die Straße an: mocht sie nicht am Montag den Eindruck des Festtagskorkummers? Wo bleiben doch nur all die schweren Lastfuhrwerke? Es scheint fast, als möchte man „die armen Pferde“ schonen (bei den Menschen gibt es bekanntlich so etwas nicht). Und wie wenig Würde wahr man jetzt im Straßentreiben! Die vernünftige Art, seinen Hut zu tragen, ist allgemeine Mode geworden, sehr viele Leute, die sonst peinlichst auf Kleidung halten, ziehen die Bequemlichkeit der Bornehmheit vor — und die Zahl der Strohregenproletarier verringert sich bedenklich. Der eine und andere hält Wäsche und Rock für überflüssig, während verhältnismäßig wenig Leute auf die Zweckmäßigkeit des Barfußgehens in Sandalen verfallen. Die Hitze greift in die Räder, die Straßen sind leer und die Geschäftslente haben ziemlich zu klagen — wenn es nicht Wirte, Obst- und Fischhändler sind. In manchen Wirtschaften ist es schwer, eine Gester zu bekommen — so überfragt ist dieser harmlose Artikel des täglichen Bedarfs. Welche Freude bei den kleinen Fischhändlern der Straße! Sie haben nur ganz kurz „Saison“ — aber jetzt ist sie da, und zwar recht ausgiebig. Mancher Arbeitslose, der die Gelegenheit benützt, schafft sich durch den Handel bessere Lage — leider nur vorübergehend, denn die ersten Regentage bringen wieder gründliche Abkühlung. So sehen wir den Menschen der Arbeit immer in Abhängigkeit von der Natur, unterworfen ihrem Spiel, in dem doch so tiefer Sinn steckt. Aber auch hier gibt es Abstufungen — wer seine geordnete Arbeitsstätigkeit hat, dem muß man wohl nachsehen, wenn er nicht so viel leistet wie sonst, aber freie Arbeitsstätigkeit oder Altkorarbeit sehen sich zu wahrer Höllequal verdammt. So stark greift die böse Hitze in die Räder, daß die armen Dichter, berufen zu ihrem Lob, vor Mut über sie — schwitzen (was gar nicht schwer fällt). Wie soll man die Natur besingen — wenn einem nichts einfallen kann? Aber trösten wir uns — der erste Regen wird auch wieder mehr Gedichte bringen, was sicherlich dringend notwendig ist . . . denn die Dichter brauchen auch den schönen Kammon.

## Bei 40 Grad im Schatten.

### Gefährliche Symptome.

Diese Temperatur birgt etwas Gefährliches in sich. Wenn das mit der Temperaturkurve so weiter geht, wird sich die Milch der frommen menschlichen Denkart bald fürchterlich in gärenden Drachengift verwandeln.

Bei 40 Grad im Schatten! Es ist um die Mittagszeit. Tropenhitze lastet über dem Potsdamer Platz. Unheimlich glast das flammengeladene Auge des so gar nicht lokalen Himmels über dem Lohwobobu der Autobusse, Kraftwagen, Straßenbahnen und Fuhrwerke. Ein dicker Mann mit gutmütiger Physiognomie sucht dem polizeilichen Berordnungsgesetz gemäß den Strich zu überqueren. Er ist schwer beladen mit Päckchen und Paketen. Ein anderer, dünnflüchtiger kommt ihm eilends entgegen. Rempelt ihn an. Verbieht sich natürlich. Die Last segelt zu Boden. Der Altenläufer lüftet leicht den Strohhut. Da aber explodiert der Gutmütige, rasend vor Jorn, mit blauem, wutverzerrtem Gesicht: Wender Dämme! Sie. Nehmen Sie sich in acht. Sie verdammt Blotengel. Riesler! ja keine Lippe, du . . . Der also Apostrophierete kommt erregt protestierend zurück. Auflauf. Schweißtropfende Dispute. Das übrige Donnerrollen verschlingt der Lärm. Der Dike ist sicherlich sonst der verträglichste Mensch unter der Sonne. Aber die Hitze . . . Da geht halt alles aus den Fugen. — In der Nordstraße ist in den späten Nachmittagsstunden ein großer Auflauf um einen Straßenbahnwagen. Was war geschehen? Wagen und Trittbretter sind überfüllt. Jemand schwingt sich noch im Fahren hinaus, klemmt dicht am Wagensteig. Der Schaffner: „Steigen Sie ab!“ Der andere repliziert: „Ich denke gar nicht daran!“ „Machen Sie, daß Sie runter kommen, zum Himmel-donnerwetter!“ „Komm nur her, verdammt Bauerjoch.“ Der Schaffner, bebend an allen Gliedern, vor Jorn kaum noch seiner Sinne mächtig, zieht schrill die Seine. Der Wagen steht. Furchtbares Geschrei. Erhobene, geballte Hände. Zwei Schutzpolizisten kommen im Aufschritt heran . . . Hitze . . . Hitze . . .

## Reformbilanz der tödlichen Badeunfälle.

Am Dienstag haben sich wiederum eine größere Anzahl Unglücksfälle beim Baden ereignet. Der 25jährige Robert Jähnsdorf aus der Wilsnacker Str. 25 und der 45jährige Robert Krüger aus der Stephanstr. 35 gerieten beim Baden im Freibad Pflanzensee in einen Wasserstrudel und ertranken, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden. Beim Baden in der Spree ertranken der Expedient R. A. I. K. aus der Rathenower Str. 33 und der in Lichtenberg wohnhafte 60jährige Wilhelm Große, Tasdorfer Str. 15. Dem Reichswasserschutz gelang es, die Leichen der Ertrunkenen zu bergen. Im Freibad Wilhelmstrand bei Köpenick ging der 22jährige Otto Abraham, Edisonstr. 25, von einem Herzschlag betroffen, unter. Trotdem sofort angestellter Rettungsversuche gelang es nicht, den Unglücklichen zu retten. Drei junge Leute im Alter von 20 bis 22 Jahren ertranken bei Jörnsfelde in der Havel. Hier konnten die Leichen geborgen werden. Auch bei Potsdam sind zwei junge Leute ertrunken, die sich an gefährlicher Stelle ins Wasser gewagt hatten.

## Besorgt Fahnen zur Verfassungsfeier!

Das ganze republikanische Berlin rüht mit Eifer zu der diesjährigen Verfassungsfeier. Aus Anlaß des Verfassungstages und der Ankunft unserer deutschösterreichischen Brüder wird die republikanische Bevölkerung Berlins gebeten, am 8. und 9. August die schwarzroigoldenen Fahnen der Republik zu zeigen. Rein Haus in Groß-Berlin darf an diesen Tagen ohne Flaggenkürd sein. Daher ist es angebracht, daß die Republikaner schon jetzt Vorkehrungen treffen, daß sie am Verfassungstag über die notwendigen Fahnen verfügen. Soweit nicht alte Fahnen umzuwandern sind oder Fahnen von den Ortsvereinen hergestellt werden, empfiehlt es sich schon jetzt, die Fahnen in den in Frage kommenden Geschäften und Kaufhäusern zu besorgen oder zu bestellen, da erfahrungsgemäß kurz vor einem solchen großen Festtage die Fahnen allgemein ausverkauft sind. Soweit Fahnen nicht in den einschlägigen Geschäften vorhanden sind, sind sie im Warenvertrieb des Reichshändlers Schwarz-Neu-Gold, Berlin S. 14, Sebastianstraße 87—89, zu kaufen.

Selbstmord eines Charakterkomikers. Einer der originellsten Berliner Schauspieler, Max Kroner, hat sich in letzter Nacht, in der Badewanne sitzend, erschossen. Hinter der anscheinend immer guten Laune Kroners borg sich eine schwere Melancholie, die zu seinem Selbstmord geführt hat.

## Sinnenspiel.

### Aus einem Tagebuch.

Mitgeteilt von Kurt Eisner.

Die nächsten Tage sollen bereits von meinen Abenteuern berichten. Ich werde mich unbarmherzig in ein weibliches Wesen verlieben. Wichtig braucht es nicht zu sein. Auch ein armes Fräulein also kann zuweilen noch sein Glück machen, wenigstens in den Gedanken eines Mädchenjüngers. Uebrigens: Frauen und Witwen ausgeschlossen. Es muß etwas Junges, Freudiges, Reines, Auffchauendes sein.

Und zum nächsten Geburtstag schenke ich meiner Frau die lockeren Tagebuchblätter als Dokument bühlicher Karreel. . . Was fördert mich dieser Einfall gleich am Anfang meiner Abenteuer! Ich fürchte, ich bin unverbesserlich: Ich bleibe selbst in Gedanken tugendhaft.

Trogdem: Ich mag's!

Binsensee, 11. Juli 189 .

Als ich vor zehn Jahren hier war, kamten wir uns alle. Es waren immer die gleichen Fremden, die Jahr aus, Jahr ein kamen und ein fröhlich vertrautes Wiedersehen feierten. Ja, so fremd wir uns waren, so wenig intim wir wurden, wir erwarteten mit einer Art Sehnsucht unser Wiederkommen, und trauerten, wenn einer der gewohnten Tafelrunde in dem einzigen bescheidenen Gasthaus fehlte. Seitdem hat sich auch dies geändert. Nicht nur kein bekanntes Gesicht, das hätte ich vergessen können, auch kein Name, der Erinnerungen weckt. Ja, doch einer: der Myriologie bringt immer noch hier seine zwei Sommermonate zu. Vor zehn Jahren freute ich mich über ihn, wenn ich ihn im Bade sah. Er war Inobenhalt schlank, weiß, gewandt und von einer rührenden Unbewußtheit und Reinheit — so deutete ich es wenigstens. Er war damals unverheiratet. Heute hatte er eine stattliche Frau und eine Schar bläulicher Kinder, die den ganzen Tag nachbeinig im Sande spielten. Aber er selbst ist die geworden, schwammig, grauweißlich angelauten. Der rote Badehose sieht ihn nicht mehr. Berühmt ist er schon vor zehn Jahren gewesen. Ich weiß nicht, ob sich kein Ruf derweil vermehrt hat. Westlich hat er jedenfalls verloren. Ob ich mich nicht auch ähnlich verändert habe? Eines beruhigt mich: die bin ich sicherlich nicht geworden; das ist keine subjektive Mutmaßung, sondern eine objektive Tatsache. Aber ob nicht mein Geistiges grauweißlich angelauten ist?

Binsensee, 12. Juli.

Ich versuche nach Kräften, als Spezialmittel eine Wäsche mich abentuernd zu reizen, theoretisch über die Straße zu schlagen. Es gelingt mir nicht. Es sind keine „Gegenstände“ da. Das einheimische Weibsvolk scheint ausgestorben. Nur Hexen und unweises Fiesel, eine Art ungeborener Räder sind übrig geblieben, beides ungenießbar. Und früher blühten doch diese feinfarbigen, hochgewachsenen, frühen Mädchen reichlich wie die Butterblumen! Sind sie zusammen mit dem Geld und Gut verschwunden, oder sind meine Sinne infanter und meine Augen anspruchsvoller geworden? Unter den Badegastinnen vollends sprieht nichts Lockendes. Sie sind alle so selbstverständlich, so genau ausgerechnet. Uebrigens scheint es mir auch, als wenn man mich weniger protegiert als früher. Ob deshalb, weil ich den Trauring trage, oder bin ich sonst unliebenswürdiger geworden? Eine Zeitlang war es mir, als ob es möglich wäre, das harmlose Sinnenspiel, das ich aus Kurzwedern für notwendig halte, an dem rötigen Fräulein zu entzählen, das jeden Morgen zu gleicher Zeit mit mir zum Baden wanderte. Auf der schmalen Holzbrücke, die über den Strom führt, stoßen wir fast zusammen, wie zwei schlecht rangierte Eisenbahngänge; dann auf dem kleinen Dünengrasrondell scheiden sich unsere Wege, die zum Damen- und Männerstrand führen. Die blaßrot gefärbte Helgoländerküste wirft einen lieblichen Schein auf ihre Wangen, die Augen sind ein wenig zu hell, aber das Ganze hat etwas Kühnes, Kauteres und Gefundes, Bingsames und Starkes, und ihre Finger sind lang und schlank. Da hörte ich sie neulich singen, mit schwacher Stimme und blutamer Stimmung, vernahm, daß sie eine Konzertsängerin sei und bemerkte, wie sie um ein paar „hohes“ Persönlichkeiten flatterte, deren Protektion sie für die Veranstaltung eines Konzerts in ihrer Stadt zu erschmeicheln wünschte. Ach, also eine von den Armen, Latentosen, Kunstgewerkschaften, die ihr ganzes Leben lang nichts anders tun, wie von dem Wohlwollen hochmöglicher Leute Gelegenheiten zu musikalischen Exelutionen und Einnahmen zu erlösten. Das Fräulein war mir nun auch zu ausgerechnet!

Ich schloß mich dann an die beiden ledigen Töchter des Landgerichtsrats an. Beide sehr differenzierte Geschöpfe jener Gattung, die uralt auf die Welt kommen und dann nicht mehr älter werden. Doch eigentlch hatten sie überhaupt kein Alter. Sie waren zeitlich indifferent wie aus der Paarung von zwei Stroßparaphagen entstanden; aber jedes von verschiedenen Para-

graphen. Brave, nicht unkluge und ununterrichtete Mädchen. Ich plauderte mit ihnen von meinen Kindern, die nach allgemeinem Urteil schön sein sollen, erweckte damit sichtlich in den Kernsten ein fast sehnächtiges Interesse, und am nächsten Tage drachten sie ihre gesammelten Vernunftschätze, damit ich sie meinem Buben und den Mädchen von der Reise mitbrächte. Ich gebe mir Mühe, zu finden, daß die noch nicht einmal häßlichen, weil neutralen Mädchen, die niemand reizen, menschlich die besten seien. Ich schätze auch diese tüchtigen Exemplare der Menschheit und plondere gern mit ihnen. Aber obenverführte Gefühle erwecken sie leider nicht, und gerade die habe ich mir doch verordnet, um mich von der Erschlaffung zu heilen, die mich all die Jahre hinabzog, bis ich zusammenbrach. Nur ein Spiel soll es sein, nur ein Spiel aus der Ferne, das ich ganz allein geheimnisvoll in meinen Träumen schaffe, ohne daß die Fee je etwas davon ahnt, die ich für die Komödie meiner Sinne als Heldin drauche.

15. Juli.

Heute Abend lag ich in dem warmen Dünensand und dümmerte mit meinen turfsichtigen Augen, an denen die halbe Welt für mich stirbt, in die laulose See. Ich erinnere mich jenes Mittagszaubers, den ich als Jüngling an derselben Stelle erlebt. Ich hatte mich in der Gut der Jentifamme in die Düne gestreckt und plötzlich war ich wie gebannt. Ich schlief nicht, träumte nicht, aber ich vermochte kein Blick zu rühren, nichts zu denken, nichts in die Erinnerung zu rufen. Dabei hörte ich deutlich das Stimmengewirr der Strandgäste wie ein stetes unterirdisches Losen, das über mich Wehrlos-Wachen strömte. Ich war abgestorben, außer für das Ohr und für qualvoll grauende Jurdit: wenn diese Starre nun niemals mehr von mir wiche! Irgendeine winzige Hemmung in der Blutzirkulation und wir haben aufgehört, Mensch zu sein. Inbes der Mittagszauber hatte aufgehört, als der treffliche Schlossermeister aus Berlin dicht an mir vorbeischielt und mich brüllend anrief, die Regelpartie nicht zu verlassen, die wir täglich vor der Table d'hote vorzunehmen pflegten.

Dann war das Gespenst für immer verschwunden, bis es bei Beginn jener letzten Krankheit den Zusammenbruch ankündigte. Heute schreckte es mich nicht. Ich fühle mich frei und leicht, genese in Selbstlust und Einkamkeit, in der ich mir selbst gebore.

(Fortsetzung folgt.)



### Ein unverständliches Urteil. Böse Folgen einer Unterschlagung.

Vor dem Landgericht III hatte sich unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dransfeld der Kaufmann Hellmut R. wegen eines verurteilten Totschlags an seiner Geliebten zu verantworten. Obwohl das Mädchen nur unbedeutend verletzt war, der Angeklagte frei und offen seine Schuld eingestand und noch nicht vorbestraft ist, hat ihn eine harte Strafe getroffen.

Hinter der Anklagebank steht ein bescheidener junger Mann, der höflich und sachlich seinem Richter Rede und Antwort gibt. Er ist der Sohn eines Schlossermeisters, hat zwar nur die Gemeindegewerkschule besucht, sich aber durch Fleiß selbst weitergebildet. Eine gute Stellung bei einer größeren Firma hat sich R. allerdings recht leichtsinnig verschert. Der junge Mann unterschlug 360 M. Hiermit begann sein Unglück. Vom Elternhaus unbegrifflicherweise sofort verstoßen, vertraut sich der Angeklagte seiner „Freundin“, einer Buchhalterin R., an, die ihm den sicher richtigen und wohlgemeinten Rat gibt, zu seiner Firma hinzugehen, sich offen anzuerkennen und Rückzahlung des unterschlagenen Geldes zu versprechen. R. findet, wie er selbst offen zugibt, dazu nicht den Mut, faßt allerhand Pläne, die er sofort wieder verwirft und kommt allmählich in einen Zustand ständiger, nervöser Erregung. Seine Geliebte macht ihm Vorwürfe über Vorwürfe, es kommt wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden. Zu seinem Unglück kauft sich R. von einem Bekannten in Potsdam einen kleinen Trommelrevolver, dessen Besitz ihm nun ganz um seinen Verstand bringt. Weisungen, seiner Braut und sich das Leben zu nehmen, seien ein einige Male und sollten auch tatsächlich zu einem tragischen Ausgang führen. R. bringt eines Abends seine Freundin nach Hause, es kommt zu dem üblichen Streit, das Mädchen will nach oben in die Wohnung gehen und stößt den Angeklagten, der dies verhindern wollte, leicht zurück. Mit den Worten: „Das war das Letzte!“ zieht R. den Revolver und verurteilt das Mädchen leicht am Oberarm. Dafür wurde der Angeklagte nunmehr nach dem Antrag des Staatsanwalts vom Gericht zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 8 Monaten verurteilt.

Der junge Mann hat ohne Frage leichtsinnig und unbesonnen gehandelt. Jetzt aber hätte er den Mut, wie ein ganzer Mann die Schuld auf sich zu nehmen. Sein Benehmen wird sowohl auf die Richter wie auf die sechs Männer aus dem Volk nicht ohne Eindruck gemindert sein. Der gute Glaube soll ihnen nicht abgeprochen werden, aber mit ihrem Urteil sind sie entschieden zu hart gewesen. Das Geschick hätte ihnen für diesen Fall Möglichkeiten in die Hand gegeben, diesen Menschen vor beinahe zweijähriger Kerkershaft hinter Gittern zu bewahren. Unsere Rechtsprechung hat in der letzten Zeit wiederholt empfohlen, unbestrafte Leute nach Möglichkeit vor allzu harten Strafen zu schonen. Wir haben die bedeutende Erweiterung der Verwendung sogenannter Laienrichter bekommen! Was ist damit erreicht worden? Wohl so gut wie nichts! Hätte der Angeklagte vor dem alten Schwurgericht gestanden, die zwölf Stimmen aus dem Volke wären milder mit ihm verfahren. Heute kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Laienrichter und Geschworenen in der gemeinsamen Beratung mit den Berufsrichtern wohl in den meisten Fällen den „gelehrten“ Ausführungen der letzteren unterliegen. Das Gericht war der Meinung, die Tat hätte leicht eine schlimmere Folge haben können, die Kugel konnte sich unter Umständen einen anderen Weg wählen. Dieser dolus eventualis dürfte aber hier nicht Platz greifen, denn in erster Linie ist ja fast gar nichts geschehen, das Mädchen konnte nach einer halben Stunde das Krankenhaus wieder verlassen, und in zweiter Linie handelt es sich hier um einen Menschen, bei dem angewandte Mühe eine Besserung weit eher in Aussicht stellt als juristisch begründete Härte. Daß die Eltern ihren Sohn sofort aus dem Hause jacten, wird ihnen heute leid tun, wenn sie das Urteil erfahren. Jedenfalls hat in diesem Falle das Schicksal mehr Mitleid gehabt als das Urteil einer Volksrechtsprechung: die Regel vernichtete kein Menschenleben, die harte Strafe kann es unter Umständen tun.

### Keine Ermäßigung der Vergnügungssteuer.

Bekanntlich hatte die Finanz- und Steuerdeputation die Anträge, Lichtspieltheater, Varietés, Kabarets und verwandter Gewerbe auf allgemeine Herabsetzung des Vergnügungssteuerfußes während der Sommermonate abgelehnt. Diesem ablehnenden Beschluß ist der Magistrat in seiner Sitzung vom 22. d. M. beigetreten. Auch er ist der Ansicht, daß den sommerlichen Schwierigkeiten der genannten Betriebe durch die die Billigkeitsparagrafen zulassende Einzelstundung und Einzelermäßigung ausreichend begegnet werden kann. Auf der anderen Seite hat aber der Magistrat mit Rücksicht auf die Not der fraglichen Betriebe es doch für geboten erachtet, etwaigen Einzelanträgen auf Stundung und Ermäßigung mit Wohlwollen entgegenzukommen. Zu diesem Zweck hat er für die Behandlung solcher Gesuche erleichternde Grundsätze beschlossen, die es den Bezirksämtern ermöglichen, bei Stundungen und Ermäßigungen weitberziger zu verfahren, wie sonst. Dieses erleichterte Verfahren soll sich aber nur erstrecken auf diejenigen Vergnügungssteuer, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September d. J. zur Entstehung kommen. Für die übrigen Steuerfälle bleibt es bei der bisherigen Handhabung. Jedoch sollen Verfestigerungen als Anlaß von Zwangsbeitreibungen bis auf weiteres nicht erfolgen.

### Neues vom „Kronprinzen von Kurdistan“.

Der „Kronprinz von Kurdistan“ beschäftigt noch immer die Kriminalpolizei. Es ist wahrscheinlich, aber immer noch nicht bestimmt festgestellt, daß er der Hochstapler ist, den die englische Polizei seinerzeit als einen ägypter Katoles festgestellt hat. Die hiesige Kriminalpolizei hat die Behörden in Washington, New York, London und Athen, wo der „Kronprinz“ ebenfalls aufgetreten ist, benachrichtigt und erwartet von dort her noch weitere Mitteilungen, und besonders auch die Fingerabdrücke des dort entlarvten Hochstaplers. Unterdessen hat sich bei der Kriminalpolizei der türkische Prinz Sinan von Sarfahat gemeldet, der sich in Berlin aufhält und sich ebenfalls für den „Kronprinzen von Kurdistan“ interessiert. Am Mittwoch hatte er mit dem Verhafteten eine mehrstündige Unterredung, die ihn in der Überzeugung, daß er kein türkischer Prinz sein kann, noch weiter befestigte. Der Verhaftete behauptet, daß er im Weltkrieg osmanischer General gewesen sei. Von den deutschen Militärs, die mit diesen Dingen Befcheid wissen, kann sich aber keiner seiner erinnern. Der „Kronprinz“ bleibt bis zur weiteren Klärung in Haft.

### Bahnhof Magertviehhof wieder Haltepunkt.

Vom 1. August ab werden, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverwaltung mitteilt, die Personenzüge Berlin, Briegeener Bahnhof an 7,40 vorm. und Berlin, Briegeener Bahnhof ab 4,30 nachm. um 7,25 vorm. bzw. 4,46 nachm. wieder zum Auf- und Einsteigen auf Station Magertviehhof halten. Verlos der Einzelspararten beim Quasibahn. Zeitkarten, die auch zur Fahrt von und nach Friedrichsfelde-Df. berechtigen, können die Anwohner des Magertviehhofs bei der Fahrkartenausgabe Friedrichsfelde-Df. lösen.

### Eine leichtfertige Verdächtigung.

Durch seine Iose Junge hat sich der Oberstaatsanwalt Wirsing, ein Mann, der dreißig Jahre tadellos seinen Dienst versehen hatte, um seine Zukunft gebracht. Er hatte vom Postamt B. 10 durch Kollegen erfahren, daß der Postdirektor Fürst hat dem Postamt B. 9 anlässlich der 100.000 Mark Gelder, die für Weihnachtsgratifikationen bestimmt waren, unterschlagen haben sollte. So gleich rief er die in Wilmersdorf erscheinende Zeitung „Der Westen“ an und teilte das „Neuheit“ und die bevorstehende Verhaftung des Direktors mit. Der kaum 19-jährige Redakteur Walter Belugli veröffentlichte leichtfertig die Meldung an hervorragter Stelle, ohne vorher bei der Postbehörde Auskunft ein-

zuholen. Eine Anfrage beim Polizeipräsidenten ergab, daß dort nichts bekannt war. Der Redakteur hatte auf die Beschwerde des Postdirektors zwar eine Verächtigung bekannt gegeben, aber der Postdirektor hatte trotzdem Strafanzette ebenso die Oberpostdirektion erstattet. Das genannte Gericht erkannte jetzt gegen beide Angeklagte auf Schuldbig, da jeder Verdacht gegen den Direktor fehlte. Wirsing erhielt 3 Monate und der Redakteur 2 Monate Gefängnis, allerdings bei 3-jähriger Strafaufhebung.

### Neue Verhaftungen in der Spritschieber-Affäre.

#### Beamte der Reichsmonopolverwaltung suspendiert.

Die große Spritschieberaffäre, in der seit einiger Zeit nichts Neues zu ersehen war, scheint nun doch wieder weitere Kreise zu ziehen, denn man hat vor einigen Tagen wieder neue Verhaftungen vorgenommen.

Zunächst wurde am letzten Sonnabend in seiner Wohnung in Berlin, Rauchstraße 5, der Kaufmann Emanuel Marx unter dem Verdacht verhaftet, sich gegenüber der Reichsmonopolverwaltung der Urkundenfälschung und des Betruges schuldig gemacht zu haben. Angeblich soll es sich dabei um nicht ordnungsgemäße Nachweisungen über die Verwendung großer, von der Monopolverwaltung abgegebener Spritmengen handeln. Marx, der eines der bekanntesten Mitglieder der Berliner Lebens- und Spielwelt und außerdem intimer Freund eines hohen Staatsbeamten ist, wurde erst gegen Stellung einer Kaution von 25.000 M. wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem

### Alle Betriebe müssen heute bis 5 Uhr unbedingt wichtiges Flugblattmaterial vom Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zweiter Hof, 2 Treppen, abholen.

aber vorher die in seinem Besitz befindlichen Vermögenswerte von den Behörden sichergestellt waren. Eine andere Verhaftung im Zusammenhang mit den großen Spritschiebungen soll, wie wir weiter erfahren, in Konstantinopel auf Ersuchen der deutschen Behörden vorgenommen worden sein, ohne daß zunächst über Einzelheiten näheres bekannt ist.

Im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Marx scheint auch eine Maßnahme zu stehen, die bei der Reichsmonopolverwaltung vorgenommen worden ist und zwar handelt es sich dabei um die Suspendierung von drei leitenden Angestellten dieser Behörde, die mit Marx in Verbindung gestanden hatten. Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit sind zurzeit nicht abgeschlossen, ihre Durchführung gestaltet sich auch nicht ganz leicht, weil es sich um Vorfälle dreht, die schon einige Zeit zurückliegen, also in die Zeit der Geschäftsführung vor dem Amtsantritt des neuen Präsidenten der Monopolverwaltung fallen. Schon vor längerer Zeit ist bekanntlich auch ein Regierungsrat der gleichen Verwaltung vom Dienste suspendiert worden.

### Reichsbanner auf den Favelstein!

Am Sonntag veranstaltete die Kameradschaft Charlottenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine Dampferfahrt nach Borch am Schwanensee. Um 7 Uhr morgens setzte sich der große mit riesigen schwarzrotdolernen Fahnen festlich geschmückte Dampfer unter den Klängen einer Musikkapelle in Bewegung, überall von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Eine Anzahl Arbeiterwasser-sportler begleiteten das Schiff unter ständiger „Frei-Heil“-Rufen ein Stück Weges. In der Nähe von Potsdam änderte sich das Bild. Mit Antrim betrachteten die Gegner der Republik die lustig und stolz in der Morgensonne flatternden schwarzrotdolernen Fahnen. Einige besonders eifrige „Leutsche“ fühlten sich bemogen, die Farben des Deutschen Reiches besonders zu „ehren“, indem sie ihnen den hinteren Teil ihres Körpers zuwendeten. „Sie drehen sich um, sie schämen sich!“ meinte ein Kamerad.

Im übrigen war weit und breit keine Fahne der Republik zu sehen. Und dennoch: Die Fahrt des Reichsbanners hat bewiesen, daß auch die Bevölkerung der westlichen Vororte für Schwarz-Rot-Gold ist. Hier muß die nötige Unterstützung gegeben werden; das Reichsbanner hat hier auf dem Wasser ein dankbares Propagandafeld.

### Die Aermsten der Armen betrogen.

Eine alte Hochstaplerin wurde in der jetzt 41 Jahre alten Sophie v. d. Heide dem Gericht vorgeführt. Früher hatte sie ihre Betrügereien in höheren Gesellschaftskreisen ausgeübt. Nachdem sie aber durch häufigen Aufenthalt in Zuchthäusern und Gefängnissen vom Leben ziemlich zernüchert worden war, suchte sie sich ihre Opfer unter den Aermsten der Armen. Hauptächlich waren es Sozialrentner, die sie um ihre letzten Spargroschen brachte. Die abgefeimete Betrügerin trat als Direktorin einer Wäsche-fabrik auf und vertrieb den armen Leuten billige Wäschelieferungen. Durch ihr geschicktes Auftreten gelang es ihr, Anzeigen zu erhalten, mit denen sie verschwand, um nicht wiederzukommen. In anderen Fällen redete sie den kleinen Leuten ein, daß in ihrer Fabrik ein zuverlässiger Wäscher gebraucht werde, der eine Kaution stellen könne. Sie schloß auch Engagementsverträge ab und nahm die Reaktionen in Empfang. Mehr als 40 derartige Betrugsfälle unterlagen der Aburteilung des Gerichts. Die Hochstaplerin war im vollen Maße geständig und wurde zu 2 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe oder weiteren 50 Tagen Zuchthaus sowie mehrjährigem Ehrverlust verurteilt.

### Die Ankunft der Amerika-Sänger.

Ein feierliches Gemimmel herrschte gestern gegen 5 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof. Die Berliner Gesangsvereine waren ausmarschiert, um den Beethoven-Männerchor New York, der von Hamburg, wo man ihn herzlich begrüßt hatte, 160 Mann stark, nach Berlin kam, würdig zu begrüßen. Es war keine angenehme Sache, bei dieser Hölletemperatur im Grad Parade zu stehen, aber „sie hielten durch“. Als der Zug einließ, setzte eine Festschönheitsbegleitungs-orchester ein, und an den Fenstern der Wagen erschienen die Wimpel des Männerchors und das Sternbanner der U. S. A. Vor der Bahnhofshalle war ein mit dem Sternbanner geschmücktes Podium aufgebaut, von dem herab Reichsminister a. D. Dernburg Begrüßungsworte an die amerikanischen Gäste richtete. Er führte u. a. aus, daß die Harmonie des Liedes vielleicht am ehesten geeignet wäre, das Gemeinschaftsgefühl der Völker zu wecken. Weiterhin sprach der Vertreter des Deutschen Sängerbundes und des Berliner Beethoven-Chors, Präsident Benges

### Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 23. Juli.  
Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
5-6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Ferd. Kaufman. 7 Uhr abends: Dr. Ludwig Richter: „Schonrauteinföger und Rundfunk“. 7.30 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Technik. Dr.-Ing. Georg Sinner: „Italienische Technik“. 8.30 Uhr abends: 6 Kammermusikabende des Roth-Quartetts in chronologischer Reihenfolge (Roth - Stromfeld - Spitz - Lutz). Vierter Abend. 1. Mendelssohn-Bartholdy: Streichquartett Es-Dur op. 12. Adagio non troppo - Allegro - Capriccio - Allegretto - Andante espressivo - Molto allegro e vivace. 2. Schumann: Klavierquintett. Allegro brillante - In modo d'una marcia - Scherzo - Allegro ma non troppo. Am Flügel: Teophil Demetriescu. 10 Uhr abends: Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tangmusik.

nom Beethoven-Männerchor demits, worauf die amerikanischen Sänger unter stürmischem Beifall des Publikums ein deutsches Volkslied anstimmten. Der Berliner Beethoven-Chor veranstaltete am Abend zu Ehren der amerikanischen Gäste einen Festkommers. Hier sprach Reichsminister a. D. Koch. Auch der Berliner Magistrat plant eine Ehrung der amerikanischen Gäste. Zeit und Ort stehen jedoch noch nicht fest.

### Der Fall Eggert.

#### Alle Hoffnungen auf ein Wiederaufnahmeverfahren gescheitert?

Für den früheren Stadtrat Eggert-Spandau, der in einem Meineidprozeß zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, bemühen seine Verteidiger, Rechtsanwälte Dr. Windar, Dr. Waeder und Dr. Johann, sich angeblich um Durchsetzung eines Wiederaufnahmeverfahrens. Gegen den ablehnenden Beschluß des Schwurgerichts beim Landgericht III hatten sie eine eingehend begründete Beschwerde beim Kammergericht erhoben. Der Strafsenat des Kammergerichts hat sich aber jetzt dem Beschluß des Schwurgerichts angegeschlossen, so daß die Wiederaufnahme des Meineidprozeßes endgültig abgelehnt scheint. Der Verurteilte befindet sich, da von der Ueberführung ins Zuchthaus bis zur Erledigung des Wiederaufnahmeartrages abgesehen worden war, noch immer im Untersuchungsgefängnis Moabit. Die Entscheidung über das Gnabengesuch, das die Verteidiger noch vor dem Wiederaufnahmeartrag eingebracht hatten, ist bisher ausgefallen, aber nach dem jetzigen ablehnenden Beschluß des Kammergerichts soll dieser Weg weiter verfolgt werden. Eggert, der noch wie vor seine Unschuld beteuert, beabsichtigt weitere Schritte, um seine Rehabilitierung durchzusetzen.

### Arbeiterradfahrer im Struwesthof.

Die Ortsgruppe Radenwalde des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ erkrankte kürzlich die Zöglinge der landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt der Stadt Berlin (Struwesthof) mit einem Soolisporreiß. Mancher der Jungen hätte die Roste gern vertauscht, als die Jugendmannschaften im Scherren und Kunstfahren ihr Können zeigten, wofür ihnen reichlich Beifall gezollt wurde. Auch der Damenreigen erzielte besonderen Beifall. Im Duett- und Einzelrennen waren es die Gaumeister Pudmann und Wolter, die Kopf- und Seitenstand, Nehrung, Sattel- und Lenkerfahne, Kaffemühle und Steigen in Frontstille zeigten. Den Vogel schloß die erste Achtermannschaft ab, die sämtliche Uebungen im Steigen fuhr und reichlich Beifall erntete, so daß sie einige Uebungen zum Schluß wiederholen mußte.

Die Volkserholungshelme Berlin haben ein schönes Kinderheim in der Burg Daber, bei Wittstock, in der Ruppiner Schweiz, eingerichtet, das den Berliner Kindern zu einem reichen Quell der Befundung werden wird.

Feuer bei Stod & Co. Bei der Firma A. Stod & Co. Aktiengesellschaft in Marienselde, Grobbererstraße 89/92, gestern abend gegen 1/8 Uhr ein Holzschuppen in Brand. Buplappen, die dort aufgeschichtet waren, waren durch die enorme Hitze in Brand geraten. Die Wehren von Mariendorf, Tempelhof und Berlin löschten den Brand ab.

Schwarzrotdolene und rote Fahnen zum Verfassungstagen sind reichwert in der Fabrikbetriebsstelle der Partei, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, II Hof 2 Treppen, Zimmer 11 zu haben.

Bezugsbildungsauswahl Groß-Berlin. Vier Große Festkonzerte 1925/26. Internationale Volksmusik und Volkslieder. Eieppe und Uehla - Im Orient - Aus der neuen Welt - Der deutsche Sang. Mitwirkende: Das Ballett und erste Solisten der Staatsoper. Künstlerische Leitung: Max Terpis, Ballettmeister der Staatsoper. Prof. Schinmann, Dir. der Hochschule für Musik. Abonnementpreis für alle vier Veranstaltungen 4 M. Alle wichtigen Bestimmungen enthalten die Programmhefte. Allen denen aus: Bei den Willkürern der Preis- und Abteilungs-Bildungsausschüsse, Hauptversammlung Dofch. Engelster, Laborbericht SpA. Pfeiffer 6. Vorstand der Groß-Berliner, Alte Gabelstr. 5, B. Schmidt, N. 22, Legeler Str. 21, Joh. Morang, Vangier Str. 46, Buchhandlung Bornbr. Lindenstr. 2, und im Bureau des Bezugsbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr. z., Zimmer 8.9. - Ober-Kollekt nach dem Entwurf des Künstlers Gertenberg, ebenfalls geteilt, 1.00 M. pro Stück, dunkel geteilt 1.50 M. pro Stück, zu haben im Bezugsbildungsausschuss, Lindenstr. 3, 2. Hof II. Ferner Radierungen von Krommer, Deckerie und Sela Halle.

### Keine Veränderung in der Typhuskrankheitslage.

Im Anlamer Typhusgebiet sind wesentliche Veränderungen im Krankheitsbild nicht eingetreten. Einigen hinzugelommenen Kontaktsinfektionsfällen stehen auch Abgänge gegenüber. Die behördlichen Abwehrmaßnahmen sind in voller Tätigkeit. Die Milchinspektion kann jetzt als feststehend angesehen werden. Zur Unschädlichmachung dieses Epidemicus sind alle Maßnahmen getroffen worden. - Auch in Solingen ist die Situation stabil. In Dittersleben ist eine gewisse Besserung der Lage zu verzeichnen. Neues epidemisches Auftreten in anderen Landesteilen ist bis zur Stunde nicht gemeldet. Wenn keine neuen Verwicklungen eintreten, kann die Gefahr wohl in der Hauptsache als überwunden angesehen werden.

Zum Abschied auf den Schneezug Königsberg-Berlin. Bei der Bahnhofs Polizei des Warschauer Hauptbahnhofs meldete sich dieser Tage ein gewisser Anton Rotwid und machte die Angabe, er sei der Urheber der Eisenbahnkatastrophe, welcher seinerzeit der Schneezug Königsberg-Berlin zum Opfer fiel. Gewillenshiffe hätten ihn jetzt dazu getrieben, dieses Geständnis abzugeben. Rotwid findet übrigens bei den Polizeibeamten mit seinen Selbstbezeichnungen keinen Glauben, vielmehr hat man den Eindruck, es mit einem Geisteskranken zu tun zu haben.

### Arbeiter-sport.

Arbeiter-Kabakklub, Gruppe Weidau. Donnerstag 8 Uhr: Gruppenabend, Berlinstr. 11. Die praktische Anwendung der Weidau-Schulung, Gefe willkommen.

Sportliche Vereinigungen Wochen 1925. Freitag, abends 8 Uhr, findet in der Turnhalle der Sportl. Vereinigung Norden 98, Berlin, Poststraße 6 die Wochenspiele, unter diesjähriger Mitwirkung im Rahmen vor. Es ist außer Sport zu erwarten. Derjenige Kollege, welcher den 1. Preis erntet, wird für die diesjährige Mannschafts qualifiziert.

### Sport.

#### Rennen zu Karlshorst am Mittwoch, den 22. Juli.

1. Rennen. 1. Tidel (Bismark), 2. Doktor Rabule (Dertel), 3. Beryd (Einsinger). Tot: 41:10. Pl.: 11, 12, 13:10. Ferner liefen: Adelnagel, Duertopf, Radas Atheneus, Jüeg Juch, Clarinette, Einsalt, Trabant Soja (aufgebrosen).  
2. Rennen. 1. Imolde (Wuff), 2. Schummer Teufel (W. Döhr), 3. Daniel Dito (Dertel). Tot: 24:10. Pl.: 11, 12, 13:10. Ferner liefen: Amara, Sato, Sabine, Landemar, Sappender, Lehnsgral.  
3. Rennen. 1. Gulaska (Wuff), 2. Vertraut mal (Wale), 3. Sanbaron (Ruh). Tot: 121:10. Pl.: 17, 20, 15:10. Ferner liefen: Peter Moor, Karl Ferdinand, Fribolin II, Suerich, Friedchen (gl.), Sturm, Ruchie, Theos (gl.).  
4. Rennen. 1. Ergalunke (Aufalles), 2. Wandarin (Bismark), 3. Rüdgrat (R. Ehler). Tot: 98:10. Pl.: 17, 12, 15:10. Ferner liefen: Roguna, Rüdgrat, Gernim, Ostavo.  
5. Rennen. 1. Ravenna (Gl. Gog), 2. Rüdgrat (W. Döhr), 3. Rüdgrat (W. Döhr). Tot: 269:10. Pl.: 25, 12, 14:10. Ferner liefen: Raiacata, Sunny Sir, Bekarola, Herrn, Ravaloie.  
6. Rennen. 1. Labrador (Bismark), 2. Gensallan (Waffer), 3. Escorial (W. Richter). Tot: 23:10. Pl.: 15, 13, 65:10. Ferner liefen: Senelope, Sternberg, Forta Weltliche, Rasold (ausgeb.), Rapores, Fribolin.  
7. Rennen. 1. Schumacher (Dr. Dantle), 2. Sarasener (Dr. Dantle), 3. Brimich Friedel (W. Richter). Tot: 74:10. Pl.: 14, 12, 13:10. Ferner liefen: Camor, Rellina, Stephanie, Juchmajer, Salant, Sacco, Lamballe.



# Reichstagsausprache über den Sicherheitspakt.

Strefemann begründet, Breitshcid kritisiert, Westarp billigt.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung des Reichstages war gestern die außenpolitische Ausprache, die mit verschiedenen Ergänzungsetats verbunden ist.

## Außenminister Dr. Strefemann

erhält sofort das Wort. Er führt aus: In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu der Frage der Sicherheiten dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Folgerungen gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Das deutsche Memorandum hat seine Beantwortung durch die französische Note vom 16. Juni gefunden, die ausführlich im Auswärtigen Ausschuss erörtert ist. Unsere Antwort ist am 20. Juni abgehandelt worden. Die Beschleunigung, mit der unsere Antwort erfolgt ist, ist ein Beweis für unseren aufrichtigen Willen, an der Lösung der Frage ehrlich mitzuarbeiten. In der französischen Note ist bereits der Versuch gemacht, konkret auf das Problem des Sicherheitsvertrages einzugehen. Wir mußten zu dem aufgeworfenen Problem Stellung nehmen. Nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken konnte die Lösung des Problems weiter gefördert werden. Nachdem nun der Gesamtkomplex der Diskussion feststeht, darf man den Stand der Erörterungen vielleicht in folgende Punkte zusammenfassen: Das Ziel der Erörterungen ist der mit Deutschland zu schließende Pakt. Welche Mächte sich daran vielleicht noch weiter beteiligen, ist bis zur Stunde nicht zu übersehen. Zweifelsfrei ist bis jetzt insbesondere noch die Stellung Italiens. Wir können uniererseits der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems beteiligt. Den Kernpunkt des Vertragswerks bildet der Garantiepakt. Neben diesem Punkt, über den ein vorläufiges Einverständnis festgestellt werden kann, bestehen noch einige bedeutsame Punkte, insbesondere der Ausbau der Schiedsverträge, die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß. Wir hoffen in bezug auf diese Fragen, daß die sachliche Kritik, die unsere Note an den Vorschlägen der Alliierten übt, die sachliche Förderung dieser Fragen zur Folge haben wird.

Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichtsvorfahrens der Sekundat gleichzeitig Schiedsrichter sein muß.

Die deutsche Antwort wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsgerichtsvorfahren zu ersetzen durch das subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden. Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen, die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden, die das mit unserer Note angelegte Ziel sicherstellen. Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz, die schon einmal zur Lösung des Reparationsproblems beigetragen hat. In dieser Erwartung bestärkt uns die bedeutsame Tatsache der Räumung des Ruhrgebietes noch vor dem vertragmäßigen Termin.

Ich stehe nicht an, der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß die französische und belgische Regierung, aus ihrerseits guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebietes vor dem Endtermin des 16. August durchführen werde.

Die französische Regierung und die belgische Regierung haben sich in dieser ihrer Entscheidung, die Londoner Vereinbarung hierüber anzuerkennen und noch vor dem 16. August bereits das Ruhrgebiet zu räumen, nicht lösen lassen durch die trampsthaften Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachzuweisen sucht, daß der grundlegende französische Text die Befehlsmächte überhaupt nicht verpflichtete, bis zum 16. August zu räumen, sondern lediglich am 16. August zur Räumung fortzuschreiten, aber diese Räumung vollkommen in ihr Belieben stellt. (Beifalls Lärm und Rufe unerbötlich) Graf Reventlow hat behauptet, daß lediglich durch eine falsche Uebersetzung des Auswärtigen Amtes die deutsche Öffentlichkeit getäuscht worden sei darüber, daß eine solche Verpflichtung der Befehlsmächte nicht bestände, sondern daß die Befehlsmächte lediglich verpflichtet wären, in der Räumung nach dem 16. August fortzuführen. Die französische und die belgische Regierung haben sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht, sondern sie haben ihrerseits vollkommen anerkannt, daß die Uebersetzung, die das Auswärtige Amt zugrunde legte, dem Vertrage entspreche. Darüber konnte niemals einer zweifelhaft sein, der selbst an dem Londoner Abkommen teilgenommen hat.

Ich kann zwar der Deffektivität sagen: wenn in diesen letzten Wochen das Auswärtige Amt und die deutsche Reichsregierung ihre ganzen Anstrengungen darauf richteten, die Ruhreräumung zu fördern, und wenn in dieser Zeit, in der wir in sorgfältigen Verhandlungen darüber standen, ein deutscher Reichstagsabgeordneter hier vor der Deffektivität aussprechen konnte, daß es entsteht erneut eine große Unruhe, lebhafteste Rufe pfui, pfui richteten sich gegen die Völkischen, die ihrerseits mit Gegenrufen antworteten. Die Unruhe wird erst durch die Rede des Präsidenten allmählich besänftigt, die Befehlsmächte nicht gezwungen werden können, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal vollkommen falsch und zweitens vom Standpunkt der nationalen deutschen Interessen unvertretbar.

(Beifalls Lärm im ganzen Hause: Sehr wahr. Wegen eines unverständlichen gebliebenen Zwischenrufes wird ein Abgeordneter vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.) Die Genugtuung über die Bereitwilligkeit zur Räumung des Ruhrgebietes wird dadurch bestärkt, daß ich in der Lage bin zu erklären, daß ich nach den Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten nicht daran zweifle, daß die Alliierten ihre in London übernommenen Verpflichtungen auch in bezug auf die Räumung der Sanktionsstädte erfüllen werden, daß Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ebenfalls demnächst geräumt werden. (Zwischenruf links) „Demnächst“ bedeutet, daß wie das Ruhrgebiet das Sanktionsgebiet innerhalb der vertragmäßigen Zeit geräumt wird.

Wenn eine derartige Erklärung abgegeben wird, nachdem vorher dieselbe Erklärung dahin ausgelegt worden ist, daß die Räumung noch vor dem vertragmäßigen Termin erfolgen könnte, dann ist es vollkommen falsch, jetzt wegen eines derartigen Wortes Zweifel in die Erklärung hineinzulegen zu wollen. (Großer Lärm b. d. Röm.) Sowohl in bezug auf die Räumung des Ruhrgebietes als der Sanktionsstädte werden jetzt die Londoner Abmachungen auch in

diesem letzten bedeutungsvollsten Teil in Erfüllung geben. Ich glaube, es würde für unsere gesamte Politik, auch für unsere Politik gegenüber den Alliierten ein dauernder Gewinn sein, wenn wir in der deutschen Deffektivität jenes

## Mißtrauen überwinden

könnten, das deshalb bestand und zum Teil noch heute besteht, weil wir in bezug auf die Erfüllung der uns gemachten Zusagen in den letzten Jahren nicht verwöhnt worden sind. Wir haben nach den Londoner Abmachungen den Zustand einer starken Entspannung der öffentlichen Meinung in Deutschland feststellen können, wir erkennen gern die Wiederherstellung der vertragmäßigen Zustände im Ruhrgebiet an; aber die Richträumung der nördlichen Rheinlandzone zu dem uns zugesagten Termin vom 10. Januar hat in der öffentlichen Meinung jene Zweifel und Bedenken wieder auftauchen lassen (Zustimmung) Nachdem die Note bekannt geworden ist, die seitens der Alliierten an uns mit den angeblichen deutschen Verletzungen in der Entwaffnungsfrage an uns gerichtet wurde, ist die Meinung, daß die noch offenen Restpunkte in der Entwaffnungsfrage keinen Grund für die weitere Befestigung der nördlichen Rheinlandzone bieten, nur noch verstärkt werden.

Die Reichsregierung hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die unendlich schwersten Bedingungen für die Entwaffnung soweit als möglich zu erfüllen bereit sei. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die mit besonderer Vollmacht ausgestattet ist.

Was die Alliierten nach dem Versailler Vertrag fordern dürfen, ist zum Teil bereits ausgeführt, und wird zum Teil noch ausgeführt werden. Einige Fragen müssen noch prinzipiell ausgetragen werden, da nach unserer Meinung hier die Forderungen über das Vertragsmäßige hinausgehen. Das ist die selbstverständliche Grenze, die wir ziehen müssen. Auf die Dauer dürfen nicht Bedingungen von unerträglicher Schwere einer einseitigen Auslegung unterworfen werden (Zustimmung).

Die Alliierten aber werden mit uns auch darüber einig sein, daß auch dieses Problem vorher mit dem Abschluß des großen Friedensvertrages bereinigt werden muß. Der günstige Ausblick auf das Zustandekommen dieses großen Werkes wird auch die Behandlung der atuten Meinungsverschiedenheiten günstig beeinflussen. Am guten Willen dazu wird es bei uns nicht fehlen, wir dürfen aber annehmen, daß dazu auch auf der Gegenseite der gute Wille vorhanden sein wird, so daß mit der Erledigung des Garantiepaktes auch diese Frage erledigt sein wird.

Ueber den Garantiepakt noch einige allgemeine Bemerkungen. Der Anspruch auf Sicherheit, den Frankreich erhebt, ist eine Frage, die seit Jahren zwischen uns und Frankreich steht. Alle diese Sanktionen und Befestigungen, alle diese Gewaltmaßnahmen wurden immer wieder mit dem einen Gesichtspunkt des bedrohten Frankreichs begründet, das Anspruch auf Sicherheit habe. Was in bezug auf das deutsche Rheinland nicht in der öffentlichen Meinung der gegenwärtigen Mehrheit des französischen Volkes, an Gedanken lag, diese Rheinlandfrage in ganz anderer Weise als durch einen Sicherheitspakt zu lösen, der uns die Gewähr des Bestehens des Rheinlandes bei Deutschland gibt, das werden Sie erkennen, wenn Sie aus dem Gelbbuch

## Die letzte Rede des Ministerpräsidenten Poincaré im Jahre 1923 betrahten.

Deutscher als in dieser Rede kann der Anspruch Frankreichs, einzugreifen in die deutschen Verhältnisse, falls der Separatismus sich wieder einmal regen sollte, nicht ausgesprochen werden. Ich empfinde es deshalb als viel zu weitgehenden Optimismus, wenn Sie die Sicherungen, die der Sicherheitspakt doch unzweifelhaft in sich schließt, für das gesamte Deutschland des Rheinlandes und seine Sicherung gegen fremde Gewalt, die jedoch wieder einmal auftreten kann, bei solchen Erörterungen, als etwas Selbstverständliches betrachten. Ich glaube aber, daß die positive Sicherung des Rheinlandes von unserem Standpunkt aus einer der großen Gedanken des Sicherheitspaktes ist. Der Friede zwischen Frankreich und Deutschland ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Angelegenheit. Der Weltkrieg hat keine Sieger geschaffen, die ihres Sieges froh werden könnten. Die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln haben soziale und politische Verwirrungen in Europa geschaffen, die selbst alte Kulturstaaten vor die Frage ihrer Weiterexistenz stellen. Sie haben in letzter Zeit das Problem erörtert, wie denjenigen zu helfen sei, die durch den Währungs- und Wirtschaftsverfall proletariert worden sind. Das war nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten ist der Verfall der Währung eingetreten. Von Osten nach Westen hat bisher der Währungsverfall noch an keiner Staatsgrenze Halt gemacht. Aber ich gehöre nicht zu denen, die von einer Fortsetzung des Währungsverfalles in Frankreich etwa Vorteile für Deutschland erwarten. Ich sehe weder wirtschaftliche noch politische Vorteile dabei. Ebenjowenig bin ich der Ansicht, die mir aus einem Zwischenruf zu Anfang meiner Rede herauszuklingen schienen, als ob die Großmachstellung Frankreichs durch irgendwelche Schwierigkeiten in Moskau erschüttert werden könnte. Die großen Probleme der Gegenwart liegen darin, daß ohne die Mitwirkung großer Weltmächte heute weder in Frankreich noch in Deutschland die Wirtschaftskrisis behoben werden können. Nicht nur wir, sondern weite Kreise anderer Nationen in Europa haben ein Interesse daran, daß diese Weltmächte sich einsehen für den Wiederaufbau Europas. Sie können aber nicht erwarten, daß die Weltmächte das tun, wenn sie nicht ihrerseits das Empfinden haben, daß sie ein befriedetes Europa vor sich sehen und nicht eins der Sanktionspolitik.

Man hat vielfach debattiert, ob der Londoner Zahlungsplan gegenwärtig gefährdet sei. Ich glaube nicht, daß man von einer Gefährdung sprechen kann, wenn der Fiedle Europas und die wirtschaftliche Sicherheit Europas nicht gefährdet ist.

Aber es scheint mir ebenso sicher, daß der Londoner Zahlungsplan nicht durchzuführen ist, wenn die Politik der Sanktionen und die Politik des gegenseitigen Mißtrauens der Grundzug der europäischen Politik bleibt.

Die Räumung der Ruhr und der Sanktionsstädte beendet die verfehlte Politik gegen Deutschland. Eine gerade Linie der deutschen Außenpolitik führt über die Liquidation des uns aufzuzwingenden Ruhrkampfes, über die Milum-Verträge zum Schoverständigengutachten und vom Londoner Reparationsplan zum Sicherheitspakt. Deutschland hat eine Friedensoffensive großen Stils begonnen.

Der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß ihre Bestrebungen zu einem günstigen Erfolge führen mögen. (Beifall rechts.)

## Abg. Breitshcid (Soz.):

Es hat lange Zeit gedauert, bis die Regierung sich bereit gefunden hat, in eine Erörterung über die politische Lage einzutreten. Seit mehr als einem Monat ist der Wortlaut des deutschen Memorandums vom Februar und die Antwort Briands darauf aller Welt bekannt. Aber alle unsere Versuche, eine Besprechung darüber im Plenum herbeizuführen, waren vergeblich. Es wurde uns entgegeng gehalten, daß eine Ausprache darüber vor Abendung der Erwidrerung die Sache nicht fördern, sondern eher schädigen würde. Aber das gleiche könnte man von der jetzigen Besprechung sagen. Niemand von uns hat gefordert, alle Einzelheiten der Note schon im voraus zu diskutieren. Die endgültige Abfassung diplomatischer Schriftstücke geschieht unter der Verantwortung der Regierung. Aber zu den Erfordernissen eines demokratischen Parlamentarismus gehört es, das Volk und die Volksregierung rechtzeitig über die Absicht der Regierung zu unterrichten, bevor ihre Entschlüsse unwiderrückliche Wirklichkeit geworden sind. Auf der anderen Seite muß aber auch die Regierung eines demokratischen Staates den Wunsch haben, die Meinung der Volksvertretung zu hören, bevor sie bindende Verpflichtungen eingegangen ist. Wie Welt außerhalb Deutschlands ist an der Diskussion über das Memorandum und die Antwort Briands beteiligt. Daß auch wir den Wunsch hatten, an diesen Gesprächen teilzunehmen, ist um so mehr zu verstehen, weil die stärkste Partei der Regierung dem Schritt des Kabinetts eine Auslegung gegeben hat, die uns außerordentlich bedenklich erschien. Ich erinnere an die Ausführungen des Grafen Westarp im Ausschuss, die ja kein Geheimnis geblieben sind und an seinen Artikel in der „Kreuz-Zeitung“.

Die Deutschnationalen haben behauptet, daß ein Februar-Memorandum für das Kabinett nicht bindend sei. (Zuruf rechts: Sehr richtig. Hört, hört! links.)

Das Memorandum sei abgehandelt worden, bevor die Kollegen des Herrn Strefemann davon Kenntnis erhalten haben. Danach muß man annehmen, daß das Memorandum im besten Falle eine Gedächtnisnote für die deutschen Vertreter im Ausland über die Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten sein sollte. Graf Westarp ist ja auch durch den Minister des Innern Herrn Schiele unterstützt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Herr Schiele hat in seinem Brief vom Mai versichert, er kenne den Inhalt des Februar-Memorandums nicht, was ihn aber nicht gehindert hat, schon im März gegen dessen Inhalt zu protestieren. Dieser Vorstoß der rechten Seite des Hauses macht es doppelt notwendig, hier darüber zu sprechen, als sich daran eine Forderung angegeschlossen hat, an der sich Minister offiziell oder offiziell beteiligt haben. Sie können versichert sein, daß wir nicht etwa den Wunsch haben, hier einen Punkt zu suchen, an dem wir den Hebel zum Sturz des Kabinetts ansetzen könnten. In aller Vertraulichkeit will ich Ihnen mitteilen (große Heiterkeit), daß wir volles Verständnis für die Zweckmäßigkeit haben, die Deutschnationalen jetzt nicht aus der Verantwortung herauszulassen. Ihre Regierungstätigkeit wird je länger je mehr zu einem lehrreichen Anschauungsunterricht für die Wähler. Wir haben nicht die Absicht, diesen Prozeß zu unterbrechen, wir haben keine Reue, eine unerfessliche Frucht zu pflücken. (Sehr gut bei den Soz.) Aber wir müssen wissen, ob die Herren Westarp und Schiele die notwendigen Entschlüsse der Regierung beeinflussen und deshalb wollen wir die offene Ausprache.

Wir müssen wissen, ob durch die Nichtanerkennung des Februar-Memorandums durch die Deutschnationalen die Grundlage für die bisherige Außenpolitik der Regierung weggefallen ist und ob Deutschland vor dem Ausland als wortbrüchig und vertragsunfähig erscheinen soll. (Sehr richtig bei den Soz.)

Tun ist ja der Winter des Mißvergnügens durch die Sonne des Reichstanzlers Luther beendet worden. (Große Heiterkeit.) Ueber die Einigkeit, die jetzt zwischen dem Kabinett und der Regierungskoalition herrscht, werden wir ja durch den Grafen Westarp noch näheres vernehmen. Der Reichstanzler ist allerdings durch politische Theorie und Grundlätze nicht übermäßig belastet und darum wird er sich über das Kompromiß freuen.

Aber wir wissen noch nicht, wie weit die Billigung der Gesamtregierung für dieses Kompromiß geht, wir wissen nicht, ob die Vertreter der Deutschnationalen im Kabinett, ob Graf Kanitz, der Vater des Zolltarifs, damit einverstanden ist. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wir treiben keine Opposition sowjogen „aus Grundlos“. Wenn eine Regierung innerhalb ihrer politischen Arbeit mit Vorschlägen kommt, so prüfen wir sie allerdings mit kritisch geschärftem Auge. Die Deutschnationalen haben es doch selbst gemerkt, daß auch den Draußenstehenden diese kritische Prüfung durchaus möglich ist. Wenn uns eine Vorlage vom Standpunkt des deutschen Volkes, vor allen Dingen aber vom Standpunkt des Interesses der breiten Massen annehmbar dünkt, so werden wir sie aufheiken. Das verpflichtet uns aber noch nicht dazu, die Gesamtpolitik der Regierung zu unterstützen oder uns in irgend welcher Weise in unserer Einstellung beeinflussen zu lassen.

Wir haben um so weniger Veranlassung, eine andere Haltung in dieser Frage einzunehmen, als das Kabinett dabei die politische Linie eingehalten hat, auf der wir standen, als die Deutschnationalen noch draußen waren. Was ist denn der Sicherheitspakt anderes als die Fortführung der Verständigungs- und Erfüllungspolitik? (Sehr richtig bei den Soz.)

Aber heute sehen es selbst die Deutschnationalen, daß es immer noch Leute gibt, die noch patriotischer sind. Vor kurzem hat in einer politischen Versammlung der Abg. Henning Herrn Strefemann auf eine Linie mit Erzberger und Rathenau gestellt. (Hört, hört!) Als der Ruf aus der Versammlung ertönte: Leb! er noch? hat Herr Henning es nicht für notwendig gehalten, die Fortführung dieses Vergleiches zurückzuweisen. Es ist bezeichnend, wie weit diese Dinge sich nach rechts entwickelt haben. Dieselben Leute, die uns als Landesvertreter geschmäht haben, sind heute in den Augen der Hyperrealisten selbst zu Landesvertretern geworden. Hier gilt das Wort: „Denn alle Schuld rächt sich auf Erden.“ (Sehr richtig bei den Soz.)

Der Sicherheitspakt geht aber auch noch hinaus über das, was die Erfüllungspolitik Wirkts und Rathenaus wollte. Er enthält die freiwillige Anerkennung des Vertrages

Trinkt bei der Hitze  
**Bolle Joghurt**  
die erfrischendste und gesündeste Sauermilch



von Versailles und damit den nochmaligen Verzicht auf Elsass-Lothringen. Ausdrücklich wird der Verzicht auf eine gewaltsame Zerstückelung des Vertrags von Versailles ausgesprochen. Nimmerehr werden Ihre Anhänger das schöne Lied „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen“ aus ihrem Gesangbuch austreichen müssen, da es mit Ihrer parlamentarischen Haltung nicht mehr übereinstimmt. (Sehr richtig bei den Soz.) Der Garantiepakt liefert allerdings auch den Beweis, daß sowohl der Vertrag von Versailles wie auch der Völkerverbund noch keine Garantie für eine dauernde Befriedung Europas geschaffen habe. Immer neue Hilfskonstruktionen und Ergänzungen zu den bestehenden Verträgen müssen gesucht werden. Durch das Genfer Protokoll hat Frankreich verfehlt, die Bestimmungen des Völkerverbundes wirksamer zu machen, jetzt bemüht man sich durch den Sicherheitspakt, eine wirkliche Sicherheit für Frankreich zu schaffen. Diese fortwährenden Verhandlungen könnten an sich die Freunde des Friedens pessimistisch stimmen. Aber demgegenüber weisen doch alle diese Bestrebungen darauf hin, daß der Gedanke des Rechts und der Verhütung neuer Kriege im Vormarsch begriffen ist, gegen den Gedanken der Gewaltanwendung. (Sehr richtig bei den Soz.)

Wir sind nicht so leichtsinnig, anzunehmen, daß auch der jetzige Versuch einer Regelung der Beziehungen zwischen den Völkern alle kriegerischen Ereignisse unmöglich machen werde, aber das eine darf man doch feststellen, daß der Wille der Völker immer stärker wird, eine Grundlage für die friedliche Zusammenarbeit der Nationen zu schaffen.

Unter diesem Gesichtspunkt hat auch die Sozialdemokratie den Schritt der deutschen Regierung im Februar gutgeheißen. Vielleicht war dieser Schritt schon etwas zu früh gewesen, nach der alten Erfahrung, daß heute, die zuerst zögern, später leicht übers Ziel hinausschießen. Wir hatten Sorgen, wirklich vaterländische Sorgen über den Umfang des deutschen Angebots. Zunächst schien uns die Form des Memorandums nicht ganz glücklich. Dann enthält es eine ganze Reihe von Vorschlägen, gegen die wir Bedenken hatten. Wir hatten zuerst den Wunsch, daß auch für Deutschland, nachdem das französische Streben nach einer Sicherheit gegen deutsche Angriffe erfüllt werden soll, durch den Sicherheitspakt der Vorteil geschaffen werde, auch die vertragsmäßigen Rechte Deutschlands sicherzustellen. Wir hätten weiter gewünscht, wenn die Sicherheit für Frankreich garantiert ist, daß Möglichkeiten zur Abführung der Befehlsbefristen geschaffen werden. Trotz unserer Vorbehalte und unserer Sorgen waren und sind wir aber mit den Grundelementen des Memorandums einverstanden.

Wenn Graf Westarp erklärt, daß das Februar Memorandum die Deutschnationalen nicht binde, so hätten wir doch gern die veränderte Grundlage kennengelernt, die jetzt die Deutschnationalen gebunden hält. Das Verhalten der Deutschnationalen hatte uns allerdings in Sorge versetzt, daß diese Grundlage geändert werden sollte. Aber heute kann man feststellen:

Der Grundgedanke des Memorandums vom Februar ist derselbe, wie der Grundgedanke der Note, die jetzt hinausgeht. (Sehr richtig bei den Soz.)

Deutschland bietet darin den Sicherheitspakt an, es bietet Schiedsverträge an, es garantiert den Besitzstand im Westen, die Grenzen des Vertrags von Versailles werden noch einmal garantiert.

Wenn Graf Westarp vor drei bis vier Wochen verkündet hat, daß der Verzicht auf Elsass-Lothringen eine unerlässliche Forderung sei, so wird hier der Verzicht auf Elsass-Lothringen noch einmal ausdrücklich ausgesprochen.

Die Antwort Briands hat sich durchaus im Rahmen des deutschen Angebots gehalten, es aber selbstverständlich so ausgelegt, wie es den französischen Interessen entspricht. Die neue deutsche Note ist aber weit davon entfernt, von dem ursprünglichen Angebot irgendwas zurückzunehmen oder irgendwas einzuschränken. Unsere Furcht, daß die neue Note etwas von den Bedingungen und Forderungen der Deutschnationalen enthalten würde, war also unbegründet. Wenn Deutschland fragt, wie die bestehenden Verträge auf friedlichem Wege verändert werden können, so ist das ganz selbstverständlich. Wir hoffen bestimmt, daß die Sanctionslächer bald geräumt werden, wir grüßen jetzt unsere deutschen Landsleute, wir grüßen insbesondere die deutsche Arbeiterschaft in den jetzt geräumten Gebieten, die die ganze Zeit auch für alle Zukunft die treuesten Hüter der deutschen Republik sind. (Sehr richtig bei den Soz.) Kein Friedensvertrag ist für ewige Zeit geschlossen. Auch die Grundzüge des Völkerverbundes besagen nicht, daß niemals an solchen Verträgen gerüttelt werden kann. Selbst der Vertrag von Versailles gibt die Möglichkeit seiner Nachprüfung. Damit ist auch der Moment gekommen, an die andere Seite mit der Herabsetzung heranzutreten, freiwillig das zu tun, was Deutschland zwangsläufig durchführen mußte.

Durch die Note wird die Frage ausgeworfen, ob die Alliierten noch die Möglichkeit behalten sollen, Sanktionen und sonstige Strafmaßnahmen gegenüber Deutschland vorzunehmen.

Die einseitige Garantie, die Frankreich fordert, lehnen wir ab. Wir sind darin durchaus einig mit den belgischen und französischen Sozialisten. (Lachen rechts.)

Wenn Sie darüber lachen, so brauche ich Sie doch nur daran zu erinnern, daß der belgische Minister des Auswärtigen ein Sozialist ist. Die Regelung dieser Frage durch den Völkerverbund ist leider bisher noch nicht so weit gekommen, wie es die Friedensfreunde wünschen. Wir dürfen aber nicht nur an den ersten Versuchen des Völkerverbundes Kritik üben, sondern müssen mit einem positiven Programm kommen. Wenn wir wünschen, daß eine Lücke ausgefüllt werden soll, müssen wir uns bereit erklären, daran mitzuarbeiten. Bisher haben wir die obligatorischen Schiedssprüche nur für die rechtlichen Streitfragen, nicht aber auch für die politischen.

Wer den Frieden will, der muß daran arbeiten, daß die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit auch auf die politischen Differenzen ausgedehnt werden.

Hier besteht die Möglichkeit, Briand die Waffen aus der Hand zu schlagen. Die deutsche Regierung beruft sich immer wieder auf die Bestimmungen des Völkerverbundes, sie erkennt an, daß der Sicherheitspakt und der Völkerverbund zusammengehören, aber das Kabinett Luther kann sich noch immer nicht entschließen, den Schritt in den Völkerverbund zu tun. Die Ablehnung des Völkerverbundes ist allerdings nicht mehr so energisch wie noch vor einem Jahre, man kann doch schon merken, daß das Kabinett Luther sich nach dem Völkerverbund hin bewegt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Wenn Sie (zu den Kommunisten) das jetzt erst hören, so haben Sie lange auf Ihre Ohren gefesselt. Nun behauptet die Regierung immer noch, daß die Formulierung des Artikels 16 der Völkerverbunds nicht den besonderen Verhältnissen Deutschlands angepaßt sei. Es wird gesagt, daß unter Umständen Deutschland verpflichtet sei, dem Völkerverbund in einem Kriege gegen Rußland Hilfe zu leisten, und wenn Rußland Deutschland dann

den Krieg erkläre, sei kein Widerstand mehr möglich. Aber wissen Sie denn nicht, daß kein Volk verpflichtet ist, den Durcheinander zu gestatten, wenn es nicht die Voraussetzungen dazu anerkennt hat?

Ist es eher Deutschland in den Völkerverbund eintritt, desto geringer ist die Gefahr eines Krieges mit Rußland.

Sie (zur Regierung) wollen ja zum Völkerverbund, Sie suchen immer noch nach einer Brücke, nun haben Sie doch endlich den Mut, konsequent zu sein. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wir dürfen allerdings kein Ausnahmerecht für uns beanspruchen. (Zuruf rechts: Die Schweiz!) Der Schweiz ist allerdings eine Ausnahme zugestanden worden, weil sie als eine internationale neutrale Macht anerkannt worden ist. Von Deutschland gilt das nicht. Wir dürfen keine Ausnahmehrechte für uns verlangen, sondern müssen hineingehen in den Völkerverbund und dort arbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Zuruf rechts: Wir können überstimmt werden!) Lesen Sie doch die Satzungen des Völkerverbundes, dann werden Sie finden, daß die Beschlüsse des Rats einstimmig gefaßt werden müssen. Aber gerade diejenigen sind die lebhaftesten Gegner des Völkerverbundes, die am wenigsten von den Satzungen kennen.

Hätten wir im vorigen Jahre, als England und Frankreich auf unseren Eintritt gewartet haben, den Entschluß dazu gebracht, so würden wir heute in der Frage des Sicherheitspaktes vor weit weniger schweren Problemen stehen.

Auch wenn der Sicherheitspakt abgeschlossen ist, so werden noch schwere Aufgaben zu lösen sein. Aber wir hoffen, daß wir bald zu der Konferenz kommen, wo Deutschland das klarlegen kann, was Herr Stresemann heute hier über Entwaffnung und Räumung ausgeführt hat.

Die Note der deutschen Regierung hat in Paris eine günstige Aufnahme gefunden. Eine andere Frage ist, ob auch alle die mit ihr einverstanden sind, die ihr im Ausschuss zugestimmt haben. Es scheint so, daß manche Leute, die den Bogen mitgespannt haben, den geheimen Wunsch hegen, daß der Preis kein Ziel nicht erreicht. Aber jedenfalls haben sich die Deutschnationalen zu den Grundideen des Sicherheitspaktes und des Memorandums bekannt. Es hat eine Zeit gegeben, wo sie dagegen protestiert hätten, daß dem deutschen Volke damit neue Sklavenketten angelegt werden. Es ist so nur der erste Schritt, der etwas kostet, beim ersten sind wir frei, beim zweiten sind wir Knechte. Heute werden wir bei dem fälligen deutschnationalen Umfall eine andere Prozentziffer haben als bei dem Londoner Abkommen. Der Umfall der Deutschnationalen geht zwar in Clappen vor sich, aber er führt doch ans Ziel. Wie „der Widerspenstigen Zähmung“ durchgeführt worden ist, das ist allerdings noch ein Geheimnis des Kabinetts.

Wir haben die feste Vermutung, daß die deutschnationalen Zustimmung zum Sicherheitspakt in Verbindung mit dem Zolltarif steht. In dieser Vermutung werden wir noch dadurch gestärkt, daß das Kompromiß über den Sicherheitspakt in derselben Stunde abgeschlossen wurde, in der das Kompromiß über den Zolltarif zustande gekommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wie immer, so zeigt auch jetzt die Regierung Luther ihren Januskopf. Das eine Gesicht ist in die Zukunft gerichtet, das zweite in die Vergangenheit. Auf der einen Seite will es eine Entlastung des deutschen Volkes durch den Sicherheitspakt, auf der anderen Seite immer neue Belastungen durch Zölle und Steuern. Auf der einen Seite arbeiten sie für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa, auf der anderen Seite türmen sie Hindernisse auf Hindernisse, um den Weg zur europäischen Zollunion zu versperrern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist wiederum die Zuspätkommenheit der Politik der Regierung Luther. Wenn sie darüber fragen, daß es ihnen an militärischen Mitteln fehlt, um die berechtigten Forderungen Deutschlands durchzusetzen, so sollten sie doch erst recht ein Beispiel geben durch die Ideen, die aus der Entlastung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwachsen. Aber das Kabinett Luther steht noch auf halbem Wege, es ist noch nicht zu diesen Ideen gelangt, es schwankt von Kompromiß zu Kompromiß und das ist nicht dazu angetan, das Vertrauen der Welt zu erwerben. Unsere Aufgabe aber ist es, diesen Prozeß zu beschleunigen, den Weg geradlinig zu machen, auf dem die Verwirklichung der Ideen sich vollziehen kann. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Graf Westarps Umfall.

Abg. Graf Westarp (Dnat.): Der Zweck der heutigen außenpolitischen Debatte ist nur, Stellung zu nehmen zu der deutschen Note. Das außenpolitische Interesse gebietet, eine breite und starke parlamentarische Rückendeckung für das Kabinett zu schaffen. Die neue Note ist in einer ganz anderen politischen Situation entstanden als das Februar-Memorandum. (Gelächter links.) Ein Streit um die Vergangenheit scheint daher keinen Zweck zu haben, und wir haben keine Verantwortung, diesen Streit hier fortzuführen. (Abg. Kufe und Gelächter links. — Sehr richtig rechts.) Die sozialdemokratische Interpellation ist schon überholt. Der Abg. Breitscheid hat hier eigentlich mehr in französischem als in deutschem Interesse gesprochen. Er hat alles gelobt, was Frankreich getan hat und getadelt, was die deutsche Regierung tat. Auf eine solche Kompensationsweise wollen wir uns nicht einlassen. (Gelächter links.) Der Anwurf, daß wir unsere außenpolitischen Grundzüge um der Getreidezölle willen verkauft hätten (Sehr richtig, links.) Ist zu niedrig, um sich mit ihm auseinanderzusetzen. (Beifall rechts.) Der Sicherheitsfrage gegenüber sind wir keineswegs negativ eingestellt gewesen.

Wir billigen die Grundgedanken der Note, die in der heute veröffentlichten Note der Reichsregierung enthalten sind. Die Note ist nur eine Fortsetzung der Vorüberlegungen und das erleichtert uns unsere Zustimmung.

Die Note bedarf einer sehr wichtigen Ergänzung. Als gleichberechtigter Partner kann Deutschland sich an den Verhandlungen nur beteiligen, wenn das Ruhrgebiet und die Sanctionsstädte vollständig geräumt sind. Die Räumung muß nicht einen Gegenstand, sondern die Voraussetzung der Verhandlungen bilden. Ganz ebenso liegt es mit den anderen klaren Rechtsansprüchen Deutschlands, die noch unerfüllt sind, mit der Beilegung aller Unrechts im Saargebiet, mit der Rücknahme der unberechtigten Forderungen der Entwaffnungsnote und der Luftflotte, mit der längst überfälligen Räumung der Kölner Zone. Wir billigen und begrüßen es, daß in der deutschen Note im Gegensatz zu der Note der Alliierten die Notwendigkeit betont wird, daß nicht für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlicher Übereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Mit vollem Recht wird auch in der deutschen Note betont, daß das mehrfache und vollständig entwaffnete Deutschland nicht als gleichberechtigter Faktor im Völkerverbund angesehen werden

kann, solange nicht die allgemeine Abrüstung der Welt praktisch verwirklicht wird. Wir billigen es auch, daß die Note auf das deutsche Memorandum vom September ausdrücklich Bezug nimmt. Insbesondere gilt das von der Verwahrung, daß Deutschland bei einem etwaigen Eintritt in den Völkerverbund unmöglich die moralischen Belastungen des Versailler Vertrages erneut anerkennen könne. Für uns ist nicht nur jede freiwillige Wiederholung des in Versailles erzwungenen unehrerlichen Schuld-bekennnisses unmöglich, wir müssen nach wie vor darauf bestehen, daß keine Gelegenheit vorüber gelassen wird, dieses Schuld-bekennnisses amtlich und ausdrücklich zu widerrufen. (Beif. Beifall, rechts.) Wenn meine Freunde und ich der Note heute zustimmen, so geschieht das in der bestimmten Erwartung, daß das Kabinett als Ganzes, wie bei dieser Note so auch hinfür, in geschlossener Einheit und entschlossener Festigkeit die Würde und Lebensnotwendigkeiten Deutschlands wahren und um das Recht der deutschen Nation auf Dasein und Freiheit der Nation ringen wird. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaas (Ztr.): Wir bedauern das lange Schweigen des Außenministers, das uns die Mitverantwortung für seine Außenpolitik sehr erschwert hat. Wir würden es nicht billigen können, wenn die Aktivität der Außenpolitik aus innerpolitischen Rücksichten verlassen würde zugunsten einer tatlosen Politik machtpolitischer Zukunftsaussichten. Die letzte Tendenz der deutschen Note ist nicht negativ, sondern positiv, sie ist eine Friedensoffensive großen Stils, eine europäische Tat. (Beifall.) Wir erkennen damit die westliche Grenze des Versailler Vertrages an. Deutschland geht mit dem Sicherheitspakt einen schmerzlichen Schritt der Selbstüberwindung, der in der Geschichte einzig dasteht. Wir vermissen in der Note das Verlangen nach der Räumung des Ruhrgebiets, ebenso eine Verwahrung gegen die Entwaffnungs- und Luftflotten. Nach dem Abschluß des Sicherheitspaktes ist das Befehlsbefristenrecht und noch mehr das Befehlsbefristenrecht ein politischer Anachronismus schlimmster Art, ein störendes Rudiment einer Gewaltpolitik, deren Überwindung gerade das vornehmste Ziel des Sicherheitspaktes bilden soll. (Beifall.) Wir halten die Völkerverbundsfrage für außerordentlich wichtig und sehen den Augenblick herbei, in dem Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied in die Körperschaft eintritt.

Inzwischen ist eine Verächtigung zu dem völkischen Mißtrauensantrag eingegangen, die den Sach hinzulügt, daß der Reichstag über alle anderen die Haltung der Reichsregierung betreffenden Anträge zur Tagesordnung übergeht.

Abg. Dr. Curtius (D. Sp.): Wir fordern eine Ablehnung von den Methoden der Rheinlandkommission. Sicherheitspakt bedeutet die Verhinderung eines neuen Weltbrandes. Der Sicherheitspakt hat nur dann wirkliche Bedeutung, wenn die Wirtschaftsverhältnisse durch ihn profitieren.

Wir gehen zugrunde, wenn wir nicht eine Renaissance der europäischen Kultur erleben. Dannen wir nicht die Kriegsgelahrten, so gibt es keinen Aufbau der Kultur.

Der Redner betont dann die Kontinuität der deutschen Außenpolitik. Das deutsche Memorandum sei eine logische Folge der deutschen Außenpolitik gewesen. Durch den Sicherheitspakt würde der Artikel 429 des Versailler Vertrages überflüssig, der bestimmt, daß die Befehlsbefristen verlängert werden können, wenn die Sicherheit der Befehlsmächte es erfordere. (Sehr richtig!) Bezüglich des Eintritts in den Völkerverbund stehe die Deutsche Volkspartei nach wie vor auf dem Standpunkte, daß Deutschland nur als voll gleichberechtigter Staat seinen Einzug in den Völkerverbund halten könne. Eine notwendige Folge des Eintrittes wäre nicht nur die Räumung der ersten Rheinlandzone, sondern die Aufhebung jeglicher Befehlsmacht.

Der Redner betont im weiteren Verlauf seiner Rede, daß in den letzten Monaten manches geschehen ist, was der verfassungsmäßigen Form des parlamentarischen Regiments wenig entspricht.

Diese Schwierigkeiten sind jetzt aber überwunden. Das Kabinett steht geschlossen hinter der Note. (Beifall, Beifall b. d. D. Sp.)

Abg. Stoeker (Komm.) bezeichnet die deutsche Antwortnote als eines der traurigsten Dokumente der deutschen Geschichte. Dieses Dokument sei nach ihm als der Deutschland aufgeschwungene Versailler Vertrag, denn hier erkenne eine deutsche Regierung mit fünf deutschnationalen Ministern freiwillig an, daß Deutschland an das Deutschland von seinen Feinden in Versailles zugefügt worden ist.

Vizepräsident Dr. Bess gibt dem Hause Kenntnis von einem kommunistischen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Stresemann.

Dann verlegt sich das Haus, um 8 Uhr abends, auf Donnerstag 2 1/2 Uhr. Fortsetzung der außenpolitischen Aussprache.

## Aus der Partei.

### Bezirkskonferenz in Oberschlesien.

Beuthen O.-S., 21. Juli. Eine Parteikonferenz des ober-schlesischen Bezirks beschäftigte sich am Sonntag in Beuthen mit reichs- und landespolitischen Fragen. Vom Parteivorstand war Genosse Stelling anwesend, der in einem längeren Vortrag Reichspolitik und Reichsregierung einer lebhaften Kritik unterzog. Von der Konferenz wurde die Anwesenheit des oberschlesischen Sejm-abgeordneten Genossen Komolli (Kattowitz) freudig begrüßt, der als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in Ostschlesien die Grüße der dortigen Partei überbrachte. Der Bezirksleiter Genosse Janotta behandelte Organisations- und Pressefragen, wozu ihm eine in Oberschlesien stattfindende Verbemove besondere Veranlassung gab. In einer Aussprache nahm der deutsch-polnische Handelskonflikt wesentlichen Raum ein. Vom Landtagsabgeordneten Franz und anderen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß ein künftiges deutsch-polnisches Kompromiß auf dem Rücken der ober-schlesischen Bergarbeiter abgeschlossen werden wird. Die Verhältnisse im ober-schlesischen Bergbau haben sich seit der Kohlenperre bedeutend gebessert. Die Konferenz war der Auffassung, daß sehr wohl eine Verständigung zwischen beiden Ländern herbeigeführt werden muß, daß aber dabei auch die Interessen der ober- und niederschlesischen Bergarbeiter gewahrt werden müssen. In der Aussprache wandte man sich dagegen, diese Frage von irgend-einem bestimmten Zentrumskreise der ober-schlesischen Provinz, deren Ober- und Regierungspräsident Probst in Oppeln eine sozialistische Landesregierung zu erreichen sich bemüht, gab der Konferenz Veranlassung, die Taktik der Partei gegenüber dem Zentrum einer Erörterung zu unterziehen. Zu Delegierten für den Reichsparteitag in Heidelberg wurden die Genossen Kühn, Oppeln, und Probst, Beuthen, gewählt.



# Bad EMS

das weltberühmte  
Heilbad,  
die historische  
Erholungsstätte.

Die einzigen warmen alkalisch-muriat-schleimsauren Heilquellen Deutschlands.

Empfohlen von den bedeutendsten Aerzten durch die Jahrhunderte bei Erkrankungen der Luftwege (Katarren, Asthma, Emphysem, Folgezuständen von Grippe, Rückständen von Lungen- und Rippenfellentzündung, Katarren der Verdauungs- und Unterleibsorgane, Frauenleiden, Herz- und Kreislaufstörungen, Gicht und Rheumatismus).

Natürliche kohlenwasserhaltige, Inhalatorien, Pneumatische Kammern, Staatliche ärztliche Untersuchungsanstalt mit den neuzustellenden Einrichtungen. Alle Kurmittel, Vielseitige Unterhaltungen und Sport jeder Art.

Emser Wasser (Kränchen)  
Emser Pastillen  
Emser Quellsalz  
Emsolith das Beste für die Zähne

Zimmer mit voller Verpflegung von RM. 5 an.  
BAD EMS ist D-Zug-Station der Strecke Coblenz-Cöln-Berlin (17 km von Coblenz).  
Reisendampfer halten in Coblenz, Ober- und Nieder-Lahnstein.  
Druckschriften kostenlos durch die Staatliche Bade- und Brunnendirektion BAD EMS.

Konzerte, Oper, Schauspiel, Festveranstaltungen, Wasser- und Kinderfeste, Belustigungen, Tennis-, Hockey-, Schwimmsport, Ruder- und Segelsport, Motorboote, Jagd und Fischerei, Bergbahn, herrliche Waldungen, Autofahrten in das Rhein-, Mosel- und Lahntal, Taunus, Westerwald, Hunsrück, Elbel.



# Entwurf des sozialdemokratischen Parteiprogramms.

Die vom Nürnberger Einigungsparlament eingesehene Programmkommission hat den Entwurf eines Parteiprogramms fertiggestellt. Sie unterbreitet ihn hiermit der Kritik der Parteigenossen.

Die ökonomische Entwicklung hat mit innerer Gefährlichkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, im Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zu verdrängt und seine soziale Bedeutung verringert. Gleichzeitig wächst die industrielle Bevölkerung im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Der Siegeszug des Kapitals hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletariat verwandelt. Die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel sind zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft, mit der Zunahme der Verwaltungs- und Erziehungsaktivität im Staat und in der Gemeinde Zahl und Bedeutung der Angestellten, Beamten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie immer mehr ihre bisherige privilegierte Stellung und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Hand in Hand mit der Monopolisierung der Produktionsmittel geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariaten, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktionskräfte ermöglichen, vorenthalten.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Entledigung zu bewahren. Dazu gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders quälend und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zur Zusammenfassung von Industriezweigen, zur Kombination aufeinander folgender Produktionsstufen und zur Organisation der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß schweift Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital zusammen.

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft und suchen nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit zu bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses bewirkt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalanlagen. Dieses imperialistische Nachstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegesgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterschaft, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei vereint, geschult und organisiert wird. Indem die Arbeiterschaft für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je erstebt der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterschaft kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen und Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum. Die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktionskräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allgemeiner Verwohnenheit wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterschaft kann ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats wohl bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Diese Pflichten sind aufs innigste verknüpft mit den Pflichten der Sozialdemokratie eines jeden Landes gegenüber dem eigenen Volke. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Den Befreiungskampf der Arbeiterschaft, den politischen, den gewerkschaftlichen, den genossenschaftlichen Kampf zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisen, ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller, ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Die Ziele der sozialdemokratischen Partei werden erreicht im ständigen Ringen und Wirken auf politischem, sozialem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet, besonders durch die Verwirklichung folgender Forderungen:

## Verfassung.

In der Erkenntnis, daß die demokratische Republik den weitesten Spielraum für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft und damit für die Verwirklichung des Sozialismus gibt, schützt die sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für deren Ausbau ein durch:

Umwandlung des Reichs in einen Einheitsstaat auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung.

Auf dem organisch, nach wirtschaftlichen Zusammenhängen gegliederten Unterbau der Länder und Gemeinden erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung alle staatlichen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reiches. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundzüge aufzustellen. Die Reichskriminalpolizei wird ein Organ des Reiches.

Erlaß des zum Artikel 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Ausführungsgesetzes mit der Maßgabe, daß die Vollzugsgewalt nicht auf einen Militärbefehlshaber übertragen werden darf.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zureichenden Organ der Republik.

Die Vermögensauseinandersetzung mit den ehemaligen landesfürstlichen Familien ist reichsgesetzlich für alle Länder zu regeln. Das liegende Eigentum dieser Familien — z. B. Schlösser, Ruinen, Güter, Forsten — ist grundsätzlich für öffentliches Eigentum zu erklären. Art und Höhe der zu gewährenden Entschädigung wird unter Ausschluß des Rechtsweges im Gesetzeswege bestimmt.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, der Herkunft, der Religion und des Besses.

## Verwaltung.

Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum unmittelbaren Träger der Verwaltung macht:

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung. Schaffung eines auf sozial-rechtlicher Grundlage beruhenden Dienstrechts für die Beamten und Angestellten aller öffentlichen Körperschaften.

Die Grundzüge der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinziellen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Aus diesen Grundgedanken ergeben sich folgende weitere Forderungen:

1. Durch Schaffung eines reichsgesetzlichen Landesverwaltungs-gesetzes ist für alle Länder Gliederung und Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane gleichmäßig zu regeln.

2. Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände — Landgemeinden, Städte, Kreise, Bauhugen — einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf Zeit festzusetzen für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

3. Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Rechtsphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängige im Instanzenwege gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das in der Reichsverfassung vorgesehene Reichsverwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines obersten Verwaltungsgerichts in allen Landesfällen.

4. Durch ein Reichstommunalförderungsgesetz und ein Reichsentgeltgesetz sind den Gemeinden und Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft erforderlichen Befugnisse und Rechtsmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bürokratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

5. Für alle — männliche wie weibliche — Beamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenerziehung und Schutz nach demokratischen und sozialen Gesichtspunkten ordnet.

## Justiz.

Die sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz. Insbesondere fordert die Partei:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechtes unter das Recht der sozialen Gemeinschaft. Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Pöbelvergehen. Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beteiligung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und der Erziehungsprinzipien.

## Sozialpolitik.

Schutz der Arbeitskraft und Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Sicherung des Koalitionsrechtes.

Die Erledigung von Notstandsarbeiten, die sich infolge von Lohnkämpfen ergeben, ist ausschließlich den Gewerkschaften zu überlassen.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, die Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben.

Lebhafteste Einschränkung der Nachtarbeit.

Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche, der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben sowie an Maschinen mit besonderer Unfallgefahr, jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen unter Heranziehung von Vertrauenspersonen der Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden.

Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Unterstützung aller Bestrebungen zur Beseitigung der Lebensstände der Heimarbeit und ihre Aufhebung unter weitgehender Fürsorge für die hierdurch Betroffenen.

Ausreichende Fürsorge für Arbeitsunfähige und Erwerbslose. Umbau der sozialen Versicherung zu einer allgemeinen Volksfürsorge.

Allgemeines Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Ausgestaltung des Betriebsratswesens zur Durchführung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenschlusses mit den Gewerkschaften.

Sicherung und Ausbau der sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Beamten.

Arbeitsgerichte, die unabhängig sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Förderung der internationalen Gesetzgebung.

Zusammenfassung der sozialpolitischen Gesetzgebung in einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch.

## Kultur- und Schulpolitik.

Die Sozialdemokratie erstrebt die schöpferische Gestaltung der Kultur aus den gesamten Lebensfunktionen der Gesellschaft heraus als Ausdruck der solidarischen Verbundenheit ihrer Glieder.

Zur Erreichung dieses Zieles fordert die sozialdemokratische Partei:

Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten; ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen (Unentgeltlichkeit der Teilnahme, Unentgeltlichkeit der Lern- und Lehrmittel, wirtschaftliche Versorgung).

Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einschränkung von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen (Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen).

Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung enger Beziehungen zwischen Beruf und geistiger Arbeit auf allen Stufen.

Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.

Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen.

## Finanzen und Steuern.

Auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik erstrebt die sozialdemokratische Partei Deutschlands eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.

Sie fordert deshalb:

Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Erbrecht des Reiches anher für Waisen und Kinder, Pflichtteil des Reiches, abgetrennt nach der Zahl der Erben.

Gleichmäßige und einheitliche Steuerentlastung mit Offenlegung der Steuerlisten. Wirkliche Verjüngung der Steuerhinterziehung insbesondere durch obligatorische Buchführung.

Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Befreiung der Umsatzsteuer.

Beteiligung der öffentlichen Gewalten an den kapitalistischen Erwerbsunternehmungen.

## Wirtschaftspolitik.

Im Kampf gegen das kapitalistische Monopolstreben und gegen die kapitalistische Verelendungstendenzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.

Kontrolle des Reichs über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.

Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.

Förderung des Siedlungswesens.

Abbau des Schutzpolizistensystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güterverkehrs und des wirtschaftlichen Zusammenflusses der Nationen.

Ausbau der Betriebe des Reichs, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften.

Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues, Bekämpfung des Bauwuchters.

## Internationale Politik.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale führt die sozialdemokratische Partei Deutschlands mit den Arbeitern aller Länder den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus.

Die Sozialdemokratie tritt mit aller Kraft allen Versuchen entgegen, die die Gegensätze zwischen den Völkern zu verschärfen und den Frieden zu gefährden drohen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und deren Austragung vor unparteilichen Schiedsgerichten.

Sie bekämpft die Bergewaltigung fremder Völker wie nationaler und religiöser Minderheiten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widerlehrt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewalttätigen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und Kultur.

Sie tritt ein für den freien Güterverkehr und für die Freizügigkeit.

Sie will die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen und zur Selbstbehauptung des europäischen Kontinents zwingend gewordenen Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, um zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, zu höherer Lebenshaltung und zu gesteigerter Teilnahme an den Gütern der Kultur und damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Im Schoße der Sozialistischen Arbeiter-Internationale wirkt die SPD. für ein solidarisches Zusammenarbeiten des internationalen proletarischen Proletariats durch internationale Aktionen als Kampfmittel gegen imperialistische und kapitalistische Vorstöße.

Friede und Freundschaft zwischen den Völkern und ihre gemeinsame Betätigung zur Wohlfahrt der Menschheit sind nur zu erreichen durch einen wahrhaftigen Völkerbund.

Der Völkerbund muß für alle Nationen offen, er muß eine Vertretung der Völker, nicht der Regierungen sein.

Die Forderungen des sozialdemokratischen Programms müssen zur Grundlage des gemeinsamen Kampfes aller von sozialistischem Geist erfüllten Organisationen werden.



# Bankpolitik und die Industriekrise.

## Die Notwendigkeit einer umfassenden Kredit- und Bankenquete.

Immer stärker legt sich die Ueberzeugung durch, daß die zunehmende Verschärfung der Industriekrise durch die Zinswucherpolitik der Banken nicht nur veranlaßt ist, sondern ihre Ueberwindung durch diese auch mehr und mehr unmöglich wird. Es hat lange gedauert, bis die Verbände der Industrie sich dieser Ueberzeugung angegeschlossen haben. Bedenklich ist es ein wichtiges Symptom des wachsenden Mißtrauens in Industriellenkreisen gegen die Kreditpolitik der Banken, wenn diese ihre Zins- und Provisionspolitik zu verteidigen gezwungen sind. Das beweist das Referat des Direktors Dr. Pferdenges von der Vereinigung von Banken und Bankiers in Rheinland und Westfalen in der Ausschussung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes. Es ist klar, daß Kreditkosten für Umsatze von 14 bis 18 Proz. (letzterer Satz wird uns noch heute für Berlin aus Handelskreisen berichtet) bei nicht willkürlich zu veränderndem Preisniveau der Waren geradezu die Rentabilität vernichten müssen und daß in der Industrie die Hoffnung auf Senkung der Produktionskosten zusehends verloren geht, wenn die eigenen Generalkosten und die ihrer Abnehmer durch das Zins- und Provisionskonto in solcher Weise vorbelastet sind.

### Die Banken verteidigen ihre Kreditpolitik.

Die Verteidigung nun, die Direktor Pferdenges für die Kreditpolitik der Banken führte, ist äußerst dürrig. Er beschränkte sich darauf, die Kontingenzierungspolitik der Reichsbank, die die Bankenvereinigungen einfach nach unten in ihre Kundschaft ausdehnen, als Maßnahme zur Liefhaltung der Kreditkosten zu loben und zu erklären, daß an eine Ermäßigung der Kreditkosten nicht zu denken sei, so lange die heutigen Verhältnisse fortbestehen. Die Banken selbst seien gezwungen, wenn sie ihre Funktionen als Kreditvermittler besonders für Auslandskredite ausrechterhalten wollen, unter allen Umständen eine gewisse Rentabilität zu sichern, da der ausländische Kreditgeber die Sicherheit der Kredite nicht nach deren letztem Empfänger, sondern nach der Rentabilität der vermittelnden Banken beurteilt. Die Reichsbank sei ohnehin mit ihrer Kreditgewährung schon über die Grenze des Möglichen hinausgegangen; und wenn sie heute noch eine Milliarde distanzieren wollte und gleichzeitig eine Milliarde kurzfristiger Auslandskredite zurückgezogen würde, dann wäre die Reichsbank nicht mehr in der Lage, die Währung aufrechtzuerhalten. (1) „Wir alle wissen, daß das Schlimmste, was uns treffen könnte, eine neue Inflation wäre.“

### Die Verteidigung ist demagogisch, ihre Gründe sind falsch.

Abgesehen von der nicht scharf genug zu beurteilenden Demagogie, durch den Hinweis auf eine mögliche Gefährdung der Währung den Industrielassen die Zins- und Provisionspolitik der Banken schmachhaft zu machen, ist so ziemlich alles falsch, was in der Rede gesagt worden ist. Die Kontingenzierungspolitik der Reichsbank, verknüpft mit einem Diskontsatz von 9 Proz., der natürlich nur für die schwersten Unternehmungen der Industrie, im übrigen für die Banken gilt, droht zwar tatsächlich den Kreditansturm, aber sie hat keine die Kreditkosten senkende, sondern steigende Wirkung. Der niedrige Diskontsatz der Reichsbank ermöglicht gerade erst die Monopolstellung, die die Banken gegenüber den Kreditnehmern haben. Denn jede Steigerung des Bankzinses, der die Steigerung der Bankzinsen und Provisionen folgen müßte, würde nun die Bausparungen, auf der die Banken ihre Zins- und Provisionsforderungen überhaupt durchsetzen können. Einmal steht schließlich die Nachfrage nach Krediten, und dann entsteht sofort die Konkurrenz der Banken um die noch vorhandenen Kreditgelder. Das Zinsmonopol wäre damit gebrochen. Das Lob der Kontingenzierungspolitik der Banken hat also keinen anderen Zweck, als die großen Gewinnchancen zu verdecken, die den Banken aus ihrer Monopolstellung und aus der Spanne von 6 bis 9 Proz. erwachsen, die zwischen dem Zinssatz der Reichsbank und den der Kundschaft berechneten Kreditkosten der Banken liegt.

### Verstärkte Gewinnpolitik der Banken.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß die Banken sich nur einer „gewissen Rentabilität“ zufrieden geben. Zunächst steht es absolut dahin, ob die Banken bei der Ueberzeugung des Bankgewerbes ohne Umstellung an Haupt- und Nebenberufen noch rentabel arbeiten könnten, trotz der scharfen Zusammenlegung des Bankkapitals in den Geldbanken, wenn eine schärfere Diskontpolitik der Reichsbank sie ihres Monopols berauben und das fällige Konkurrenz- und Reinigungsgewinn im Bankgewerbe zur Entfesselung bringen würde. Darüber hinaus aber erzielen die Banken viel beträchtlichere Gewinne, als ihre Einheitsdividenden von 8—10 Proz. erkennen lassen. Es bestehen sehr ernstliche Gründe zu der Annahme, daß in den Banken eine stärkere Bildung verschleieter Reserven über Betrieb erfolgt, die unter Umständen und an Stellen arbeiten, die ihren Ausweis in den Bilanzen juristisch nicht erfordern und daher die formale Forderung der Bilanzwahrheit nicht zu verletzen braucht. Auch davon kann keine Rede sein, daß die Privatbanken ihre Ueberorganisation bereits so weit abgebaut haben, daß sich die Kreditkosten von der Bankseite aus nicht mehr senken ließen. Es gibt kein Gewerbe, bei dem die betriebliche Umstellung zur Betriebskostensenkung, abgesehen vom Personalabbau bei den unteren Angestellten, so geringe Fortschritte gemacht hat, als gerade im privaten Bankgewerbe.

### Die Großbanken diffizieren die hohen Provisionen.

Endlich kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Mehrzahl der Banken, insbesondere der Provinzbanken, mit sehr viel niedrigeren Provisionsfähigkeiten auskommen könnten, wenn nicht das Kartell der Großbanken, die immer noch am stärksten überorganisiert sind, sie nicht zu den hohen Provisionsfähigkeiten zwingen würde. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß die tatsächlich unter den Banken herrschende Konkurrenz zur Herabdrückung der sichersten und rentabelsten Kreditgeschäfte (die große Masse der Kreditnehmer muß nachher durch Ueberprovisionen die Differenz bezahlen), durch Unterbindung in den Provisionsfähigkeiten geführt wird. Und es spricht Bände, wenn z. B. in dem Geschäftsbericht der Gemeinschafts-

gruppe Deutscher Hypothekendarlehenbanken ganz offen erklärt wird, daß die Hypothekendarlehen an der hohen Vergütung für die Vermittlung von Pfandbriefen ablosiert kein Interesse hätten, wenn sie nicht von den Privatbanken direkt dazu veranlaßt worden wären. Kein Wunder also, daß weder der Personalkredit noch der Realcredit in Deutschland zu Kostenfragen kommen kann, die für die Interessenten erträglich wären und daß die unerschwinglichen Kosten des Personals wie des Realcredits die Industrie wie die Landwirtschaft zu suchen zwingt, die sie von dem Zins- und Provisionswucher der Banken freimacht.

### Kreditwucher und Schutzölle.

Es ist bekannt, welches diese Mittel sind. Die Industrie sieht sich gezwungen, ihren Betriebskapital- und Umstellungsbedarf „über Betrieb“ sicherzustellen und vielfach die Dividende ausfallen zu lassen. Die Kursstürze der Aktien an der Börse sind die notwendige Folge. Aus dieser Stimmung entstand der vollkommen verfehlte Kampf der Industrie um Schutzölle, die das Inlandspreisniveau auf Kosten der Umsatzen erhöhen sollen. Die Landwirtschaft leidet aus ihrer Belastung mit Zinskosten, wie die Agrarenquete ergeben hat, das Recht zur Abwälzung dieser Kosten auf den Konsum durch Getreidezölle ab.

Auch die heutigen Steuerlasten, die, wie Prof. Singer im „Wirtschaftsdienst“ Nr. 28 nachweist, für Reich, Staaten und Gemeinden nach ihrem Realwert nicht höher, sondern geringer sind als in der Vorkriegszeit, erhalten erst durch die Höhe der Zins- und Provisionsfähigkeiten der Banken jene niederdrückende Buchst. die Industrie und Landwirtschaft zu der nationalwirtschaftlich sinnlosen Ausflucht gedrängt haben, die Abwälzung ihrer Lasten auf dem Wege über die Schutzölle unter allen Umständen wenigstens zu versuchen. Ist doch für die Landwirtschaft in der Agrarenquete auch dieses zugestanden worden, daß man die Schutzölle weniger zur Intensivierung der Produktion, als zur Abwälzung der Zins- und Steuerlasten brauche.

Man sieht, hinter allen brennenden Kämpfen und Problemen der deutschen Gegenwart steht in letzter Linie als Ursache das Zins- und Provisionsmonopol der Banken. Seine bisherige Unerlöschlichkeit hat ihren Grund in seiner von den Banken selbst verschleierten und schwer erkennbaren Wirksamkeit. Solange die Reichsbank zu ihm steht, kann es nur gebrochen werden durch das Einschreiten der Öffentlichkeit und der politischen Körperschaften. Die Provinz- und Privatbanken dürfen nicht gegen das Diktat der Großbanken müde; sie haben auch kein Interesse daran. Die Unternehmer wagen in der Öffentlichkeit nicht dagegen aufzutreten, weil sie damit ihre Position gegenüber den Arbeitnehmern und ihre Stellungnahme zur Zollvorsorge und zur Steuer- und Sozialpolitik gefährden würden. So bleibt nur die Initiative der Öffentlichkeit und der parlamentarischen Körperschaften selbst.

### Hier mit einer umfassenden Kredit- und Bankenquete!

Um diese Initiative zu entfesseln und zu einem gedeihlichen Erfolg zu führen, genügt aber nicht die Einsicht in ihre Notwendigkeit. Die Öffentlichkeit muß von den unheilbaren Zuständen auf den Kapital- und Geldmärkten überzeugt, die Wirkungen des Zins- und Provisionswuchers der Banken müssen klar und ziffernmäßig dargelegt, die Bedingungen und Formen der heutigen Kreditgewährung im einzelnen aufgewiesen und insbesondere die Gewinnpolitik der Banken voller öffentlicher Klärung zugeführt werden. Das vermag nur eine umfassende Kredit- und Bankenquete zu leisten, für die es heute höchste Zeit ist, mehr noch als bei der Bankenquete der Vorkriegszeit (1908) als der Wettkampf um die Beherrschung des Kapitalmarktes zwischen Reichsbank und Großbanken spielte. Es geht heute um unergleichlich mehr als damals. Es geht schließlich um die Frage, ob die Monopolstellung der Banken die Stabilisierung und Sanierung der deutschen Wirtschaft tatsächlich noch weiter erschweren und letztlich verhindern darf, wie es bisher geschehen ist.

R-r.

### Beitritt Deutschlands zur Internationalen Handelskammer.

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat den Antrag Deutschlands auf Aufnahme in die Kammer unter Zustimmung zu ihren Grundsatzen erhalten. Der Verwaltungsrat hat daraufhin die folgenden fünf deutschen Spitzenverbände einstimmig zu Mitgliedern gewählt: Deutscher Industrie- und Handelslag, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Reichsverband der Deutschen Industrie, Zentralverband des Deutschen Großhandels.

Diese Verbände werden, der Satzung der Internationalen Handelskammer entsprechend, eine deutsche Landesgruppe bilden, der die Vertretung Deutschlands in der Kammer obliegen wird und deren Geschäftsführung sich vorläufig beim Deutschen Industrie- und Handelslag, Berlin, C. 2, hinter dem Bismarckhaus 3, befindet.

Zu dem Beitritt Deutschlands zur Internationalen Handelskammer wird noch mitgeteilt: Die Internationale Handelskammer ist an Stelle des früheren internationalen Handelskammerkongresses getreten. Ihre Errichtung wurde 1919 auf einer internationalen Wirtschaftskonferenz der amerikanischen Handelskammern in Atlantic City beschlossen, auf der außer den Vereinigten Staaten England, Frankreich, Belgien und Italien vertreten waren. Kurz darauf schlossen sich die Wirtschaftsorganisationen einer großen Zahl anderer Länder an. Als sie 1921 ihren ersten Kongress in London veranstalteten, gehörten ihr bereits zwölf Staaten an, darunter auch Österreich. Heute zählen sie 37 Länder zu ihren Mitgliedern, darunter 347 Handelskammern, 105 Industrieverbände, 50 Handelsverbände, 54 Bankorganisationen und 11 Reederverbände. Als Einzelmitglieder gehören ihr an 736 Industriefirmen, 376 Banken, 56 Schiffahrtsgesellschaften, 50 Eisenbahngesellschaften der verschiedensten Länder. Die I.H.K. hat den Zweck, den internationalen Handelsverkehr zu erleichtern, eine einheitliche Stellungnahme in internationalen Wirtschaftsfragen herbeizuführen, die Schaffung des Friedens zu fördern und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern durch Zusammenarbeiten der kaufmännischen und der wirtschaftlichen Organisationen zu sichern.

1. Kreisverband. Die besprochenen Aufnahmestände der Frauen sollen während der Ferien aus der Reichs- und Provinzialpartei aus der Reichs- und Provinzialpartei...
2. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
3. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
4. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
5. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
6. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
7. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
8. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
9. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
10. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
11. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
12. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
13. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
14. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
15. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
16. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
17. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...

### Heute, Donnerstag, den 23. Juli:

121. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
122. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
123. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
124. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
125. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
126. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
127. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
128. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
129. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
130. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
131. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
132. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
133. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
134. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
135. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
136. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
137. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
138. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
139. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
140. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
141. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
142. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
143. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
144. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
145. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
146. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
147. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
148. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
149. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
150. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
151. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
152. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
153. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
154. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
155. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
156. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
157. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
158. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
159. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
160. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
161. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
162. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
163. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
164. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
165. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
166. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
167. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
168. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
169. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
170. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
171. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
172. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
173. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
174. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
175. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
176. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
177. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
178. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
179. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
180. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
181. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
182. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
183. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
184. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
185. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
186. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
187. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
188. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
189. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
190. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
191. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
192. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
193. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
194. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
195. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
196. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
197. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
198. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
199. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
200. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...

### Morgen, Freitag, den 24. Juli:

1. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
2. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
3. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
4. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
5. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
6. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
7. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
8. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
9. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
10. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
11. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
12. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
13. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
14. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
15. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
16. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
17. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
18. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
19. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
20. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
21. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
22. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
23. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
24. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
25. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
26. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
27. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
28. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
29. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
30. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
31. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
32. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
33. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
34. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
35. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
36. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
37. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
38. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
39. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
40. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
41. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
42. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
43. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
44. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
45. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
46. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
47. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
48. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
49. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
50. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
51. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
52. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
53. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
54. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
55. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
56. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
57. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
58. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
59. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
60. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
61. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
62. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
63. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
64. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
65. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
66. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
67. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
68. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
69. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
70. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
71. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
72. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
73. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
74. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
75. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
76. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
77. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
78. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
79. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
80. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
81. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
82. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
83. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
84. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
85. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
86. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
87. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
88. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
89. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
90. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
91. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
92. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
93. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
94. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
95. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
96. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
97. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
98. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
99. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...
100. Kreisverband. Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

### Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

Die Reichs- und Provinzialpartei...

### Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 23. Juli:

Die Reichs- und Provinzialpartei...

### Morgen, Freitag, den 24. Juli:

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

Die Reichs- und Provinzialpartei...

# Henko

## Bei hartem Wasser

ist Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Wasser unentbehrlich. Henko macht das Wasser weich wie Regenwasser, verhindert die Entstehung von Kalkflecken und spart viel Seife.



## Der Fund.

Von Max Bernardi.

Claars hatte einen Fund gemacht; er hatte ausgehalten. Die anderen, die mit ihm nach dem neuen Diamantfeld gezogen waren, hatten längst den Spaten in den gelben Sand geworfen und waren mühsam zurück zur Station gewandert. Sechs Tage lang. Ein Rigger, den sie wegen Diebstahl auspeitschten, hatte ihnen in seinen tausend Schmerzen und Qualen das Feld verraten. Man glaubte ihm, hatte ihm den Rest der Strafe geschenkt und hatte die Expedition unternommen. Jetzt waren sie auf dem Rückweg. Den Rigger wollten sie lynchen.

Claars war aus Eigenstimm geblieben. Aus demselben Eigenstimm heraus, der ihn vor sieben Jahren nach Australien auswandern ließ. Wieder hier verreckt als wieder an die Station zurück. Hier konnte man wenigstens hoffen. Johnny, der blaue Sonny war auch zu Hause geblieben.

Als Claars in die Zeltstube trat, überlegte er noch, ob er von seinem Fund Mitteilung machen sollte. Dort streckte Sonny alle Beine von sich und rauchte. Verschlafen blinzelte er nach Claars.

Kein — er würde ihm nichts sagen. Hier nicht. Von Melbourne aus konnte er ihm einen Scheck senden.

„Na —?“

„Du —?“

Beide schüttelten mit dem Kopf.

Claars fühlte mit der Hand nach seinem Stein in der Hosentasche. Jetzt hielt er darin eine Fahrkarte 2. Klasse nach Hamburg, einen Zigarettensack dort und ein Sandhaus an der Elbe und, ja — und die blonde Paula —

Er biß die Zähne zusammen, um nicht zu schreien.

Sonny reichte ihm eine Birglinie. Er war doch ein guter Kerl. Herrgott, wenn man ihm doch trauen könnte! Was er wohl dazu sagen würde?

„Ja, jetzt würde er zum Schein noch einige Tage bleiben und dann mühsam und verdammt abziehen.“

Dumm, daß man nicht schlafen konnte, aber mein Gott — —

Dunkle Nacht legte sich jäh über das Feld.

Ein Raubvieh schlich draußen umher und suchte die verlassensten Lagerstätten ab. Claars hörte eine leise Konservenbüchse idnen.

„Also nichts gefunden?“ nahm nach einer halbständigen Unterbrechung Sonny das Gespräch auf.

„Rein — nichts.“ Claars war froh, sprechen zu können.

„Ich bleibe auch nicht mehr lange,“ fuhr er fort.

„So.“ — Pause.

„Was treibst du mit dem Geld, wenn du —“

„Ich fahre nach Hamburg heiraten.“

„Willst du dich noch —?“

„D jetzt — sicher, ich denke es.“

„hm.“

„Ich würde dir auch abgeben.“

„Nah —!“

„Lange Pause. Dann Sonny, der sich aufgerichtet hatte:“

„Du!“

Schweigen.

„Du hast gefunden!“

„Sonny!“

„Schuft — ich sah den Griff in die Tasche —“

Claars riß den Revolver heraus.

Da knallte es. Sonny war schneller gewesen. Claars sprang auf.

Seiner Hand entglitt die Waffe. Das Heub färbte sich rot. Er schwankte und fiel vornüber. Sonny hielt ihn auf. Aus der Zuckung heraus, fallendes aufzufangen. Claars Hände kramten nach Sonny's Hals. Und die Finger kramten wie Eisenhänder.

Sonny stürzte und schlug mit Hüften und Armen.

Das Eisen am Hals war im Loheskrampf geschnitten.

Aus einer Tasche rollerte ein rußgroßer, wasserfester Stein.

Dann Ruhe, kein Laut mehr.

Das kleine Döllschloß flackerte und verlösch.

Schwarze Nacht.

Tausend Sterne formten in Braucht das süßliche Kreuz.

Ein Raubtier umschlich die Hütte. Wahnend. Einen Fund.

Und hatte recht. —

## Hauszinssteuer.



„Famose Idee: Je mehr von dem Pöbel in einer Stube haust, desto mehr muß er beroppen. Warum nimmt er keine anständige Wohnung...!“

„Ohne Kragen“. Zu der Skizze von Felix Hechenbach in Nr. 335 schreibt uns ein Leser: Das „wahre Geschichtliche“ erinnert mich an einen ganz gleichen Vorfall in — Reutöfen! Auf dem Wege von einer Versammlung nach Hause, lehrte ich abends noch kurz in einem „Kaffeehaus mit Rusti“ am Hermannplatz ein. An den Tischen — Portofassjünglinge mit Fräulein Braut, daneben viele „Neureiche“, Kaffees mit prächtigem Gebaren.

Plötzlich — zwei Arbeiter kommen und streben einem Tisch zu. Sauber gekleidet, aber — ohne Kragen!

Kellner, Geschäftsführer — lehrter ein treudeutscher Rede mit E. R. II im Knopfloch — kurzer Disput und — die Arbeiter sagten kein Wort. Sie schauten sich gegenseitig an, nicken mit dem Kopf und schleichen davon, als wären sie auf verbotener Tat ertappt. Nur — das Nachspiel war anders als in Hechenbachs Kaffeehaus. In Reutöfen — der Arbeiterstadt! — rührte und regte sich nichts gegen diesen Arbeiterfeind! Bantlehrlinge und Kaffees schamungelien verständnislos, wie eben nur Renegaten zu lächeln verstehen: Wichtigt und dreist!

Ich rief den Kellner, zahlte und verließ die göttliche Stätte. Väterliche Zigeuner sind ein leichtes Böllchen, impulsiv und erfüllt vom Drang nach Recht und Freiheit!

Reutöfener Spieler aber reihen keine Kragen und Kramotten herunter! Ihnen ist selbst der schmutzigste Stiefel heilig als Wahrzeichen ihrer Zugehörigkeit zu den „besseren Kreisen“. Hier tut noch sehr viel Aufklärung not! Der unaufhaltsame Kuffler der Arbeiterklasse einerseits und der immer süßlicher werdende „Sogen“ der „Hindenburg-Wahl“ werden dazu beitragen, diese Aufklärung zu erleichtern und den künstlich erhaltenen Unterschied zwischen Proletariern und Proletarisieren zu verwischen!

Bis dahin aber — Arbeiter! — meidet solche Lokale, in denen man auch nicht gern sieht!

Chestiten in Togoland. In der letzten Ausgabe des alljährlich zur Veröffentlichung gelangenden Verwaltungsberichtes der britischen Kolonialbehörden in Togoland ist unter anderem eine interessante Schilderung der Chestiten der Eingeborenen enthalten. Es gibt in Togoland drei Arten von Chen: die christliche, die sehr selten ist, dann die Eingeborenen unter Erwachsenen, sowie endlich die Kinderchen. Am häufigsten ist die dritte. Sie wird von den Eltern der für einander bestimmten Kinder kurz nach deren Geburt vereinbart. Das Mädchen muß, sobald es die Jahre der Reife erreicht hat, die Angehörigen des Bräutigams aufsuchen, um ihnen mitzuteilen, daß sie jetzt bereit sei, in seiner Hütte zu wohnen. Es ist üblich, daß die Mädchen bei dieser Gelegenheit den ganzen Familienschatz anlegen, den ihnen dem allgemeinen Brauch zufolge die Mutter an diesem Tage aushändigt. Außer dem Schmutz, so verzeihet der Bericht ausdrücklich, pflegen sie meist nichts anzuhaben. Der Bräutigam sucht, sobald das Mädchen seine Eltern besucht hat, seinerseits die Eltern des Mädchens auf. Er bringt allerhand kleine Geschenke mit. Zum für die Ältern, bunte Tücher für die Jungen und ein oder das andere Kleidungsstück für die Braut. Die Annahme dieser Geschenke besiegelt die Verlobung. Bringt das Mädchen die Treue, so ist der Bräutigam berechtigt, Schadenersatz zu verlangen. Kurz nach der Verlobung findet ohne besondere Feierlichkeiten die Hochzeit statt. Sie besteht meist nur darin, daß die Braut von ihrer Mutter oder einer anderen weiblichen Angehörigen vor die Hütte des Bräutigams geführt wird, der sie bei der Hand faßt und ins Innere der Hütte führt. Die Scheidung ist leicht und kann jederzeit von jedem der beiden Teile beantragt werden. Nimmt es die Frau mit der ehelichen Treue nicht genau, so ist das weiter kein Unglück. Sie muß nur den Mann, mit dem sie sich vergangen hat, heiraten, und wenn dieser dem betrogenen Ehemann das übliche Schmerzensgeld zahlt, ist der Ehre genug getan, und man bleibt weiter auf Freund.

## Ein Ueberbleibsel.

3] Von Martin Andersen Nergö (Konstanz).

Römer war eben mit den Rehen fertig und wollte heimfahren, als eine Bö sich über die Felswand herunterwarf. Er sah, wie sich die Bogen unter Land kräuselten, und sprang vor, um das Segel zu bergen, aber im selben Augenblick kenterte das Boot, es lief voll Wasser und sank. Auf einem unter dem Wasser liegenden Felsblock blieb es stehen, die Spitze des Mastes ragte noch heraus. Römer war ein tüchtiger Schwimmer, aber er bekam beim Kentern des Bootes einen Schlag in die Seite und hatte gerade noch soviel Kraft, sich an die Mastspitze zu klammern, die hin und her schwankte und ihn fortgesetzt untertauchte.

Nicht weit davon entfernt lag das Boot mit Kosfods Leuten, die sich reichlich Zeit ließen, schließlich aber doch auf Römer zu ruderten.

„Heute gibst du sicher Klein bei, du Geiztragen!“ rief einer der Knechte.

Römer gab keine Antwort, aber seine Augen glühten vor Haß und Verlangen, zu leben und sich zu rächen.

„Seht nur, wie sein Haarschopf brennt, wenn nur nicht das Meer Feuer fängt!“ rief der zweite Knecht, indem er in der Richtung von Römers rottem Haar ausspuckte. „Bösch es doch, beim Satan! Ob es übrigens wahr ist, was die Leute sagen, daß du so wohl Vater als auch Mutter deiner Kinder bist?“

„Er ein Zwitter? Nichts ist er, gar nichts — er hat zuviel Rufe gegessen.“ höhnte ein anderer. „Ober ist es vielleicht eine Lüge, daß deine Frau sich bei anderen etwas leisten muß? Frag' den Knecht, der zuletzt bei dir gedient hat!“

Römer war zu erschöpft, Gleiches mit Gleichem zu vergelten; deshalb schweig er. Auch fiel es ihm sehr schwer, den Mund über Wasser zu halten.

Der junge Kosfod beteiligte sich nicht an dem Geklänkel, sondern sah nur höhnisch grinsend da.

„Wenn du mit heim willst, so sag's!“ sagte er endlich. „Wir können nicht ewig hier sitzen und warten. Oder bist du vielleicht zu vornehm, das Maul aufzumachen?“

„Ich will weder betteln, noch mich bedanken,“ erwiderte Römer finster.

„Eines von beiden wirst du doch tun müssen — und obendrein als Laugenichts dastehen!“ rief der Knecht wieder; „du, der trockenes Brot zum gegatzten Hering isst und bei einem Fiß kentert!“

Sie hielten sich mit Hilfe der Ruder in seiner Nähe, wußten aber nicht recht, was sie tun sollten. Am liebsten wären sie ohne weiteres heimgefahren und hätten ihn seinem Schicksal überlassen, aber das wagten sie doch nicht.

„Fißt ihn auf!“ rief der Nachbarsohn plötzlich und brach in

ein erzwingendes Lachen aus. „Was wir im Meer finden gehört uns. Der Kopf eignet sich vorzüglich als Vogelscheuche, und aus der Haut kann man immerhin ein paar Stiefelschäfte machen!“

Er stellte sich mit einem Bootshaken vornhin ins Boot, als wollte er einen Seehund harpunieren, und sie ruderten vorwärts.

Aber Römer ließ den Mast los und schwamm aufs Land zu. Er arbeitete mühsam im Wasser und entfernte sich langsam landeinwärts. Mit jedem Stoß nahmen seine Kräfte ab, und als er einen Steinwurf weit weg war, machte er plötzlich kehrt und steuerte auf das Boot zu mit überreilten, krampfhaften Bewegungen, die ihn nicht von der Stelle brachten. In seinem Mund gurgelte das Wasser, aber die Augen baten für ihn, und so ruderten ihm die anderen rasch entgegen. Doch ehe sie ihn erreicht hatten, redete er sich in seiner Todesangst in den Bogen hoch auf, wandte ihnen sein rotes Gesicht mit einem fürchterlichen Ausdruck zu, suchte dann im Wasser zu einem Bündel zusammen und verschwand.

Auf dem nachfolgenden Geschehlag lag dieses Ereignis wie ein Apdruud und hielt die Feindschaft im Zaum. Von den Felsen aus hatte Die Römer seinen alternden Vater vom Boot wegschwimmen und versinken sehen. Er begriff, warum, dachte aber nicht an Rache — das Entsetzen hatte ihn in Besitz genommen.

Auch die anderen überkam das Grausen. Sie hatten den Haß als Selbstvernichter gesehen, hatten gesehen, wie er sich auf seinen Ausüber stürzte und ihn verzehrte; und dieser Vorfall war ein großes Licht auf den ganzen schrecklichen Geschehlagstempel — so war dieser ja von jeher gewesen — selbstvernichtend. Es kam dazu, daß sie sich vor sich selber und voreinander fürchteten und sich aus dem Wege gingen, wo es nur immer möglich war.

Das war allen klar, daß es mit dem Haß nun bald vorbei sein mußte. Die Angst, zusammenzuprallen, legte ihn in Zaum, so daß er nie zu heftigen Ausbrüchen kam. Er würde gewiß mit dem jetzigen Geschehlag aussterben — aus Mangel an Nahrung. Die jungen Leute der beiden Hölje konnten nicht einmal die Angst, sondern verkehrten heimlich miteinander.

In dieser Auffassung wurde man bestärkt, als es kund wurde, Jens Römer — ein Enkel des Struntenen — und Nachbars Ane seien Brautleute.

„Sie sind auf dem richtigen Weg“, sagten die alten Leute. Aber die beiden Familien selbst sträubten sich mit Händen und Füßen gegen diese Verbindung, und die zwei konnten nur heimlich zusammenkommen. Heute halfen ihnen und gewährten ihnen Unterschlupf, als ihnen das Wort zu lang wurde; und eines Tages waren Anes Aße zu eng. Das brach den Widerstand ihrer Eltern; sie gaben nun ihre Einwilligung zur Heirat und erklärten sich bereit, Jens Römer den Hof zu überlassen.

Aber als alles zur Hochzeit bereit war und in die Kirche gefahren werden sollte, ereignete sich etwas höchst Wertwürdiges: der Bräutigam war nirgends zu finden.

„Sie hat ihn nippen lassen — deshalb hat er die Lust verloren“, sagten die Bewohner des Kirchspiels kopfschüttelnd. Wer hat je einen Bräutigam gefannt, der seiner Braut, dem Brautbett und allem davangelassen wäre? Doch das kommt von diesem neu-modischen Treiben.“ Doch sie den jungen Leuten selbst Unterschlupf gewährt hatten, vergaßen sie jetzt vollständig.

Witterweise verbarb der hochzeitsschmaus in den Borratskammern. Ane rang weinend die Hände unter der Schürze und ihre Eltern zitterten vor Wut.

Nach Verlauf einer Woche fand man Jens Römer in einer Felsenhöhle am Strand drunten. Er war abgemagert, sah schrecklich aus und wollte nicht sprechen. Es war die allgemeine Meinung, er sei verrückt geworden. Dies verführte Anes Eltern einigermachen mit seinem Benehmen; aber von einer Heirat wollten sie nichts mehr wissen, obgleich er mit der Zeit wieder vernünftiger wurde und sein Benehmen bereute.

Ane durfte daheim bleiben, aber sie wurde von ihren Eltern ziemlich schlecht behandelt. Dagegen waren sie gegen ihr Kind — ein Sohn — sehr lieb. Sie vergötterten ihn geradezu und bewirtschafteten den Hof bis in ihr hohes Alter hinein, wo der Enkel dann alt genug war, ihn zu übernehmen.

Ane selbst galt bei ihnen weniger als ein Diensthote, und so oft sie und Jens Römer sich einander näherten und zusammenkommen wollten, jagten die Eltern sie auseinander. Und keines von ihnen hatte den Mut, sich sein Recht wieder zu verschaffen.

Dann wendete sich Ane der Mission zu, die gerade zu jener Zeit auf der Insel Fuß zu fassen begann. Jens Römer, der zu Hause als Auswurf angesehen wurde, weil er die günstige Gelegenheit, auf dem Nachbarhofe Hofbauer zu werden, verpaßt hatte, landete schließlich auch da. Und nach vielen Jahren, als die Ältern starben, heirateten die beiden doch noch und wurden sofort von dem Sohn aufs Allent teil gesetzt.

Auf diese Weise konnten sie nie selbst über etwas verfügen und hatten außerdem den Kummer, daß niemand ihren ehelichen Namen fortführte. Denn ihr Sohn nannte sich jetzt noch nach seinen Großeltern Kosfod, und im ganzen Kirchspiel hieß er, auch nach der Verheiratung seiner Eltern, noch immer „das Anebestind“.

Er — der Sohn — fühlte sich durch und durch als ein Kosfod, und in seinem Gemüt hatte das Benehmen seines Vaters einen Stachel hinterlassen — er grübelte der Familie Römer. Bei seinen stark ausgeprägten Gefühlen wäre der Haß durch ihn vielleicht noch einmal aufgeflammt; aber die Mission bemächtigte sich seines Geistes und spannte ihn ins Joch. Zuerst einen tüchtigen Landwirt wurde er auch ein eifriger Prediger und verfolgte die Nachbarn so lange mit seiner Verkündigung, bis sie sich bekehrten.

(Fortsetzung folgt.)



